

**No. 43130**

---

**Germany  
and  
Switzerland**

**Treaty between the Federal Repnblic of Germany and the Swiss Confederation on  
cross-border police and judicial cooperation (German-Swiss policing treaty).  
Berne, 27 April 1999**

**Entry into force:** *1 March 2002 by the exchange of instruments of ratification, in  
accordance with article 50*

**Anthentic text:** *German*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Germany, 1 October 2006*

---

**Allemagne  
et  
Suisse**

**Traité entre la Répnblique fédérale d'Allemagne et la Confédération snisse relatif à la  
police transfrontalière et à la coopération jndiciaire (traité germano-snisse en  
matière de police). Berne, 27 avril 1999**

**Entrée en vignenr :** *1er mars 2002 par échange des instruments de ratification,  
conformément à l'article 50*

**Texte anthentique :** *allemand*

**Enregistrement anprès dn Secrétariat des Nations Unies :** *Allemagne, 1er octobre  
2006*

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

**Vertrag**  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und der Schweizerischen Eidgenossenschaft  
über die grenzüberschreitende polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit  
(deutsch-schweizerischer Polizeivertrag)

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Schweizerische Eidgenossenschaft –

unter Berücksichtigung der im Memorandum of Understanding vom 11. Dezember 1997 zwischen dem Bundesministerium des Innern und dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement vereinbarten Ziele und Maßnahmen der Zusammenarbeit in den Grenzgebieten,

in der Absicht, die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit auf der Grundlage dieses Vertrages kontinuierlich fortzuentwickeln und dabei insbesondere den polizeilichen Informationsaustausch, vor allem im Bereich der Übermittlung von Fahndungsdaten, zu intensivieren,

in dem Willen, den grenzüberschreitenden Gefahren sowie der Internationalen Kriminalität durch ein kooperatives Sicherheitssystem wirksam zu begegnen,

im Bestreben nach einer weiteren Erleichterung des polizeilichen und justiziellen Rechtshilfeverkehrs –

sind wie folgt übereingekommen:

**Kapitel I**  
**Abstimmung in grundsätzlichen Sicherheitsfragen**

**Artikel 1**

**Gemeinsame Sicherheitsinteressen**

Die Vertragsstaaten unterrichten einander über die Schwerpunkte ihrer Kriminalitätsbekämpfung sowie über bedeutsame Vorhaben auf polizeilichem Gebiet mit Auswirkungen auf die Belange des anderen Vertragsstaates. Sie tragen bei der Erarbeitung polizeilicher Konzepte und der Durchführung polizeilicher Maßnahmen den gemeinsamen Sicherheitsinteressen angemessene Rechnung. Ist ein Vertragsstaat der Auffassung, dass der andere Vertragsstaat bestimmte Schritte zur Gewährleistung der gemeinsamen Sicherheit ergreifen sollte, kann er dazu einen Vorschlag unterbreiten.

**Artikel 2**

**Gemeinsame Sicherheitsanalyse**

Die Vertragsstaaten streben einen möglichst einheitlichen Informationsstand über die polizeiliche Sicherheitslage an. Zu diesem Zweck tauschen sie periodisch und anlassbezogen nach festgelegten Kriterien erstellte Lagebilder aus und analysieren

mindestens einmal jährlich gemeinsam die Schwerpunkte der Sicherheitslage.

## Kapitel II

### Allgemeine Zusammenarbeit der Polizeibehörden

#### Artikel 3

##### Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung

Die Vertragsstaaten verstärken die Zusammenarbeit bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung sowie zur Kriminalitätsbekämpfung und handeln dabei unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen des anderen Vertragsstaates. Dies geschieht im Rahmen des innerstaatlichen Rechts, soweit sich aus diesem Vertrag nicht etwas anderes ergibt. Die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung, durch nationale Zentralstellen, insbesondere im Rahmen der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (IKPO-Interpol), wird durch die nachfolgenden Bestimmungen ergänzt.

#### Artikel 4

##### Zusammenarbeit auf Ersuchen

(1) Die Behörden von Polizei, Grenzpolizei, Bundesgrenzschutz und Grenzwache (im Folgenden: Polizeibehörden) in den Vertragsstaaten leisten einander im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung sowie zur Bekämpfung von Straftaten Hilfe, sofern ein Ersuchen oder dessen Erledigung nach nationalem Recht nicht den Justizbehörde vorbehalten ist. Ist die erseuchte Behörde für die Erledigung nicht zuständig, leitet sie das Ersuchen an die zuständige Behörde weiter.

(2) Ersuchen nach Absatz 1 um Hilfe zur Bekämpfung von Straftaten und die Antworten werden grundsätzlich zwischen den nationalen Zentralstellen der Vertragsstaaten übermittelt und auf demselben Weg zurückgesandt. Ersuchen der zuständigen schweizerischen Polizeibehörden können unmittelbar an die nationale Zentralstelle der Bundesrepublik Deutschland gerichtet und von dieser beantwortet werden. Eine Übermittlung und Beantwortung von Ersuchen unmittelbar zwischen den zuständigen Polizeibehörden der Vertragsstaaten kann erfolgen, soweit

1. sich der grenzüberschreitende Dienstverkehr auf Straftaten bezieht, bei denen der Schwerpunkt der Tat und ihre Verfolgung in den Grenzgebieten im Sinne des Absatzes 7 liegt,
2. die Ersuchen nicht rechtzeitig über den Geschäftsweg zwischen den nationalen Zentralstellen gestellt werden können oder

3. eine direkte Zusammenarbeit aufgrund von tat- oder täterbezogenen Zusammenhängen im Rahmen abgrenzbarer Fallgestaltungen zweckmäßig ist und dazu das Einvernehmen der jeweiligen nationalen Zentralstellen vorliegt.

(3) Ersuchen um Hilfe zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung werden unmittelbar zwischen den zuständigen Polizeibehörden der Vertragsstaaten übermittelt und beantwortet. Für die Verhütung von Straftaten gilt dies nur, sofern es sich um Fälle des Absatzes 2 Satz 3 handelt.

(4) Ersuchen nach den Absätzen 1 bis 3 können insbesondere betreffen:

1. Halterfeststellungen und Fahrerermittlungen bei Straßen-, Wasser- und Luftfahrzeugen,
2. Anfragen nach Führerschaltern, Schiffsfahrtspatenten und vergleichbaren Berechtigungen,
3. Aufenthalts- und Wohnsitzfeststellungen, Aufenthaltsberechtigungen,
4. Feststellung von Telefonanschlusshabern,
5. Identitätsfeststellungen,
6. Informationen über die Herkunft von Sachen, beispielsweise Waffen, Kraftfahrzeuge und Wasserfahrzeuge (Verkaufsweganfragen),
7. Abstimmung von und Einleitung erster Fahndungsmaßnahmen,
8. Informationen bei grenzüberschreitenden Observationsmaßnahmen und kontrollierten Lieferungen,
9. Informationen bei grenzüberschreitender Nacheile,
10. Feststellung der Aussagebereitschaft eines Zeugen zur Vorbereitung eines justitiellen Ersuchens,
11. polizeiliche Vernehmungen,
12. Spurenabklärungen,
13. Erkenntnisse aus polizeilichen Abklärungen und Unterlagen sowie aus Datensystemen, Registern und sonstigen Sammlungen nach Maßgabe des Innerstaatlichen Rechts.

(5) Die Polizeibehörden können ferner einander Ersuchen im Auftrag der zuständigen Justizbehörden stellen und gemäß Absatz 2 übermitteln und beantworten.

(6) Die Unterrichtung der nationalen Zentralstellen über ein- und ausgehende direkte Ersuchen erfolgt nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts.

(7) Als Grenzgebiete gelten in der Bundesrepublik Deutschland:

- In Baden-Württemberg die Gebiete der Regierungsbezirke Freiburg, Tübingen und Stuttgart,
- in Bayern die Gebiete der Regierungsbezirke Schwaben, Oberbayern und Mittelfranken,

In der Schweizerischen Eidgenossenschaft:

- die Gebiete der Kantone Basel-Stadt, Basel-Land, Aargau, Schaffhausen, Zürich, Thurgau und St. Gallen.

(8) Nationale Zentralstellen im Sinne dieses Vertrages sind in der Bundesrepublik Deutschland das Bundeskriminalamt sowie in der Schweizerischen Eidgenossenschaft das Bundesamt für Polizeiwesen und die Bundespolizei.

## Artikel 5

### Ausschreibung von Personen zur Festnahme mit dem Ziel der Auslieferung

(1) Das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Polizeiwesen übermitteln einander auf Antrag der Justizbehörden Ersuchen um Ausschreibungen zur Festnahme mit dem Ziel der Auslieferung in einem geschützten elektronischen Nachrichtenübermittlungssystem. Ein Ersuchen um Ausschreibung nach diesem Absatz ist einem Ersuchen um vorläufige Festnahme im

Sinne des Artikels 16 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957 gleichgestellt. Die in Satz 1 genannten Zentralstellen der Vertragsstaaten sind berechtigt, den übrigen Polizeibehörden im automatisierten Verfahren den Zugriff auf die so erlangten Daten zu dem in Satz 1 genannten Zweck zu ermöglichen.

(2) Es werden ausschließlich Daten zur Verfügung gestellt, die für den in Absatz 1 vorgesehenen Zweck erforderlich sind. Der ersuchende Vertragsstaat prüft, ob die Bedeutung des Falles eine Übermittlung rechtfertigt.

(3) Es werden höchstens die folgenden Angaben mitgeteilt:

- a) Name und Vorname, gegebenenfalls Aliasname;
- b) erster Buchstabe des zweiten Vornamens;
- c) Geburtsort und -datum, bei Übermittlungen aus der Schweizerischen Eidgenossenschaft kann statt des Geburtsortes der Bürgerort angegeben werden;
- d) Geschlecht;
- e) Staatsangehörigkeit;
- f) besondere unveränderliche physische Merkmale;
- g) der personenbezogene Hinweis „bewaffnet“;
- h) der personenbezogene Hinweis „gewalttätig“;
- i) Ausschreibungsgrund;
- j) zu ergreifende Maßnahmen.

Anderer Angaben, insbesondere die Daten, die in Artikel 6 Satz 1 des Übereinkommens des Europarates vom 28. Januar 1981 zum Schutz der Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten erwähnt sind, sind nicht zulässig.

(4) Der ersuchende Vertragsstaat teilt dem ersuchten Vertragsstaat zugleich folgende, für den zugrunde liegenden Sachverhalt wesentliche Informationen mit:

- a) die um die Festnahme ersuchende Behörde;
- b) das Bestehen eines Haftbefehls oder einer Urkunde mit gleicher Rechtswirkung oder eines rechtskräftigen Urteils;
- c) die Art und die rechtliche Würdigung der strafbaren Handlung;
- d) die Beschreibung der Umstände, unter denen die Straftat begangen wurde, einschließlich der Zeit, des Orts und der Art der Täterschaft;
- e) soweit möglich die Folgen der Straftat.

Auf der Grundlage dieser Informationen kann der ersuchte Vertragsstaat in der Regel binnen 24 Stunden die Ausschreibung überprüfen und so lange auf den Vollzug der begehrten Maßnahme in seinem Hoheitsgebiet verzichten. Wird als Ergebnis dieser Prüfung auf den Vollzug der begehrten Maßnahme endgültig verzichtet, so ist dies dem ersuchenden Vertragsstaat unter Angabe von Gründen mitzuteilen.

(5) Ersucht ein Vertragsstaat auf Veranlassung einer Justizbehörde wegen besonderer Eilbedürftigkeit um eine Sofortfahndung, nimmt der ersuchte Vertragsstaat die Prüfung sofort vor und trifft die notwendigen Vorbereihungen, damit die begehrte Maßnahme für den Fall, dass die Ausschreibung gebilligt wird, unverzüglich vollzogen werden kann.

(6) Ist eine Festnahme wegen einer noch nicht abgeschlossenen Prüfung oder wegen einer ablehnenden Entscheidung des ersuchten Vertragsstaates ausnahmsweise nicht möglich, so ist die Ausschreibung von diesem, soweit nach innerstaatlichem Recht zulässig, als Ausschreibung zur Aufenthaltermittlung zu behandeln.

(7) Der ersuchte Vertragsstaat trifft die aufgrund des Ersuchens um Ausschreibung begehrten Maßnahmen auf der Grundlage der geltenden Auslieferungsübereinkommen und nach Maßgabe des nationalen Rechts. Unbeschadet der Möglichkeit, den Betroffenen nach Maßgabe des nationalen Rechts festzunehmen, ist er nicht verpflichtet, die Maßnahmen zu vollziehen, wenn ein eigener Staatsangehöriger betroffen ist.

(8) Sofern der ersuchte Vertragsstaat eine Ausschreibung für nicht vereinbar hält mit seinem nationalen Recht, mit internationalen Verpflichtungen oder wesentlichen nationalen Interessen, ist er berechtigt, die mit der Ausschreibung begehrten Maßnahmen in seinem Hoheitsgebiet nicht zu vollziehen. Hierüber ist der andere Vertragsstaat unter Angabe von Gründen zu unterrichten.

#### **Artikel 6**

##### **Sonstige Personenfahndung**

(1) Das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Polizeiwesen übermitteln einander für das jeweilige nationale Fahndungssystem in einem geschützten automatisierten Verfahren bei ihnen gespeicherte nationale

- Ausschreibungen zur Aufenthaltsermittlung von Vermissten und zur Ingewahrsamnahme von Vermissten und sonstigen Personen gemäß Absatz 3,
- Ausschreibungen zur Aufenthaltsermittlung für Zwecke der Strafverfolgung und -vollstreckung gemäß Absatz 4,
- Ausschreibungen zur verdeckten Registrierung (deutsche Ausschreibungen zur polizeilichen Beobachtung und schweizerische Ausschreibungen zur diskreten Überwachung) gemäß Absatz 5,

die als Ersuchen gelten.

(2) Das Bundeskriminalamt übermittelt nur die Fahndungsdaten, die es in das Schengener Informationsystem für die Fahndungskategorien gemäß Absatz 1 einstellt. Das Bundesamt für Polizeiwesen übermittelt für diese Kategorien gleichartige Daten. Die Strukturierung und Übermittlung der Datensätze werden in einer technischen Vereinbarung zwischen den nationalen Zentralstellen festgelegt.

(3) Die Vertragsstaaten teilen einander aufgrund der nach Absatz 1 übermittelten Ausschreibungen zur Aufenthaltsermittlung von Vermissten und zur Ingewahrsamnahme von Vermissten und sonstigen Personen Informationen über den Wohnsitz oder Aufenthalt von folgenden Personen mit:

1. volljährigen Vermissten,
2. minderjährigen Vermissten,
3. Personen, die im Interesse ihres eigenen Schutzes oder zur Gefahrenabwehr auf Ersuchen der zuständigen Behörde oder des zuständigen Gerichts vorläufig in Gewahrsam genommen oder aufgrund einer Anordnung einer zuständigen Stelle zwangsläufig untergebracht werden müssen.

Wird eine nach Nummer 1 ausgeschriebene Person im ersuchten Staat festgestellt, beschränkt sich die Mitteilung an den ersuchenden Staat auf die zur Entscheidung über die Aufrechterhaltung der Fahndung erforderlichen Informationen; darüber hinausgehende Angaben bedürfen der Einwilligung des Betroffenen. Der Einwilligung des Betroffenen bedürfen auch Mitteilungen an Dritte. Die Polizeibehörden nehmen Personen nach Nummern 2 und 3 in Gewahrsam, wenn hierfür die Voraussetzungen nach innerstaatlichem Recht vorliegen.

(4) Die Vertragsstaaten teilen einander aufgrund der nach Absatz 1 übermittelten Ausschreibungen zur Aufenthaltsermittlung Informationen über den Wohnsitz oder Aufenthalt mit in Bezug auf Zeugen sowie auf Personen, die im Rahmen eines Strafverfahrens wegen Taten vor Justizbehörden erscheinen müssen, dererwegen sie verfolgt werden oder Personen, denen ein Strafurteil oder die Ladung zum Antritt einer Freiheitsentziehung zugestellt werden muss.

(5) Eine Ausschreibung zur verdeckten Registrierung ist zulässig zur Strafverfolgung und zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit, wenn konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der Betroffene in erheblichem Umfang außergewöhnlich schwere Straftaten plant oder begeht oder die Gesamtbewertung des Betroffenen, insbesondere aufgrund der bisher von ihm begangenen Straftaten, erwarten lässt, dass er auch künftig außergewöhnlich schwere Straftaten begehen wird. Artikel 5 Absatz 4 Satz 2 gilt entsprechend. Aufgrund der verdeckten

Registrierung können anlässlich von Grenzkontrollen und sonstigen polizeilichen und zollrechtlichen Überprüfungen im Binnenland die nachstehenden Informationen ganz oder teilweise eingeholt und der ausschreibenden Stelle übermittelt werden:

- a) Antreffen der ausgeschriebenen Person oder des ausgeschriebenen Fahrzeugs,
- b) Ort, Zeit oder Anlass der Überprüfung,
- c) Reiseweg und Reiseziel,
- d) Begleitpersonen oder Insassen,
- e) benutztes Fahrzeug,
- f) mitgeführte Sachen,
- g) Umstände des Antreffens der Person oder des Fahrzeugs.

Bei der Erhebung dieser Daten ist darauf zu achten, dass der verdeckte Charakter der Maßnahmen nicht gefährdet wird.

(6) Artikel 5 Absatz 1 Satz 3, Absätze 2, 3 und 8 gelten entsprechend.

(7) Die Mitteilungen nach Absatz 3 bis 5 erfolgen nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts und, soweit die Ausschreibungen der Strafverfolgung durch Justizbehörden oder der Strafvollstreckung dienen, gemäß den geltenden Übereinkommen über Rechtshilfe in Strafsachen.

## Artikel 7

### Übermittlung von Daten zur Einreiseverweigerung

(1) Die Bundesrepublik Deutschland übermittelt der Schweizerischen Eidgenossenschaft für ausländerrechtliche Zwecke bei der Visumerteilung, Einreiseverweigerung, Einreisesperre, Festnahme und Aufenthaltsbeendigung einschließlich diesbezüglicher polizeilicher Überprüfungen im automatisierten Verfahren die Daten, die sie aufgrund von Ausschreibungen zur Einreiseverweigerung in das Schengener Informationssystem gemäß Artikel 96 Schengener Durchführungsübereinkommen einstellt. Die nach Satz 1 übermittelten Daten können in der Schweizerischen Eidgenossenschaft im automatisierten Verfahren den Polizeibehörden gemäß Artikel 4 Absatz 1 sowie den zur Regelung des Aufenthaltes und der Erteilung von Visa zuständigen Behörden zur Verfügung gestellt werden. Die Schweizerische Eidgenossenschaft kann die nach Satz 1 erhaltenen Daten bei ihren innerstaatlich zu treffenden Entscheidungen berücksichtigen. Auf Ersuchen soll die zuständige deutsche Behörde in begründeten Einzelfällen hierfür zusätzliche Informationen über die Gründe der Ausschreibungen übermitteln.

(2) Die nach Absatz 1 übermittelten Daten werden von der Schweizerischen Eidgenossenschaft nicht länger als für den verfolgten Zweck erforderlich gespeichert. Eine Löschung dieser Daten gemäß dem nationalen Recht wird der Schweizerischen Eidgenossenschaft unverzüglich mitgeteilt; sie hat diese Daten unverzüglich zu löschen. Eine Löschung der Daten gemäß Absatz 1 hat jedenfalls 10 Jahre nach ihrer Übermittlung zu erfolgen.

## Artikel 8

### Sachfahndung

(1) Das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Polizeiwesen halten bei ihnen gespeicherte Daten, die der Suche nach Sachen dienen (Sachfahndung), zum Abruf im automatisierten Verfahren für die jeweils andere Zentralstelle bereit. Von anderen Polizeibehörden gestellte Anfragen sind an die jeweilige nationale Zentralstelle zur Weiterleitung zu übermitteln. Die Zentralstellen der Vertragsstaaten sind berechtigt, den übrigen Polizeibehörden im automatisierten Verfahren den Zugriff auf die erlangten Daten zu ermöglichen.

(2) Das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Polizeiwesen übermitteln einander für das jeweilige nationale Fahndungssystem im automatisierten Verfahren Daten in Bezug auf gesuchte Sachen. Artikel 6 Absatz 2 gilt entsprechend. Ergibt

eine Abfrage, dass eine Sachfahndungsnotierung besteht, so setzt sich die aufgreifende mit der ausschreibenden Stelle in Verbindung, um erforderliche Maßnahmen abzustimmen. Zu diesem Zweck können nach Maßgabe dieses Vertrages auch personenbezogene Daten übermittelt werden. Maßnahmen des aufgreifenden Vertragsstaates werden nach Maßgabe seines nationalen Rechts vollzogen.

#### **Artikel 9**

##### **Austausch von Fahrzeug- und Halterdaten**

(1) Auf Ersuchen des einen Vertragsstaates übermittelt der andere Vertragsstaat gespeicherte Daten über Kraftfahrzeuge und deren Anhänger sowie Halter, wenn dies zur Feststellung oder Bestimmung einer Person in ihrer Eigenschaft als Halter von Fahrzeugen, der Fahrzeuge eines Halters oder der Fahrzeugdaten dient und soweit dies

- a) für Verwaltungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Straßenverkehrs,
- b) zur Überwachung des Versicherungsschutzes im Rahmen der Kraftfahrzeughafptpflichtversicherung,
- c) zur Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Straßenverkehrs oder
- d) zur Verfolgung von Straftaten, die im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr oder sonst mit Kraftfahrzeugen, Anhängern, Kennzeichen oder Fahrzeugpapieren, Fahrerlaubnissen oder Führerscheinen stehen,

erforderlich ist. Die übermittelten Daten dürfen nur zu dem Zweck genutzt werden, zu dessen Erfüllung sie übermittelt wurden. Die Übermittlung unterbleibt, wenn durch sie schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt würden. Artikel 35 Absätze 2 bis 7 gilt entsprechend.

(2) Die Polizeibehörden können ihre Ersuchen an die zentrale Registerbehörde in ihrem Vertragsstaat, in Eilfällen direkt an eine Polizeibehörde des anderen Vertragsstaates, richten.

(3) Die Erledigung der Ersuchen kann zwischen den zentralen Registerbehörden – auch im Wege eines automatisierten Anfrage- und Auskunftsverfahrens – erfolgen, in Eilfällen auch direkt zwischen den Polizeibehörden.

(4) Die zentralen Registerbehörden der Vertragsstaaten sind berechtigt, den jeweiligen nationalen Polizeibehörden im automatisierten Wege den Zugriff auf die erlangten Daten für Zwecke gemäß Absatz 1 zu ermöglichen.

(5) Ersuchen gemäß Absatz 1 Satz 1 Buchstaben c und d können auch von den Justizbehörden gestellt werden.

#### **Artikel 10**

##### **Polizeiliche Hilfe bei Gefahr im Verzug**

(1) In Fällen, in denen das Ersuchen nicht rechtzeitig über die zuständigen Justizbehörden gestellt werden kann, ohne den Erfolg der Maßnahme zu gefährden, können Ersuchen zur Spuren- und Beweissicherung einschließlich der Durchführung von körperlichen Untersuchungen sowie Durchsuchungen von Personen, Hausdurchsuchungen sowie Beschlagnahme von Beweisunterlagen von den zuständigen Polizeibehörden unmittelbar an die Polizeibehörden im anderen Vertragsstaat gerichtet werden. Artikel 4 Absatz 2 gilt entsprechend.

(2) Die zuständigen Justizbehörden im ersuchenden und im ersuchten Staat sind unverzüglich unter Angabe der Gründe für die Eilbedürftigkeit zu unterrichten.

(3) Die Übermittlung der Ergebnisse der durchgeföhrten Maßnahme an den ersuchenden Staat bedarf eines förmlichen Rechtschlieferung der Justizbehörden. Ist die Übermittlung der Ergebnisse der durchgeföhrten Maßnahme dringlich im Sinne von Absatz 1 Satz 1, so kann die ersuchte Polizeibehörde die Ergebnisse nach Einwilligung der zuständigen Justizbehörde unmittelbar an die Polizeibehörde im ersuchenden Vertragsstaat übermitteln.

### **Artikel 11**

#### **Informationsübermittlung ohne Ersuchen**

Die Polizeibehörden der Vertragsstaaten teilen einander im Einzelfall ohne Ersuchen Informationen mit, die für den Empfänger zur Unterstützung bei der Abwehr von konkreten Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder zur Bekämpfung von Straftätern erforderlich erscheinen. Der Empfänger ist verpflichtet, die Erforderlichkeit der übermittelten Daten zu überprüfen und nicht erforderliche Daten zu vernichten oder an die übermittelnde Stelle zurückzuübermitteln. Für die Durchführung des Informationsaustausches gilt Artikel 4 Absätze 2, 3 und 6 entsprechend. Die Zuständigkeit von Justizbehörden bleibt unberührt.

### **Artikel 12**

#### **Zustellung von gerichtlichen und anderen behördlichen Schriftstücken**

- (1) Die zuständigen Stellen eines Vertragsstaates können im Rahmen der Verfolgung von Straftätern und Ordnungswidrigkeiten, für die im anderen Vertragsstaat die Leistung von Rechtshilfe zulässig ist, gerichtliche und andere behördliche Schriftstücke unmittelbar durch die Post an Personen übersenden, die sich auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten. Die Vertragsstaaten übermitteln sich wechselseitig eine Liste der behördlichen Schriftstücke, die auf diesem Wege über-sandt werden dürfen.
- (2) Schriftstücke oder zumindest deren wesentliche Passagen werden in der am Zustellungszeitpunkt des Empfängers gesprochenen Amtssprache oder in der vom Empfänger gesprochenen Amtssprache der Vertragsstaaten abgefasst oder in einer dieser Amtssprachen übersetzt.
- (3) Die Artikel 8, 9 und 12 des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen gelten entsprechend für den Fall, dass die Vorladung durch die Post zugestellt worden ist.

### **Artikel 13**

#### **Aus- und Fortbildung**

Die Polizeibehörden der Vertragsstaaten arbeiten bei der Aus- und Fortbildung zusammen, indem sie insbesondere

1. Lehrpläne für die Aus- und Fortbildung austauschen und die wechselseitige Übernahme von Ausbildungs- und Fortbil-dungsinhalten erwägen,
2. gemeinsame Aus- und Fortbildungsseminare sowie grenz-überschreitende Übungen durchführen,
3. Vertreter des anderen Vertragsstaates als Beobachter zu Übungsveranstaltungen und besonderen Einsätzen einladen,
4. Vertretern des anderen Vertragsstaates die Teilnahme an geeigneten Fortbildungsgängen ermöglichen.

### **Kapitel III**

#### **Besondere Formen der Zusammenarbeit**

### **Artikel 14**

#### **Observation zur Strafverfolgung oder Strafvollstreckung**

- (1) Beamte und sonstige Bedienstete (im Folgenden: Beamte) der Polizeibehörden des einen Vertragsstaates sind befugt, eine Observation im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen einer im ersuchten Staat auslieferungsfähigen Straftat auf des-sen Hoheitsgebiet fortzusetzen, wenn dieser der grenzüber-schreitenden Observation auf der Grundlage eines zuvor gestellten Ersuchens zugestimmt hat; Gleiches gilt für eine Observation mit dem Ziel der Sicherstellung der Strafvollstreckung. Die Zu-stimmung kann mit Auflagen verbunden werden. Auf Verlangen ist die Observation an Beamte des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Observation stattfindet, zu übergeben. Das

Ersuchen nach Satz 1 ist an die durch jeden der Vertragsstaaten bezeichnete Behörde zu richten, die befugt ist, die erbetene Zustimmung zu erteilen oder zu übermitteln. Die erteilte Zustimmung gilt jeweils für das gesamte Hoheitsgebiet. Die Grenze darf auch außerhalb zugelassener Grenzübergänge und festgesetzter Verkehrsstunden überschritten werden.

(2) Kann wegen besonderer Dringlichkeit eine vorherige Zustimmung des anderen Vertragsstaates nicht beantragt werden, darf eine Observation unter folgenden Voraussetzungen über die Grenze hinweg fortgesetzt werden:

1. Der Grenzübertritt ist noch während der Observation unverzüglich der zuständigen Behörde des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Observation fortgesetzt werden soll, mitzuteilen.

Zuständige Behörde ist:

- in der Bundesrepublik Deutschland das Landeskriminalamt Baden-Württemberg oder das Bayerische Landeskriminalamt;
- in der Schweizerischen Eidgenossenschaft das Polizeikommando Basel-Stadt oder das Polizeikommando Schaffhausen.

2. Ein Ersuchen nach Absatz 1, in dem auch die Gründe dargelegt werden, die einen Grenzübertritt ohne vorherige Zustimmung rechtfertigen, ist unverzüglich nachzureichen.

Die Observation ist einzustellen, sobald der Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet die Observation stattfindet, aufgrund der Mitteilung nach Nummer 1 oder des Ersuchens nach Nummer 2 dies verlangt oder wenn die Zustimmung nicht fünf Stunden nach Grenzübertritt vorliegt.

(3) Die Observation nach den Absätzen 1 und 2 ist ausschließlich unter den nachstehenden allgemeinen Voraussetzungen zulässig:

1. Die observierenden Beamten sind an die Bestimmungen dieses Artikels und das Recht des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet sie auftreten, gebunden; sie haben die Anordnungen der örtlich zuständigen Behörden zu befolgen.
2. Bei der Durchführung einer grenzüberschreitenden Observation unterliegen Beamte des einen Vertragsstaates denselben verkehrsrechtlichen Bestimmungen wie die Beamten des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Observation fortgesetzt wird. Die Vertragsstaaten unterrichten einander über die jeweils geltende Rechtslage.
3. Vorbehaltlich der Fälle des Absatzes 2 ist während der Observation ein Dokument mitzuführen, aus dem sich ergibt, dass die Zustimmung erteilt worden ist.
4. Die observierenden Beamten müssen in der Lage sein, jederzeit ihre amtliche Funktion nachzuweisen.
5. Das Betreten von Wohnungen und öffentlich nicht zugänglichen Grundstücken ist nicht zulässig. Der Öffentlichkeit zugängliche Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume dürfen während ihrer jeweiligen Öffnungszeiten betreten werden.
6. Über jede Observation wird den Behörden des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Observation stattgefunden hat, Bericht erstattet; dabei kann das persönliche Erscheinen der observierenden Beamten gefordert werden.
7. Die Behörden des Vertragsstaates, aus dessen Hoheitsgebiet die observierenden Beamten kommen, unterstützen auf Ersuchen die nachträglichen Ermittlungen, einschließlich gerichtlicher Verfahren des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet observiert wurde.
8. Zur Unterstützung der grenzüberschreitenden Observation erforderliche technische Mittel dürfen eingesetzt werden, soweit dies nach dem Recht des Vertragsstaates zulässig ist, auf dessen Hoheitsgebiet die Observation fortgesetzt wird.
9. Wird die observierte Person auf frischer Tat bei der Begehung von oder der Teilnahme an einer im ersuchten Vertragsstaat

auslieferungsfähigen Straftat betroffen oder verfolgt, so dürfen observierende Beamte, die unter der Leitung des ersuchten Vertragsstaats tätig sind, die Person festhalten. Die festgehaltene Person darf im Hinblick auf ihre Vorführung vor die örtlichen Behörden lediglich einer Sicherheitsdurchsuchung unterzogen werden. Es dürfen ihr während der Beförderung Handfesseln angelegt werden. Die von der verfolgten Person mitgeführten Gegenstände dürfen bis zum Eintreffen der örtlich zuständigen Behörde vorläufig sichergestellt werden.

(4) Das Ersuchen gemäß Absatz 1 oder 2 ist zu richten:

- in der Bundesrepublik Deutschland an diejenige Staatsanwaltschaft, in deren Zuständigkeitsbereich der Grenzübertritt voraussichtlich erfolgen soll;
- in der Schweizerischen Eidgenossenschaft an die Strafverfolgungsbehörden des Bundes oder an die Strafverfolgungsbehörden des Kantons, auf dessen Gebiet der Grenzübertritt voraussichtlich erfolgen soll.

Die Übermittlung kann auch über die nationalen Zentralstellen oder über die einsatzführenden Polizeibehörden erfolgen. In den Fällen, in denen das Ersuchen nicht über die nationalen Zentralstellen vermittelt wird, erhalten sie gleichzeitig eine Kopie des Ersuchens.

### **Artikel 15**

#### **Observation zur Verhinderung von Straftaten von erheblicher Bedeutung**

(1) Soweit es das jeweilige innerstaatliche Recht zulässt, sind Beamte der Polizeibehörden des einen Vertragsstaats befugt, eine Observation zur Verhinderung von Straftaten von erheblicher Bedeutung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates fortzusetzen, wenn dieser der grenzüberschreitenden Observation auf Grundlage eines zuvor gestellten Ersuchens zugestimmt hat. Die Zustimmung kann mit Auflagen verbunden werden. Die observierenden Beamten haben den ersuchten Vertragsstaat bei Grenzübertritt unverzüglich von dem erfolgten Grenzübertritt zu informieren. Auf Verlangen ist die Observation an Beamte des Vertragsstaats, auf dessen Hoheitsgebiet die Observation stattfindet, zu übergeben.

(2) Das Ersuchen gemäß Absatz 1 ist zu richten:

- in der Bundesrepublik Deutschland an das jeweilige Landeskriminalamt in Baden-Württemberg oder Bayern;
- in der Schweizerischen Eidgenossenschaft an die Strafverfolgungsbehörden gemäß Artikel 14 Absatz 4.

Die nationalen Zentralstellen erhalten gleichzeitig eine Kopie des Ersuchens.

(3) Die Observation darf auch dann grenzüberschreitend fortgesetzt werden, wenn die vorherige Zustimmung des anderen Vertragsstaates wegen besonderer Dringlichkeit nicht rechtzeitig beantragt werden kann oder die zuständigen Behörden nicht rechtzeitig in der Lage sind, die Observation oder deren Leitung zu übernehmen. Die observierenden Beamten nehmen umgehend, im Regelfall bereits vor Grenzübertritt, Kontakt mit der zuständigen Behörde des Vertragsstaats auf. Ein Ersuchen nach Absatz 1, in dem auch die Gründe dargelegt werden, die den Grenzübertritt ohne vorherige Zustimmung rechtfertigen, ist unverzüglich nachzureichen. Die nationalen Zentralstellen erhalten zugleich eine Kopie des Ersuchens. Die Observation ist einzustellen, sobald der Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet die Observation stattfindet, aufgrund der Mitteilung nach Satz 2 oder des Ersuchens nach Satz 3 dies verlangt oder wenn die Zustimmung nicht fünf Stunden nach Grenzübertritt vorliegt.

(4) Die Grenze darf auch außerhalb zugelassener Grenzübergänge und festgelegter Verkehrsstunden überschritten werden. Artikel 14 Absatz 3 gilt entsprechend.

(5) Observationen nach dieser Vorschrift sind auf die Grenzgebiete gemäß Artikel 4 Absatz 7 beschränkt, sofern sie nicht unter Leitung des ersuchten Staates fortgesetzt werden.

**Artikel 16  
Nacheile**

(1) Beamte der Polizeibehörden eines Vertragsstaates, die in ihrem Land eine Person verfolgen, die

1. auf frischer Tat bei der Begehung von oder der Teilnahme an einer auslieferungsfähigen Straftat betroffen oder verfolgt wird,
2. aus Untersuchungshaft, der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus, der Sicherungsverwahrung, Strahaft oder amtlichem Gewahrsam geflohen ist,

sind befugt, die Verfolgung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ohne dessen vorherige Zustimmung fortzusetzen, wenn die zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaates wegen der besonderen Dringlichkeit der Angelegenheit nicht zuvor unterrichtet werden konnten oder nicht rechtzeitig zur Stelle sind, um die Verfolgung zu übernehmen. Die nacheilenden Beamten nehmen unverzüglich, im Regelfall bereits vor dem Grenzübergang, Kontakt mit der zuständigen Behörde des Vertragsstaates auf. Die Verfolgung ist einzustellen, sobald der Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet die Verfolgung stattfinden soll, dies verlangt. Auf Ersuchen der nacheilenden Beamten ergreifen die örtlich zuständigen Behörden die betroffene Person, um ihre Identität festzustellen oder die Festnahme vorzunehmen.

(2) Wird die Einstellung der Verfolgung nicht verlangt und können die örtlichen Behörden nicht rechtzeitig herangezogen werden, dürfen die nacheilenden Beamten die Person festhalten, bis die Beamten des anderen Vertragsstaates, die unverzüglich zu unterrichten sind, die Identitätsfeststellung oder die Festnahme vornehmen.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 vorgesehene Nacheile wird ohne räumliche oder zeitliche Begrenzung ausgeübt. Artikel 14 Absatz 1 Satz 6 gilt entsprechend.

(4) Die Nacheile darf nur unter folgenden allgemeinen Voraussetzungen ausgeübt werden:

1. Die nacheilenden Beamten sind an die Bestimmungen dieses Artikels und das Recht des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet sie auftreten, gebunden; sie haben die Anordnungen der örtlich zuständigen Behörden zu befolgen.
2. Die nacheilenden Beamten müssen als solche eindeutig erkennbar sein, entweder durch eine Uniform, eine Armbinde oder durch an dem Fahrzeug angebrachte Zusatzeinrichungen; das Tragen von Zivilkleidung unter Benutzung eines getarnten Polizeifahrzeugs ohne die vorgenannte Kennzeichnung ist nicht zulässig.
3. Die nach Absatz 2 ergriffene Person darf im Hinblick auf ihre Vorführung vor die örtlichen Behörden lediglich einer Sicherheitsdurchsuchung unterzogen werden. Es dürfen ihr während der Beförderung Handfesseln angelegt werden. Die von der verfolgten Person mitgeführten Gegenstände dürfen bis zum Eintreffen der örtlich zuständigen Behörde vorläufig sichergestellt werden.
4. Die nacheilenden Beamten melden sich nach jedem Einschreiten gemäß den Absätzen 1 und 2 unverzüglich bei den örtlich zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaates und erstatten Bericht. Auf Ersuchen dieser Behörden sind sie verpflichtet, sich bis zur Klärung des Sachverhalts vor Ort bereitzuhalten. Gleichermaßen gilt auch, wenn die verfolgte Person nicht festgenommen werden konnte.
5. Artikel 14 Absatz 3 Nummern 2 sowie 4 bis 8 gelten entsprechend.

(5) Die Person, die nach Absatz 2 durch die örtlich zuständigen Behörden festgenommen wurde, kann ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit zum Zwecke der Vernehmung festgehalten werden. Die einschlägigen Bestimmungen des nationalen Rechts finden sinngemäß Anwendung. Hat die Person nicht die Staatsangehörigkeit des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet sie aufgegriffen wurde, wird sie spätestens sechs Stunden nach ihrer Ergreifung freigelassen, wobei die Stunden zwischen Mitter-

nacht und neun Uhr nicht mitzählen, es sei denn, die örtlich zuständigen Behörden erhalten vor Ablauf dieser Frist ein Ersuchen um vorläufige Festnahme zum Zwecke der Auslieferung. Unberüht bleiben nationale Regelungen, die aus anderen Gründen die Anordnung von Haft oder eine vorläufige Festnahme ermöglichen.

(6) In Fällen von übergeordneter Bedeutung oder wenn die Nacheile über das Grenzgebiet im Sinne von Artikel 4 Absatz 7 hinausgegangen ist, sind die nationalen Zentralstellen über die erfolgte Nacheile zu unterrichten.

(7) Vorstehende Absätze gelten sinngemäß für Fälle, in denen Beamte der Polizeibehörden eines Vertragsstaates eine Person verfolgen, die sich einer Grenzkontrolle oder innerhalb eines Gebietes von dreißig Kilometern entlang der Grenze einer polizeilichen Kontrolle zum Zwecke der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität oder der Fahndung nach Straftätern entzieht.

#### Artikel 17

##### Verdeckte Ermittlungen zur Aufklärung von Straftaten

(1) Auf der Grundlage eines zuvor gestellten Ersuchens des einen Vertragsstaates kann der andere Vertragsstaat dem Einsatz von Beamten des ersuchenden Vertragsstaates zur Aufklärung von Straftaten unter einer ihnen verliehenen veränderten Identität (verdeckte Ermittler) auf dem Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates zustimmen, wenn zureichende tatsächliche Anhaltpunkte dafür bestehen, dass eine rechtshafte Straftat vorliegt, für die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht der Einsatz verdeckter Ermittler zugelassen ist. Die erteilte Zustimmung gilt jeweils für das gesamte Hoheitsgebiet. Der ersuchende Vertragsstaat stellt das Ersuchen nur dann, wenn die Aufklärung des Sachverhalts ohne die geplanten Ermittlungsmaßnahmen aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Artikel 14 Absatz 1 Satz 6 gilt entsprechend.

(2) Die Ermittlungen im ersuchten Vertragsstaat beschränken sich auf einzelne, zeitlich begrenzte Einsätze. Die Vorbereitung der Einsätze erfolgt in enger Abstimmung zwischen den beteiligten Behörden des ersuchten und ersuchenden Vertragsstaates. Die Leitung der Einsätze obliegt einem Beamten des ersuchten Staates; das Handeln der Beamten des ersuchenden Staates ist dem einsatzführenden Staat zuzurechnen. Der ersuchte Vertragsstaat kann jederzeit die Beendigung der Ermittlungen verlangen.

(3) Die Voraussetzungen des Einsatzes verdeckter Ermittler, die Bedingungen unter denen er stattfindet, sowie die Maßgaben für die Verwendung der Ermittlungsergebnisse werden von dem ersuchten Vertragsstaat unter Beachtung seiner innerstaatlichen Rechtsvorschriften festgelegt. Der ersuchende Vertragsstaat wird von dem ersuchten Vertragsstaat hierüber unterrichtet.

(4) Der ersuchte Vertragsstaat leistet die notwendige personelle und technische Unterstützung. Von dem ersuchten Vertragsstaat werden alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Beamten des ersuchenden Vertragsstaates während ihres Einsatzes im ersuchten Vertragsstaat zu schützen.

(5) Kann wegen besonderer Dringlichkeit eine vorherige Zustimmung des anderen Vertragsstaates nicht beantragt werden und liegen die rechtlichen Voraussetzungen für den Einsatz verdeckter Ermittler im anderen Vertragsstaat vor, sind verdeckte Ermittler ausnahmsweise ohne vorherige Zustimmung befugt, auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig zu werden; soweit andernfalls die Gefahr droht, dass die veränderte Identität aufgedeckt würde. Der Einsatz ist unverzüglich der in Absatz 6 bezeichneten Behörde des anderen Vertragsstaates anzugeben. Ein Ersuchen, in dem auch die Gründe dargelegt werden, die einen Einsatz ohne vorherige Zustimmung rechtfertigen, ist unverzüglich nachzureichen. Das Tätigwerden des verdeckten Ermittlers hat sich in diesen Fällen auf das zur Aufrechterhaltung der Legende unumgänglich notwendige Maß zu beschränken. Verdeckte Ermittlungen nach diesem Absatz sind auf die Grenzgebiete gemäß Artikel 4 Absatz 7 beschränkt.

(6) Das Ersuchen ist an die nationale Zentralstelle oder unter gleichzeitiger Unterrichtung der nationalen Zentralstelle an die zuständige Bewilligungsbehörde zu richten. In den Fällen, in denen sich die verdeckten Ermittlungen in der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich auf die Grenzgebiete im Sinne von Artikel 4 Absatz 7 beschränken werden, ist das Ersuchen in Kopie zusätzlich an die jeweils zuständigen Landeskriminalämter Baden-Württemberg und Bayern bei gleichzeitiger Unterrichtung der nationalen Zentralstelle zu richten.

(7) Über die Durchführung und Ergebnisse des Einsatzes verdeckter Ermittler werden die zuständigen Behörden des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet der Einsatz erfolgte, unverzüglich schriftlich unterrichtet.

(8) Die Vertragsstaaten können einander verdeckte Ermittler zur Verfügung stellen, die im Auftrag und unter Leitung der zuständigen Behörde des jeweils anderen Vertragsstaates tätig werden.

#### **Artikel 18**

##### **Verdeckte Ermittlungen zur Verhinderung von Straftaten von erheblicher Bedeutung**

(1) Soweit es das jeweilige innerstaatliche Recht zulässt, können verdeckte Ermittlungen zur Verhinderung von auslieferungsfähigen Straftaten von erheblicher Bedeutung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats fortgesetzt werden, wenn dieser der grenzüberschreitenden verdeckten Ermittlung auf der Grundlage eines zuvor an die in Absatz 2 genannten Behörden gestellten Ersuchens zugestimmt hat.

(2) Das Ersuchen ist in der Schweizerischen Eidgenossenschaft an die Strafverfolgungsbehörden gemäß Artikel 14 Absatz 4, in der Bundesrepublik Deutschland unter gleichzeitiger Benachrichtigung des Bundeskriminalamtes an das Landeskriminalamt zu richten, auf dessen Gebiet die grenzüberschreitende verdeckte Ermittlung beginnt.

(3) Artikel 17 Absatz 1 Sätze 3 und 4, Absätze 2 bis 5, 7 und 8 gelten entsprechend.

#### **Artikel 19**

##### **Kontrollierte Lieferung**

(1) Auf Antrag des ersuchenden Vertragsstaates kann der ersuchte Vertragsstaat die kontrollierte Einfuhr in sein Hoheitsgebiet, die kontrollierte Durchfuhr oder die kontrollierte Ausfuhr, insbesondere bei unerlaubtem Handel mit Betäubungsmitteln, Waffen, Sprengstoffen, Falschgeld, Diebesgut und Heilerware sowie bei Geldwäsche, gestatten, wenn nach Ansicht des ersuchenden Vertragsstaates auf andere Weise die Ermittlung von Hinterleuten und anderen Tatbeteiligten oder die Aufdeckung von Verteilerwegen aussichtslos oder wesentlich erschwert würde. Artikel 14 Absatz 1 Sätze 5 und 6 gelten entsprechend. Die kontrollierte Lieferung kann nach Absprache zwischen den Vertragsstaaten abgefangen und derart zur Weiterbeförderung freigegeben werden, dass sie unangetastet bleibt, entfernt oder ganz oder teilweise ersetzt wird. Wenn von der Ware ein nicht vertretbares Risiko für die am Transport beteiligten Personen oder für die Allgemeinheit ausgeht, wird die kontrollierte Lieferung vom ersuchten Vertragsstaat beschränkt oder abgelehnt.

(2) Der ersuchte Vertragsstaat übernimmt die Kontrolle der Lieferung beim Grenzübergang oder an einem vereinbarten Übergabepunkt, um eine Kontrollunterbrechung zu vermeiden. Er stellt im weiteren Verlauf des Transportes dessen ständige Überwachung in der Form sicher, dass er zu jeder Zeit die Möglichkeit des Zugriffs auf die Täter oder die Waren hat. Beamte des ersuchenden Vertragsstaates können in Absprache mit dem ersuchten Vertragsstaat die kontrollierte Lieferung nach der Übernahme zusammen mit den übernehmenden Beamten des ersuchten Vertragsstaates weiter begleiten. Sie sind hierbei an die Bestimmungen dieses Artikels und das Recht des ersuchten Vertragsstaates gebunden; sie haben die Anordnungen der Beamten des ersuchten Vertragsstaates zu befolgen.

(3) Ersuchen um kontrollierte Lieferungen, die in einem Drittstaat beginnen oder fortgesetzt werden, wird nur stattgegeben, wenn die Erfüllung der Voraussetzungen gemäß Absatz 2 Sätze 1 und 2 auch vom Drittstaat gewährleistet ist.

(4) Artikel 14 Absatz 3 Nummern 1, 2, 4, 5, 7; 8 und 9 gelten entsprechend.

(5) Es gelten die Zuständigkeitsregeln des Artikels 14 Absatz 4. Ersuchen um kontrollierte Ausfuhr sind zu richten:

- in der Bundesrepublik Deutschland an die Staatsanwaltschaft, in deren Bezirk der Transport beginnt;
- in der Schweizerischen Eidgenossenschaft an die Strafverfolgungsbehörden des Bundes oder des Kantons, auf dessen Gebiet der Transport beginnt.

#### **Artikel 20**

##### **Gemeinsame Einsatzformen; grenzüberschreitende Fahndungsaktionen**

(1) Zur Intensivierung der Zusammenarbeit bilden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bei Bedarf gemischte Streifen sowie gemischt besetzte Kontroll-, Observations- und Ermittlungsgruppen, in denen Beamte des einen Vertragsstaates bei Einsätzen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates – vorbehaltlich eines Anwendungsfalls von Artikel 22 – ohne hoheitliche Befugnisse Unterstützungsfunctionen versehen, sowie Analyse- und sonstige Arbeitsgruppen.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten in den Grenzgebieten im Sinne von Artikel 4 Absatz 7 beteiligen sich nach Maßgabe festgelegter Pläne jeweils auf ihrem Hoheitsgebiet an grenzüberschreitenden Fahndungsaktionen, wie zum Beispiel Ringalarmfahndungen nach flüchtigen Straftätern. In Fällen von überregionaler Bedeutung sind die zentralen Stellen zu beteiligen.

#### **Artikel 21**

##### **Austausch von Beamten ohne Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse**

Bei vergleichbarer Aufgabenstellung und entsprechender Zuständigkeit können die Polizeibehörden in den Grenzgebieten im Sinne von Artikel 4 Absatz 7, deren nachgeordnete Dienststellen und zugehörige Einsatzkräfte des einen Vertragsstaates mit den entsprechenden Polizeibehörden des anderen Vertragsstaates eine besondere Kooperation betreiben. Sie besteht außer in regelmäßigen Kontakt vor allem darin, dass Beamte des einen Vertragsstaates im anderen Vertragsstaat für einen bestimmten Zeitraum und für Angelegenheiten von grenzüberschreitender Art tätig werden, ohne dabei selbst hoheitlich zu handeln.

#### **Artikel 22**

##### **Austausch von Beamten mit Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse**

(1) Bei Vorliegen dringender Bedürfnisse können zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung sowie zur Bekämpfung von Straftätern Beamte der Polizeibehörden des einen Vertragsstaates den zuständigen Stellen des anderen Vertragsstaates ausnahmsweise zur Wahrnehmung polizeilicher Vollzugsaufgaben einschließlich hoheitlicher Befugnisse unterstellt werden.

(2) Die Unterstellung setzt voraus, dass zwischen den zuständigen Stellen beider Vertragsstaaten Einvernehmen hergestellt wird.

(3) Bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung liegt ein dringendes Bedürfnis insbesondere vor, wenn der Erfolg einer erforderlichen polizeilichen Maßnahme ohne einen Einsatz von Beamten gemäß Absatz 1 vereitelt oder ernsthaft gefährdet würde, bei der Bekämpfung von Straftätern, wenn ohne den Einsatz von Beamten gemäß Absatz 1 die Ermittlungen aussichtslos oder wesentlich erschwert wären.

(4) Die nach Absatz 1 unterstellten Beamten dürfen nur unter der Leitung der einsatzführenden Stelle und in der Regel in Anwesenheit von Beamten des anderen Vertragsstaates hoheitlich tätig werden. Das Handeln der unterstellten Beamten ist dem einsatzführenden Staat zuzurechnen.

#### Artikel 23

##### Zusammenarbeit in gemeinsamen Zentren

(1) Auf dem Hoheitsgebiet des einen oder des anderen Vertragsstaates können in den Grenzgebieten gemäß Artikel 4 Absatz 7 gemeinsame Zentren für den Informationsaustausch und die Unterstützung der in den Grenzgebieten zuständigen Polizeibehörden beider Vertragsstaaten eingerichtet werden.

(2) In den gemeinsamen Zentren arbeiten Beamte der Polizeibehörden beider Vertragsstaaten im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten räumlich unmittelbar zusammen, um in Angelegenheiten, die die Grenzgebiete betreffen – unbeschadet des Dienstverkehrs und des Informationsaustausches über die nationalen Zentralstellen –, Informationen auszutauschen, zu analysieren und weiterzuleiten sowie bei der Koordinierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nach diesem Vertrag unterstützend mitzuwirken.

(3) Die Unterstützungsfunction kann auch die Vorbereitung und Mitwirkung bei der Überstellung von Ausländern auf der Grundlage der zwischen den Vertragsstaaten geltenden Übereinkünfte umfassen.

(4) Den gemeinsamen Zentren obliegt nicht die selbständige Durchführung operativer Einsätze. Die Beamten in den gemeinsamen Zentren unterstehen der Weisungs- und Disziplinargewalt ihrer jeweiligen nationalen Behörden.

(5) In den gemeinsamen Zentren können die Beamten der Polizeibehörden auch über die Aufgaben nach den Absätzen 1 bis 3 hinausgehende, nichtoperative Tätigkeiten mit Wirkung für die sie entsendenden Behörden ausüben.

(6) Anzahl und Sitz der gemeinsamen Zentren sowie die Modalitäten der Zusammenarbeit und die gleichmäßige Verteilung der Kosten werden in einer gesonderten Vereinbarung geregelt.

(7) Beamte der Polizeibehörden können sich an gemeinsamen Zentren der Vertragsstaaten, die diese mit einem gemeinsamen Nachbarstaat in den Grenzgebieten betreiben, beteiligen, wenn und soweit dieser Nachbarstaat einer solchen Beteiligung zustimmt. Die Modalitäten der Zusammenarbeit und die Verteilung der Kosten werden zwischen allen beteiligten Staaten geregelt.

#### Artikel 24

##### Hilfeleistung bei Großereignissen, Katastrophen und schweren Unglücksfällen

(1) Die zuständigen Polizeibehörden beider Vertragsstaaten unterstützen sich im Rahmen des nationalen Rechts gegenseitig bei Massenveranstaltungen und ähnlichen Großereignissen, Katastrophen sowie schweren Unglücksfällen, indem sie

1. sich gegenseitig so zeitig wie möglich über entsprechende Ereignisse mit grenzüberschreitenden Auswirkungen und Erkenntnissen darüber unterrichten,
2. bei Lagen mit grenzüberschreitenden Auswirkungen die auf ihrem Hoheitsgebiet erforderlichen polizeilichen Maßnahmen vornehmen und koordinieren,
3. auf Ersuchen des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet die Lage eintritt, soweit möglich, durch Entsendung von Spezialisten und Beratern sowie Gestellung von Ausrüstungsgegenständen Hilfe leisten.

(2) In den Fällen von Absatz 1 Nummer 3 kann die Grenze bei besonderer Dringlichkeit auch außerhalb der zugelassenen Grenzübergangsstellen und festgesetzter Verkehrsstunden überschritten werden. Artikel 14 Absatz 3 Nummer 2 gilt entsprechend.

(3) Das Abkommen vom 28. November 1984 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen bleibt unberührt.

#### **Artikel 25**

##### **Einsatz von Luft- und Wass**

(1) Im Rahmen einer grenzüberschreitenden Observation oder Nacheile sowie bei sonstigen grenzüberschreitenden Einsätzen dürfen auch Wasserfahrzeuge sowie nach Abstimmung der zuständigen Polizeibehörden auch Luftfahrzeuge eingesetzt werden.

(2) Bei grenzüberschreitenden Einsätzen unterliegen Polizeibeamte denselben luft- und wasserstrafrechtlichen Bestimmungen wie die Polizeibeamten des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet der Einsatz fortgesetzt wird. Die Vertragsstaaten unterrichten einander über die jeweils geltende Rechtslage.

#### **Kapitel IV**

##### **Datenschutz**

#### **Artikel 26**

##### **Zweckbindung**

Die Verwendung der aufgrund dieses Vertrages übermittelten Daten ist nur für den im Vertrag bezeichneten Zweck zulässig, für den die Daten übermittelt worden sind, und zu den durch die übermittelnde Stelle im Einzelfall vorgegebenen Bedingungen. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig:

1. für Zwecke, für die die Daten ebenfalls nach diesem Vertrag übermittelt werden dürfen,
2. zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung, sowie
3. zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.

#### **Artikel 27**

##### **Zusätzliche Bestimmungen**

Zusätzlich gelten unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften die nachfolgenden Bestimmungen, wobei in der Schweizerischen Eidgenossenschaft die einschlägigen Bestimmungen des Bundesrechts gelten, soweit die Kantone nicht über ausreichende eigene Datenschutzregelungen verfügen:

1. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Eruchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Verhinderung vorzunehmen.
3. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck und den Zweck der Speicherung Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

4. Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende nationale Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Löschungfristen vorsieht, weist die übermittelnde Stelle den Empfänger darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind oder es sich herausstellt, dass sie sich auf unbeteiligte Dritte beziehen.
5. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen. Erfolgt die Übermittlung von personenbezogenen Daten aus einer Datei, kann die Übermittlung auch in der Datei, in der die personenbezogenen Daten gespeichert sind, kennlich gemacht werden. Datenübermittlungen im automatisierten Verfahren sind gemäß den innerstaatlichen Vorschriften automationsunterstützt zu protokollieren.
6. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
7. Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustausches nach diesem Vertrag rechtswidrig geschädigt, so haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.

#### **Artikel 28 Datenbearbeitung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates**

(1) Die Regelungen dieses Kapitels gelten auch für personenbezogene Daten, die durch grenzüberschreitende Tätigkeit auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats erhoben worden sind. Dabei sind die besonderen Bedingungen, die vom ersuchten Vertragsstaat im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Maßnahme gestellt werden, zu beachten.

(2) Beamten, die auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats tätig werden, darf durch diesen Vertragsstaat nur unter Leitung eines seiner Beamten der Zugriff auf personenbezogene amtliche Datensammlungen gewährt werden.

#### **Kapitel V Rechtsverhältnisse bei Amtshandlungen im anderen Vertragsstaat**

#### **Artikel 29 Einreise und Aufenthalt**

Beamte der Polizeibehörden, die nach diesem Vertrag im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig werden, benötigen im Rahmen der geltenden Aufhebung des Pass- und Sichtvermerkzwangs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft für die Einreise und den Aufenthalt nur einen gültigen, mit einem Lichtbild und ihrer Unterschrift versehenen Dienstausweis.

#### **Artikel 30 Tragen von Uniformen und Mitführen von Dienstwaffen**

(1) Werden Beamte der Polizeibehörden nach diesem Vertrag im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig, sind sie befugt, Uniform zu tragen und ihre Dienstwaffen sowie sonstige

Zwangsmittel mitzuführen, es sei denn, der andere Vertragsstaat teilt im Einzelfall der zuständigen Polizeibehörde des Vertragsstaates mit, dass er dies nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zulässt.

(2) Beamte, die nach Artikel 22 tätig werden und Uniform tragen, haben ihr Unterstellungsvorbehalt zum einsatzführenden Staat durch eine entsprechende Kennzeichnung zum Ausdruck zu bringen.

(3) Der Gebrauch von Schusswaffen ist nur im Fall der Notwehr einschließlich der Nothilfe zulässig.

#### **Artikel 31 Fürsorge und Dienstverhältnisse**

(1) Die Vertragsstaaten sind gegenüber den entsandten Beamten bei der Ausübung des Dienstes zu gleichem Schutz und Beistand verpflichtet wie gegenüber den eigenen Beamten.

(2) Die Beamten des anderen Vertragsstaates bleiben in dienstrechlicher, insbesondere disziplinarrechtlicher sowie in haftungsrechtlicher Hinsicht den in ihrem Staat geltenden Vorschriften unterworfen.

#### **Artikel 32 Haftung**

(1) Die Vertragsstaaten verzichten wechselseitig auf alle Entschädigungsansprüche wegen des Verlustes oder der Beschädigung von Vermögenswerten, die ihnen oder anderen Verwaltungsorganen gehören, wenn der Schaden von einem Beamten einer Polizeibehörde bei der Erfüllung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages verursacht worden ist.

(2) Die Vertragsstaaten verzichten wechselseitig auf alle Entschädigungsansprüche wegen Verletzung oder wegen des Todes eines Beamten einer Polizeibehörde, wenn der Schaden bei der Erfüllung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages verursacht worden ist. Ersatzansprüche des Beamten oder seiner Hinterbliebenen bleiben hiervom unberührt.

(3) Wird durch einen Beamten einer Polizeibehörde des einen Vertragsstaates bei der Erfüllung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates einem Dritten Schaden zugefügt, so haftet für den Schaden der Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet der Schaden eingetreten ist, nach Maßgabe der Vorschriften, die im Fall eines durch einen eigenen sachlich und örtlich zuständigen Beamten verursachten Schadens Anwendung finden würde.

(4) Der Vertragsstaat, dessen Beamte den Schaden auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates verursacht haben, erstattet diesem anderen Vertragsstaat den Gesamtbetrag des Schadenersatzes, den dieser an die Geschädigten oder ihre Rechtsnachfolger geleistet hat.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten arbeiten eng zusammen, um die Erledigung von Schadenersatzansprüchen zu erleichtern. Sie tauschen insbesondere alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadenfälle im Sinne dieses Artikels aus.

(6) Die Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung, wenn der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt worden ist.

#### **Artikel 33: Rechtsstellung der Beamten im Bereich des Strafrechts**

Die Beamten, die nach diesem Vertrag auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates tätig werden, sind in Bezug auf Straftaten, die sie begehen oder die ihnen gegenüber begangen werden, den Beamten des anderen Vertragsstaates gleichgestellt.

**Kapitel VI**  
**Zuwiderhandlungen gegen**  
**vorschriften des Straßenverkehrs**

**Artikel 34**

**Begriff der Zuwiderhandlungen  
gegen Vorschriften des Straßenverkehrs**

Eine Zuwiderhandlung gegen Vorschriften des Straßenverkehrs im Sinne dieses Kapitels ist eine Verhaltensweise, die als Straftat oder als Verstoß gegen Ordnungsvorschriften des Straßenverkehrs betrachtet wird, einschließlich der Verstöße gegen Vorschriften über Lenk- und Ruhezeiten und des Gefahrgutrechts.

**Artikel 35**

**Mitteilungen aus dem  
Fahrzeugregister, Nachermittlungen**

(1) Daten aus zentralen Fahrzeugregistern über die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse an Fahrzeugen (Fahrzeugdaten) und die personenbezogenen Daten über denjenigen, dem ein Kennzeichen für ein Fahrzeug zugeteilt oder ausgegeben wurde (Halter- oder Eigentümerdaten) dürfen von den Vertragsstaaten auf Ersuchen übermittelt werden, soweit dies

- a) zur Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Straßenverkehrs oder
- b) zur Verfolgung von Straftaten, die im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr oder sonst mit Kraftfahrzeugen, Anhängern, Kennzeichen oder Fahrzeugpapieren, Fahrerlaubnissen oder Führerscheinen stehen,

erforderlich ist.

(2) Die ersuchende Behörde hat den Zweck nach Absatz 1 anzugeben, für den die zu übermittelnden Daten benötigt werden. Die übermittelten Daten dürfen vom Empfänger nur für den Zweck genutzt werden, zu dessen Erfüllung ihm die Daten übermittelt worden sind. Das Ersuchen darf sich nur auf ein bestimmtes Fahrzeug oder einen bestimmten Halter richten. Bei Ordnungswidrigkeiten nach deutschem Recht und Übertretungen nach schweizerischem Recht darf nur unter Verwendung von Fahrzeugdaten angefragt werden.

(3) Die zentralen Fahrzeugregisterbehörden dürfen für die Erledigung von Ersuchen, die unter Angabe von Fahrzeugkennzeichen – auch im Wege eines automatisierten Anfrage- und Auskunftsverfahrens – gestellt werden, die folgenden bei ihnen gespeicherten Daten bereithalten:

1. Halterdaten:

- a) bei natürlichen Personen:  
Familienname, Vornamen, Ordens- und Künstlername, Geburtsname, Tag und Ort der Geburt, Geschlecht und Anschrift;
- b) bei juristischen Personen und Behörden:  
Name oder Bezeichnung und Anschrift oder
- c) bei Vereinigungen:  
benannter Vertreter mit den Angaben zu a und gegebenenfalls Name der Vereinigung;

2. Fahrzeugdaten:

- a) das Kennzeichen, die Antriebsart, der Hersteller des Fahrzeugs und die Fahrzeugidentifizierungsnummer,
- b) der Tag des Ablaufs einer vorübergehenden Stilllegung,
- c) der Tag des Ablaufs der Gültigkeit befristet zugeteilter Kennzeichen,
- d) Betriebszeitraum bei Saisonkennzeichen oder Kontrollschildern der provisorischen Immatrikulation sowie

e) Hinweise auf Diebstahl oder sonstiges Abhandenkommen des Fahrzeugs oder des Kennzeichens.

(4) Die übermittelnde Behörde darf die Übermittlung nur zulassen, wenn die Anfrage unter Verwendung einer Kennung der zum Empfang dieser Daten berechtigten Behörde erfolgt. Der Empfänger hat sicherzustellen, dass die übermittelten Daten nur bei den zum Empfang bestimmten Endgeräten empfangen werden. Die übermittelnde Behörde hat durch ein selbständiges Verfahren zu gewährleisten, dass eine Übermittlung nicht vorgenommen wird, wenn die Kennung nicht oder unrichtig angegeben wurde. Sie hat versuchte Anfragen ohne oder mit fehlerhafter Kennung zu protokollieren und im Zusammenwirken mit der anfragenden Behörde Fehlversuchen nachzugehen.

(5) Die übermittelnde Behörde hat Aufzeichnungen zu führen, die für die Anfrage verwendeten Daten, die übermittelten Daten, den Zeitpunkt der Übermittlung, den Empfänger der Daten und den vom Empfänger angegebenen Zweck nach Absatz 1 enthalten. Die protokollierten Daten dürfen nur für Zwecke der Datenschutzkontrolle, insbesondere der Kontrolle der Rechtmäßigkeit und Richtigkeit der Übermittlungen verwendet werden. Sie sind in geeigneter Weise gegen zweckfremde Verwendung und gegen sonstigen Missbrauch zu schützen und spätestens nach sechs Monaten zu löschen. In entsprechender Anwendung des Satzes 1 stellt der empfangende Vertragsstaat sicher, dass auch die Übermittlung an oder der automatisierte Abruf durch die örtlich zuständige Behörde von der zentralen Registerbehörde protokolliert wird.

(6) Der übermittelnde Vertragsstaat ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu achten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, ist dies dem empfangenden Vertragsstaat unverzüglich mitzuteilen. Dieser ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen oder zu vermerken, dass die Daten unrichtig sind oder unrechtmäßig übermittelt wurden. Das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person übermittelten und gespeicherten Daten Auskunft zu erhalten, richtet sich nach dem nationalen Recht des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet das Auskunftsrecht beansprucht wird. Die Auskunftserteilung an den Betroffenen unterbleibt, wenn dies zur Durchführung einer rechtmäßigen Aufgabe im Zusammenhang mit den in Absatz 1 genannten Zwecken unerlässlich ist. Die übermittelten Daten werden nicht länger als für den folgten Zweck erforderlich vom empfangenen Vertragsstaat gespeichert. Prüf- und Löschungsfristen bestimmen sich nach Maßgabe des nationalen Rechts.

(7) Jeder Vertragsstaat hat für die Übermittlung von personenbezogenen Daten besondere Vorkehrungen zur Datensicherung zu treffen. Insbesondere ist sicherzustellen, dass:

- Datenträger nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können,
- automatisierte Datenverarbeitungssysteme mit Hilfe von Einrichtungen zur Datenübertragung nicht von Unbefugten genutzt werden können und
- gewährleistet ist, dass die zur Benutzung eines automatisierten Datenverarbeitungssystems Berechtigten ausschließlich auf die ihrer Zugriffsberechtigung unterliegenden Daten zugreifen können.

Die Vertragsstaaten ergreifen zudem Maßnahmen, um zu verhindern, dass bei der Übertragung personenbezogener Daten sowie bei einem Transport von Datenträgern die Daten unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder gelöscht werden können.

(8) Einzelheiten über Anfragearten und über den Auskunftsumfang nach Absatz 3 Nummer 1 und 2 sind einer technischen Vereinbarung zwischen den zentralen Registerbehörden vorbehalten.

(9) Wenn die zuständige Verfolgungsbehörde des ersuchten Vertragsstaates für die in Absatz 1 genannten Zwecke weitere Informationen benötigt, kann sie die zuständige Stelle des ersuchten Vertragsstaates unmittelbar um Unterstützung ersuchen.

### Artikel 36

#### Inhalt der zugestellten Schriftstücke

Schriftstücke, die nach Artikel 12 zugestellt werden und aufgrund deren die Möglichkeit einer Stellungnahme gegeben wird, enthalten alle Informationen, die der Empfänger für eine Stellungnahme benötigt, insbesondere über:

- a) Art, Ort, Zeitpunkt der Zu widerhandlung und die Art ihrer Feststellung (Beweismittel);
- b) Kennzeichen und – wenn möglich – Typ und Marke des Kraftfahrzeugs, mit dem die Zu widerhandlung begangen wurde, oder in Ermangelung dessen jegliches Element zur Identifizierung des Fahrzeugs;
- c) Höhe der Geldbuße oder -strafe, die verhängt werden kann, oder die verhängte Geldbuße oder -strafe sowie die Frist, innerhalb derer diese zu entrichten ist, sowie Modalitäten der Entrichtung;
- d) die Möglichkeit, zur Entlastung dienende Umstände anzugeben, die Frist, innerhalb derer diese Umstände mitgeteilt werden müssen, sowie die Modalitäten dieser Mitteilung;
- e) die Rechtsmittel, die gegen die Entscheidungen eingelegt werden können, die einschlägigen Modalitäten, die Frist, innerhalb derer diese eingelegt werden müssen, und nähere Angaben zu der Behörde, bei der diese Rechtsmittel eingelegt werden müssen;
- f) gegebenenfalls festgesetzte Verfahrenskosten.

### Artikel 37

#### Vollstreckungshilfeersuchen, Voraussetzungen

(1) Auf Ersuchen leisten die Vertragsstaaten einander Vollstreckungshilfe bei Entscheidungen, mit denen das zuständige Gericht oder die zuständige Verwaltungsbehörde eines der Vertragsstaaten eine Zu widerhandlung gegen Vorschriften des Straßenverkehrs feststellt und deswegen eine Sanktion verhängt, wenn folgende Voraussetzungen vorliegen:

- a) Die verhängte Sanktion beträgt mindestens 40 Euro oder 70 Schweizer Franken;
- b) dem Betroffenen wurde ausreichend rechtliches Gehör gewährt;
- c) gegen die Entscheidung konnten Rechtsmittel eingelegt werden;
- d) das Ersuchen beschränkt sich auf die Vollstreckung eines Geldbetrages;
- e) die Entscheidung ist nach dem Recht des ersuchenden Staates vollstreckbar und nicht verjährt;
- f) die zuständigen Behörden des ersuchenden Vertragsstaates haben die betroffene Person erfolglos ersucht, die verhängte Sanktion zu entrichten;
- g) die betroffene Person hat im Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates ihren Wohnsitz oder Aufenthalt.

(2) Als Folge eines Ersuchens auf Vornahme der Vollstreckung kann der ersuchende Vertragsstaat die Vollstreckung erst dann wieder vornehmen, wenn der ersuchte Vertragsstaat mitgeteilt hat, dass das Ersuchen abgelehnt wird oder es ihm nicht möglich ist, die Vollstreckung vorzunehmen.

(3) Ersuchen und alle sich daraus ergebenden Mitteilungen werden schriftlich unmittelbar zwischen den für die Vollstreckung zuständigen Behörden der Vertragsstaaten übermittelt. Das gilt auch, wenn es sich um die Entscheidung eines Gerichts handelt. Zulässig ist jedes geeignete Nachrichtenmittel, das schriftliche Aufzeichnungen hinterlässt, einschließlich Fernkopie. Dem Ersuchen wird eine Kopie der Entscheidung sowie eine Erklärung der ersuchenden Behörde beigelegt, die bestätigt, dass die nach Absatz 1 Buchstabe b bis f genannten Voraussetzungen vorliegen. Die ersuchende Partei kann weitere Mitteilungen beilegen, die im Hinblick auf die Übernahme der Vollstreckung relevant

sind, insbesondere Informationen zu besonderen Umständen der Zu widerhandlung, wie die Begehungsart, die bei der Festsetzung der geldlichen Sanktion berücksichtigt wurde, sowie den Wortlaut der angewandten Rechtsvorschriften.

- (4) Vollstreckungshilfe wird nicht gewährt:
- bei einer Entscheidung, die eine Freiheitsstrafe als Hauptstrafe umfasst,
  - bei Zu widerhandlungen gegen Vorschriften des Straßenverkehrs, die mit Straftaten zusammen treffen, welche sich nicht nur auf den Bereich des Straßenverkehrs beziehen, es sei denn, die Zu widerhandlungen gegen Vorschriften des Straßenverkehrs werden gesondert oder ausschließlich verfolgt.

#### **Artikel 38**

##### **Ablehnungsgründe, Mitteilungspflichten, Umfang und Beendigung der Vollstreckung**

(1) Die Erledigung des Ersuchens um Vollstreckung kann verweigert werden, wenn die

- der Entscheidung zugrunde liegende Zu widerhandlung nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates nicht als Zu widerhandlung geahndet werden kann,
- die Erledigung des Ersuchens gegen den Grundsatz ne bis in idem verstößt,
- Vollstreckungsverjährung nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates eingetreten ist.

(2) Über die Ablehnung von Ersuchen ist dem ersuchenden Vertragsstaat unter Angabe der Gründe Mitteilung zu machen.

(3) Bereits vollstreckte Teile der Sanktion sind nicht zu vollstrecken. Der ersuchte Vertragsstaat beendet die Vollstreckung, sobald er von dem ersuchenden Vertragsstaat von Umständen in Kenntnis gesetzt wurde, aufgrund deren die Vollstreckbarkeit gehemmt wird oder erlischt.

#### **Artikel 39**

##### **Unmittelbarkeit der Vollstreckung, Umrechnung, Zwangsmittel**

(1) Entscheidungen werden von den zuständigen Behörden des ersuchten Vertragsstaates unmittelbar und in dessen Währung vollstreckt. Für die Umrechnung maßgebend ist der zum Zeitpunkt der Entscheidung geltende amtliche Devisenkurs. Falls sich bei der Umrechnung herausstellt, dass die verhängte geldliche Sanktion das Höchstmaß der nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates für eine Zu widerhandlung derselben Art gegen Vorschriften des Verkehrs angedrohten geldlichen Sanktion überschreitet, wird die Vollstreckung der Entscheidung auf dieses Höchstmaß beschränkt.

(2) Auf die Vollstreckung einer Entscheidung findet das Recht des ersuchten Vertragsstaates Anwendung. Erweist sich die Vollstreckung als ganz oder teilweise unmöglich, so kann in dem ersuchten Vertragsstaat Ersatzfreiheitsstrafe oder Erzwingungshaft angeordnet werden.

(3) Die Vertragsstaaten behalten sich für die Vollstreckung eine Exequaturentscheidung wie folgt vor:

- die Bundesrepublik Deutschland bei Zu widerhandlungen, die nach ihrem Recht Straftaten wären;
- die Schweizerische Eidgenossenschaft bei Zu widerhandlungen, die nach ihrem Recht Vergehen wären.

#### **Artikel 40**

##### **Kosten**

Kosten aufgrund von Maßnahmen nach diesem Kapitel werden dem ersuchenden Vertragsstaat nicht in Rechnung gestellt; der Erlös aus der Vollstreckung und die in der Entscheidung festgesetzten Kosten fließen dem ersuchten Vertragsstaat zu.

#### **Artikel 41**

##### **Zuständige Behörden**

Die Vertragsstaaten tauschen Listen aus, in denen benannt werden:

- a) die jeweilige zentrale Registerbehörde,
- b) die für Nachermittlungen (Artikel 35 Absatz 9) zuständigen Behörden,
- c) die für die Vollstreckung (Artikel 37 Absatz 3) zuständigen Behörden,
- d) jeweils eine Stelle, die im Falle von Unklarheiten über die Zuständigkeit hilfsweise die Weiterleitung der Ersuchen übernimmt.

Der Austausch der Listen findet zwischen dem zuständigen deutschen Bundesministerium und dem zuständigen eidgenössischen Bundesamt statt.

#### **Kapitel VII**

##### **Durchführungs- und Schlussbestimmungen**

#### **Artikel 42**

##### **Ausnahmeregelung**

Ist ein Vertragsstaat der Ansicht, dass die Erfüllung eines Ersuchens oder die Durchführung einer Kooperationsmaßnahme geeignet ist, die eigenen Hoheitsrechte zu beeinträchtigen oder die eigene Sicherheit oder andere wesentliche Interessen zu gefährden, so teilt er dem anderen Vertragsstaat mit, dass er die Zusammenarbeit insoweit ganz oder teilweise verweigern oder von bestimmten Bedingungen abhängig machen müsse.

#### **Artikel 43**

##### **Anwendung und Fortentwicklung des Vertrages**

Jeder Vertragsstaat kann die Zusammenkunft von Experten beider Staaten verlangen, um Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung dieses Vertrages einer Lösung zuzuführen und Vorschläge zur Fortentwicklung der Zusammenarbeit zu unterbreiten.

#### **Artikel 44**

##### **Einbeziehung der Zollverwaltung**

(1) Soweit die zuständigen Beamten der Zollverwaltung der Bundesrepublik Deutschland Aufgaben des Bundesgrenzschutzes und Aufgaben im Zusammenhang mit Verbößen gegen Verbote und Beschränkungen des grenzüberschreitenden Warenverkehrs wahrnehmen, gelten die Vorschriften der Artikel 4 (Zusammenarbeit auf Ersuchen), Artikel 9 (Austausch von Fahrzeug- und Halterdaten), Artikel 10 (Polizeiliche Hilfe bei Gefahr im Verzug), Artikel 11 (Informationsübermittlung ohne Ersuchen), Artikel 12 (Zustellung von gerichtlichen und anderen behördlichen Schriftstücken), Artikel 14 und 15 (Observation), Artikel 16 (Nachreise), Artikel 17 und 18 (Verdeckte Ermittlungen), Artikel 19 (Kontrollierte Lieferung), Artikel 20 Absatz 2 (Grenzüberschreitende Fahndungsaktionen), Artikel 23 (Zusammenarbeit in gemeinsamen Zentren), Artikel 25 (Einsatz von Luft- und Wasserfahrzeugen) sowie die Bestimmungen der Kapitel IV und V entsprechend. Die Verbote und Beschränkungen betreffen die Bereiche des unerlaubten Verkehrs mit Betäubungsmitteln, Waffen, Sprengstoffen, giftigen und schädlichen Abfällen, radioaktiven und nuklearen Materialien, Waren und Technologien von strategischer Bedeutung und anderen Rüstungsgütern, mit pornographischen Erzeugnissen sowie der Geldwäsche. Zuständige Beamte sind die als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft bestellten Beamten der Zollverwaltung.

(2) Eine Änderung des Katalogs der Verbote und Beschränkungen im grenzüberschreitenden Warenverkehr im Sinne von Absatz 1 kann durch Notenwechsel vereinbart werden, der in den Vertragsstaaten amtlich veröffentlicht wird.

(3) Werden der Schweizerischen Zollverwaltung Ermittlungs-kompetenzen im Sinne von Absatz 1 übertragen, kann dieser Staatsvertrag unter Einschluss der zugehörigen Geschäftswegregelung durch Notenwechsel entsprechend ergänzt werden, der in den Vertragsstaaten amtlich veröffentlicht wird.

#### **Artikel 45**

##### **Kosten**

Jeder Vertragsstaat trägt die seinen Behörden aus der Anwendung dieses Vertrages entstehenden Kosten selbst, soweit diese Kosten nicht aufgrund von Maßnahmen nach Artikel 24 entstehen. In diesem Fall finden die Vorschriften des Abkommens vom 28. November 1984 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen direkt oder sinngemäß Anwendung.

#### **Artikel 46**

##### **Verkehrssprache**

Der Verkehr zwischen den Behörden der Vertragsstaaten nach diesem Vertrag wird in deutscher Sprache geführt. Die Behörden der französisch- und italienischsprachigen Kantone der Schweizerischen Eidgenossenschaft können Ersuchen auch in französischer oder italienischer Sprache beantworten.

#### **Artikel 47**

##### **Durchführungsvereinbarungen für die Grenzgebiete**

Die zuständigen Stellen der Vertragsstaaten, einschließlich derjenigen der Länder Baden-Württemberg und Bayern und der Kantone Basel-Stadt, Basel-Land, Aargau, Schaffhausen, Zürich, Thurgau und St. Gallen, können auf der Grundlage und im Rahmen dieses Abkommens weitere Absprachen treffen, die die verwaltungsmäßige Durchführung und die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in den Grenzgebieten zum Ziel haben.

#### **Artikel 48**

##### **Verhältnis zu anderen Regelungen**

(1) Durch diesen Vertrag werden die Vorschriften über die Amts- und Rechtshilfe und sonstige in zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkünften enthaltenen Verpflichtungen der Vertragsstaaten ergänzt.

(2) Die Regelungen des Vertrages vom 23. November 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Einbeziehung der Gemeinde Büsingen am Hochrhein in das schweizerische Zollgebiet in der Fassung des Abkommens zur Änderung des Vertrages vom 19. März 1997 (Büsingen-Vertrag) bleiben grundsätzlich unberührt. Die sich aus Artikel 31 und 32 des Büsingen-Vertrags ergebenden Einschränkungen gelten nicht für Maßnahmen nach dem vorliegenden Vertrag.

#### **Artikel 49**

##### **Änderungen von Behörden-bezeichnungen und Gebietskörperschaften**

(1) Die Vertragsstaaten zeigen einander Änderungen in der Bezeichnung der in diesem Vertrag genannten Behörden und Gebietskörperschaften durch Verbalnote an.

(2) Die Vertragsstaaten können durch Notenwechsel Änderungen der Grenzgebiete gemäß Artikel 4 Absatz 7 vereinbaren.

(3) Verbalnoten gemäß Absatz 1 und Notenwechsel gemäß Absatz 2 werden in den Vertragsstaaten amtlich veröffentlicht.

#### **Artikel 50**

##### **Inkraftsetzen, Kündigung**

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht. Der Vertrag

tritt – mit Ausnahme von Artikel 6 und 8 Absatz 2 sowie von Kapitel VI – am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt wird Artikel 35 Absätze 2 bis 7 vorläufig angewendet. Artikel 6 und 8 Absatz 2 sowie Kapitel VI einschließlich dessen Artikel 35 treten zu Zeitpunkten in Kraft, die die Vertragsstaaten durch Notenwechsel vereinbaren.

(2) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jedem Vertragsstaat auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden, er tritt sechs Monate nach Erhalt der Kündigung außer Kraft.

(3) Die Registrierung des Vertrags beim Generalsekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird von deutscher Seite wahrgenommen.

Geschehen zu Bern am 27. April 1999 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Bundesrepublik Deutschland  
Schily  
Bald

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft  
Koller

[TRANSLATION - TRADUCTION]

TREATY BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE SWISS CONFEDERATION ON CROSS-BORDER POLICE AND JUDICIAL COOPERATION (GERMAN-SWISS POLICING TREATY)

The Federal Republic of Germany  
and

The Swiss Confederation,

Having regard to the objectives and measures of cooperation in border areas as agreed in the memorandum of understanding dated 11 December 1997 between the German Federal Ministry of the Interior and the Swiss Justice and Police Department,

With the aim of continually developing police and judicial cooperation on the basis of the present Treaty and in particular of strengthening police information exchange, primarily with regard to the transmission of criminal investigation data,

Desirous of countering cross-border threats and international crime effectively by means of a cooperative security system,

Seeking to further facilitate mutual assistance in police and judicial matters,

Have agreed as follows:

CHAPTER I. COORDINATION ON BASIC SECURITY ISSUES

*Article 1. Common security interests*

The Contracting States shall inform each other of the main aspects of their crime control strategy and major policing plans that affect the interests of the other Contracting State. They shall take due account of common security interests when elaborating police programmes and implementing policing activities. If one Contracting State is of the opinion that the other Contracting State should take particular steps to guarantee common security, it may submit a proposal to that end.

*Article 2. Common security analysis*

The Contracting States shall endeavour to ensure maximum uniformity in the status of police security intelligence. For that purpose, they shall periodically and as required exchange situational reviews prepared in accordance with fixed criteria and shall at least once a year analyse jointly the main aspects of the security situation.

## CHAPTER II. GENERAL COOPERATION BETWEEN POLICE AUTHORITIES

### *Article 3. Averting threats and combating crime*

The Contracting States shall strengthen cooperation in averting threats to public order and safety and in combating crime and shall in related activities carried out by them take into account the security interests of the other Contracting State. The foregoing shall take place within the framework of domestic law unless otherwise provided for by the present Treaty. International cooperation in combating crime by national central authorities, in particular within the framework of the International Criminal Police Organization (ICPO-Interpol), shall be supplemented by the provisions set out below.

### *Article 4. Cooperation upon request*

(1) The police, frontier police, federal border protection and frontier guard authorities (hereinafter referred to as police authorities) in the Contracting States shall, within the limits of their respective spheres of competence, afford one another assistance with a view to averting threats to public order or safety and combating criminal offences unless, in accordance with domestic law, the submission or execution of a request is the responsibility of the judicial authorities. If the requested authority is not competent to execute the request, it shall forward the request to the competent authority.

(2) Requests for assistance in combating criminal offences, as referred to in paragraph (1) above, and responses thereto shall in principle be transmitted between the national central authorities of the Contracting States and returned by the same channels. Requests from the competent Swiss police authorities may be addressed to and answered by the national central authority of the Federal Republic of Germany directly. Requests and responses thereto may be transmitted directly between the competent police authorities of the Contracting States provided that:

1. The cross-border operations relate to crimes where the main elements of the offence and its prosecution are in border areas, as defined in paragraph (7) below;
2. The requests cannot be submitted in time via the official channels between the national central authorities; or
3. Direct cooperation is appropriate by reason of links relating to the offence or offender within the context of specific case configurations and the respective national central authorities give their consent thereto.

(3) Requests for assistance with a view to averting threats to public order or safety shall be transmitted and answered directly between the competent police authorities of the Contracting States. With regard to the prevention of criminal offences, the foregoing shall apply solely in the cases described in the third sentence of paragraph (2) above.

(4) Requests pursuant to paragraphs (1) to (3) above may be concerned in particular with:

1. Tracing keepers and locating drivers or operators of road vehicles, vessels and aircraft;

2. Inquiries concerning driving licences, navigation certificates and similar permits;
3. Ascertaining places of domicile and abode; residence authorizations;
4. Tracing telephone subscribers;
5. Establishing personal identity;
6. Furnishing information on the origins of property such as weapons, motor vehicles and vessels (inquiries into sales history);
7. Coordinating and conducting initial criminal investigations;
8. Furnishing information on cross-border surveillance and controlled delivery operations;
9. Furnishing information on cross-border hot pursuit operations;
10. Establishing a witness's willingness to testify with a view to the preparation of a writ;
11. Police interrogations;
12. Recording evidence;
13. Findings from police reports or documents and from data systems, registers and other compilations, in conformity with domestic law.

(5) Police authorities may also submit requests to each other on behalf of the competent judicial authorities and transmit and answer such requests in accordance with paragraph (2) above.

(6) The national central authorities shall be notified of incoming and outgoing direct requests in conformity with domestic law.

(7) The following shall be considered border areas in the Federal Republic of Germany:

- In Baden-Württemberg, the administrative districts of Freiburg, Tübingen and Stuttgart;
- In Bavaria, the administrative districts of Swabia, Upper Bavaria and Mittelfranken;

The following shall be considered border areas in the Swiss Confederation:

- The cantons of Basle-Town, Basle-Country, Argovia, Schaffhausen, Zurich, Thurgavia and St. Gall.

(8) For the purposes of the present Treaty, the national central authorities shall be, in the Federal Republic of Germany, the Federal Criminal Investigation Agency and, in the Swiss Confederation, the Federal Office for Police Matters and the Federal Police.

*Article 5. Alerts on persons for the purpose of arrest with a view to extradition*

(1) The Federal Criminal Investigation Agency and the Federal Office for Police Matters shall, at the request of the judicial authorities, transmit to each other, via a protected electronic data communication system, requests for alerts for the purpose of arrest with a view to extradition. A request for an alert pursuant to the present paragraph shall be equiv-

alent to a request for provisional arrest under article 16 of the European Convention on Extradition of 13 December 1957. The Contracting States' central authorities as referred to in the first sentence of the present paragraph shall be entitled to allow the other police authorities access, by means of an automated procedure, to data thus acquired for the purpose specified in the first sentence of the present paragraph.

(2) Solely data required for the purpose provided for in paragraph (1) above shall be made available. The Contracting State issuing the alert shall verify whether the importance of the case warrants a transmission.

(3) The information communicated shall be no more than the following:

- (a) Surname and forename and any alias;
- (b) First letter of the second forename;
- (c) Place and date of birth; in the case of transmissions from the Swiss Confederation, the place of origin may be indicated instead of the place of birth;
- (d) Sex;
- (e) Nationality;
- (f) Specific physical characteristics not subject to change;
- (g) Caution that the person is "armed";
- (h) Caution that the person is "violent";
- (i) Reason for the alert;
- (j) Action to be taken.

Other information, in particular the data listed in the first sentence of article 6 of the Council of Europe Convention for the Protection of Individuals with Regard to Automatic Processing of Personal Data of 28 January 1981, shall not be admissible.

(4) The requesting Contracting State shall simultaneously communicate to the requested Contracting State the following essential information relating to the case:

- (a) The authority which issued the request for arrest;
- (b) Whether there is an arrest warrant or other document having the same legal effect or an enforceable judgement;
- (c) The nature and legal classification of the offence;
- (d) A description of the circumstances in which the offence was committed, including the date and time, place and degree of participation in the offence by the person concerned;
- (e) Insofar as is possible, the consequences of the offence.

On the basis of such information, the requested Contracting State can in general examine the alert within 24 hours and during that time not carry out the required action in its territory. If, as a result of this examination, the required action will definitely not be carried out, the requesting Contracting State shall be informed of that decision, together with the reasons therefor.

(5) If, for reasons of particular urgency, one Contracting State requests an immediate investigation on the orders of a judicial authority, the requested Contracting State shall con-

duct the examination immediately and shall take the necessary precautions to ensure that the required action can be carried out without delay if the alert is validated.

(6) If, by way of exception, an arrest cannot be made because an examination has not yet been completed or because the requested Contracting State refuses, the alert shall, if admissible under domestic law, be treated by the requested Contracting State as an alert for the purpose of ascertaining the whereabouts of the person concerned.

(7) The action required in response to the request for an alert shall be carried out by the requested Contracting State in accordance with extradition conventions in force and in conformity with domestic law. The requested Contracting State shall not be obliged to carry out the action if one of its nationals is involved, without prejudice to the possibility of arresting the person concerned in conformity with domestic law.

(8) Where the requested Contracting State considers that an alert is incompatible with its domestic law, with international obligations or with essential national interests, it shall be entitled not to carry out in its territory the action required in response to the alert. The other Contracting State shall be notified of that decision, together with the reasons therefor.

#### *Article 6. Other personal investigations*

(I) The Federal Criminal Investigation Agency and the Federal Office for Police Matters shall transmit to each other, by means of a protected automated procedure, for their respective national criminal investigation systems the following national alerts recorded by them, which shall be treated as requests:

- Alerts for the purpose of ascertaining the whereabouts of missing persons and taking into custody missing or other persons, as referred to in paragraph (3) below;
- Alerts for the purpose of ascertaining a person's whereabouts with a view to prosecuting criminal offences or enforcing custodial sentences, as referred to in paragraph (4) below;
- Alerts for the purpose of discreet surveillance ("Ausschreibungen zur polizeilichen Beobachtung" in the case of Germany, and "Ausschreibungen zur diskreten Überwachung", in the case of Switzerland), as referred to in paragraph (5) below.

(2) The Federal Criminal Investigation Agency shall transmit solely investigation data which it enters in the Schengen Information System for the investigation categories listed in paragraph (I) above. The Federal Office for Police Matters shall transmit similar data for those categories. Details of the structuring and transmission of data sets shall be laid down in a technical agreement between the national central authorities.

(3) The Contracting States shall, in response to alerts transmitted pursuant to paragraph (I) above for the purpose of ascertaining the whereabouts of missing persons or for the purpose of taking missing and other persons into custody, communicate to each other information concerning the domicile or abode of the following persons:

1. Missing persons of full age;
2. Missing persons who are minors;
3. Persons who for their own protection or in order to avert a threat have to be taken temporarily into custody at the request of the competent authority or of

the competent court or who have to be interned following a decision by a competent authority.

If a person as referred to in subparagraph 1 above on whom an alert has been issued is detected in the requested State, the communication to the requesting State shall be limited to the information necessary for a decision to be taken on continuing the investigation; the communication of any further details shall require the consent of the person concerned. Communications to third parties shall also require the consent of the person concerned. The police authorities shall take into custody persons as referred to in subparagraphs 2 and 3 above if the relevant requirements under domestic law are met.

(4) The Contracting States shall, in response to alerts transmitted pursuant to paragraph (1) above for the purpose of ascertaining the whereabouts of persons, communicate to each other information concerning the domicile or abode of witnesses, persons summoned to appear before the courts in connection with criminal proceedings by reason of offences for which they are being prosecuted or persons who are to be notified of a criminal judgement or served with a summons to begin a custodial sentence.

(5) An alert for the purpose of discreet surveillance with a view to prosecuting criminal offences or averting threats to public safety shall be admissible if there is concrete evidence that the person concerned intends to commit or is committing extremely serious criminal offences on a large scale or where an overall assessment of the person concerned, in particular on the basis of past criminal offences, gives reason to suppose that that person will commit extremely serious criminal offences in the future. The second sentence of paragraph (4) of article 5 shall apply mutatis mutandis. In connection with a discreet surveillance operation, some or all of the following information may be obtained when border checks and other police and customs examinations are carried out within the country and be transmitted to the authority issuing the alert:

- (a) The fact that the individual on whom or the vehicle on which the alert was issued has been traced;
- (b) The date, time and place of the check or the reason therefor;
- (c) The route and destination;
- (d) Persons accompanying the individual concerned or occupants of the vehicle;
- (e) The vehicle used;
- (f) Articles carried;
- (g) The circumstances in which the individual or vehicle was traced.

In the obtaining of such data, steps shall be taken not to jeopardize the discreet nature of the operation.

(6) The third sentence of paragraph (1) and paragraphs (2), (3) and (8) of article 5 shall apply mutatis mutandis.

(7) Communications pursuant to paragraphs (3) to (5) above shall take place in conformity with domestic law and, where the alerts are for the purpose of prosecution of criminal offences by the judicial authorities or enforcement of custodial sentences, in accordance with conventions in force on mutual assistance in criminal matters.

*Article 7. Transmission of data for the purpose of entry refusal*

(1) The Federal Republic of Germany shall, for immigration law purposes in connection with the granting of visas, refusal or prohibition of entry, arrest or termination of residence, including related police checks, transmit by means of an automated procedure to the Swiss Confederation data which, in response to alerts for the purpose of entry refusal, it enters in the Schengen Information System in accordance with article 96 of the Convention Implementing the Schengen Agreement. Data transmitted pursuant to the first sentence of the present paragraph may be made available in the Swiss Confederation, by means of an automated procedure, to police authorities as referred to in paragraph (1) of article 4 and to the competent authorities responsible for regulating residence and issuing visas. Data received pursuant to the first sentence of the present paragraph may be taken into account by the Swiss Confederation in decisions to be taken by it at the national level. For that purpose, the competent German authority shall in justified individual cases transmit, upon request, additional information concerning the reasons for the alerts.

(2) Data transmitted pursuant to paragraph (1) above shall be stored by the Swiss Confederation for no longer than the time required for the intended purpose. Notice of deletion of such data in accordance with domestic law shall be sent to the Swiss Confederation without delay; the latter shall delete the data without delay. Deletion of data as referred to in paragraph (1) above shall in any event take place 10 years after transmission thereof.

*Article 8. Property investigations*

(1) Data stored by the Federal Criminal Investigation Agency and the Federal Office for Police Matters for use in tracing property (property investigations) shall be made available by them to the other central authority for the purpose of carrying out searches by means of an automated procedure. Inquiries submitted by other police authorities shall be transmitted to the respective national central authority for onward transfer. The Contracting States' central authorities shall be entitled to allow the other police authorities access, by means of an automated procedure, to the acquired data.

(2) Data concerning property sought shall be transmitted by means of an automated procedure by the Federal Criminal Investigation Agency and the Federal Office for Police Matters to each other for their respective national criminal investigation systems. Paragraph (2) of article 6 shall apply mutatis mutandis. If a data search brings to light an alert on a located item of property, the detecting authority shall contact the authority which issued the alert in order to agree on the necessary action. Personal data may also be transmitted for that purpose in conformity with the present Treaty. Action by the Contracting State which located the item shall be carried out in accordance with its domestic law.

*Article 9. Exchange of data on vehicles and keepers*

(1) At the request of one Contracting State, the other Contracting State shall transmit stored data on motor vehicles and their trailers and on keepers if such information is useful in establishing or identifying persons as the keepers of vehicles, the vehicles of keepers or vehicle particulars and provided that it is required:

- (a) For road traffic administration purposes;
- (b) For checking insurance cover in connection with motor liability insurance;
- (c) For prosecuting infringements of road traffic legislation; or
- (d) For prosecuting traffic offences or other offences connected with motor vehicles, trailers, licence plates, vehicle papers or driving licences.

The data transmitted may be used solely for the purpose for which they were transmitted. A transmission shall not take place if interests of the person concerned that have to be protected would be thereby adversely affected. Paragraphs (2) to (7) of article 35 shall apply mutatis mutandis.

(2) The police authorities may address their requests to the central licensing authority in their own State and, in urgent cases, directly to a police authority of the other Contracting State.

(3) The execution of the request may take place between the central licensing authorities, including by means of an automated inquiry and information procedure, and, in urgent cases, directly between the police authorities.

(4) The central licensing authorities of the Contracting States shall be entitled to allow the respective national police authorities automated access to acquired data for purposes as indicated in paragraph (1) above.

(5) Requests as referred to in (c) and (d) in the first sentence of paragraph (1) above may also be submitted by the judicial authorities.

#### *Article 10. Police assistance in the event of impending danger*

(1) In cases where a request cannot be submitted in time via the competent judicial authorities without jeopardizing the success of the action to be taken, requests may be addressed by the competent police authorities directly to the police authorities in the other Contracting State for the purpose of preserving evidence and proof, including the conduct of physical examinations, body searches, house searches and seizure of evidentiary documents. Paragraph (2) of article 4 shall apply mutatis mutandis.

(2) The competent judicial authorities in the requesting State and in the requested State shall be notified without delay, together with the reasons for the need for urgency.

(3) The transmission of the results of the action taken to the requesting State shall require an official request for legal assistance from the judicial authorities. If the transmission of the results of the action taken is urgently required in accordance with the first sentence of paragraph (1) above, the requested police authority may, subject to the consent of the competent judicial authority, transmit the results directly to the police authority in the requesting Contracting State.

#### *Article 11. Transmission of information without prior request*

The police authorities of the Contracting States shall in individual cases communicate to each other without prior request any information which appears to be necessary for the recipient for purposes of assistance in averting specific threats to public order or safety or

in combating criminal offences. The recipient shall be obliged to verify the need for the transmitted data and to destroy or retransmit to the transmitting authority any unnecessary data. With regard to the conduct of the information exchange, paragraphs (2), (3) and (6) of article 4 shall apply mutatis mutandis. The sphere of competence of the judicial authorities shall be unaffected.

*Article 12. Service of judicial and other official documents*

(1) The competent authorities of one Contracting State may, in connection with the prosecution of criminal offences and breaches for which the furnishing of mutual legal assistance is admissible in the other Contracting State, send judicial and other official documents directly through the post to persons in the territory of the other Contracting State. The Contracting States shall transmit to each other a list of official documents which may be sent through such channels.

(2) Documents, or at least the important passages thereof, shall be drawn up in the official language spoken at the place of delivery to the addressee or in the Contracting States' official language spoken by the addressee or be translated into one of those official languages.

(3) Articles 8, 9 and 12 of the European Convention on Mutual Assistance in Criminal Matters shall apply mutatis mutandis in cases where a summons has been served through the post.

*Article 13. Basic and advanced training*

The police authorities of the Contracting States shall cooperate in the provision of basic and advanced training, to which end they shall in particular:

1. Exchange basic and advanced training curricula and give consideration to adopting each other's basic and advanced training course content;
2. Organize joint basic and advanced training seminars and cross-border exercises;
3. Invite representatives of the other Contracting State to attend practice sessions and special operations as observers;
4. Enable representatives of the other Contracting State to participate in appropriate advanced training activities.

CHAPTER III. SPECIAL FORMS OF COOPERATION

*Article 14. Surveillance for the purpose of prosecuting criminal offences or enforcing custodial sentences*

(1) Officers and other officials (hereinafter referred to as officers) of the police authorities of one Contracting State shall be authorized, in connection with the investigation of a criminal offence which is extraditable in the requested State, to continue a surveillance operation in the territory of that State if the latter has consented to the cross-border surveillance on the basis of a previously submitted request; the foregoing shall also apply to

surveillance whose purpose is to ensure the enforcement of a custodial sentence. The consent may be subject to conditions. Upon request, the surveillance operation shall be entrusted to officers of the Contracting State in whose territory the operation is being carried out. The request as referred to in the first sentence of the present paragraph shall be addressed to the authority, as designated by each of the Contracting States, which is authorised to grant or convey the requested consent. The consent granted shall in all cases be valid for the entire territory. The border may also be crossed at places other than permitted border crossing points and outside fixed operating hours.

(2) If, for reasons of particular urgency, prior consent cannot be sought from the other Contracting State, a surveillance operation may be continued beyond the border provided that the following requirements are met:

1. The competent authority of the Contracting State in whose territory the surveillance is to be continued shall be notified without delay, while the surveillance operation is in progress, that the border has been crossed;

The competent authority shall be:

- In the Federal Republic of Germany: the Provincial Criminal Investigation Agency of Baden-Württemberg or the Provincial Criminal Investigation Agency of Bavaria;
  - In the Swiss Confederation: the Police Headquarters of Basle-Town or the Police Headquarters of Schaffhausen;
2. A request as referred to in paragraph (1) above stating the reasons justifying a border crossing without prior consent shall be submitted without delay.

The surveillance operation shall be discontinued as soon as the Contracting State in whose territory the surveillance is taking place so requests following the notification referred to in 1 above or following the request referred to in 2 above or if no consent has been obtained five hours after the border was crossed.

(3) Surveillance pursuant to paragraphs (1) and (2) above shall be admissible solely under the following general conditions:

1. The surveillance officers shall comply with the provisions of the present article and with the law of the Contracting State in whose territory they are operating; they shall obey the instructions of the locally competent authorities;
2. In the conduct of a cross-border surveillance operation, officers of one Contracting State shall be subject to the same road traffic regulations as the officers of the Contracting State in whose territory the surveillance is being continued. The Contracting States shall inform each other of their respective legislation in force;
3. Except in the cases described in paragraph (2) above, a document certifying that consent has been granted shall be carried on the person during the surveillance operation;
4. The surveillance officers shall at all times be able to prove that they are acting in an official capacity;

5. Entry into dwellings and places which are not publicly accessible shall not be admissible. Business, office and work premises accessible to the public may be entered during their opening hours;
6. Every surveillance operation shall be the subject of a report to the authorities of the Contracting State in whose territory the operation took place; the surveillance officers may be required to attend in person in connection therewith;
7. The authorities of the Contracting State from whose territory the surveillance officers come shall, upon request, assist in the subsequent investigations, including judicial proceedings by the Contracting State in whose territory the surveillance took place;
8. Technical facilities required for the purpose of assisting cross-border surveillance may be used if admissible under the law of the Contracting State in whose territory the surveillance operation is continued;
9. If the person under surveillance is being pursued for or has been found in the act of committing or participating in a criminal offence which is extraditable in the requested Contracting State, surveillance officers operating under the direction of the requested Contracting State may arrest that person. The arrested person may, with a view to being brought before the locally competent authorities, be subjected only to a security search. Handcuffs may be used during the transfer. Articles carried by the person being pursued may be temporarily placed in safe keeping until the arrival of the locally competent authority.

(4) A request as referred to in paragraph (1) or (2) above shall be addressed:

- In the Federal Republic of Germany: to the public prosecution service in whose area of jurisdiction the border crossing is expected to take place;
- In the Swiss Confederation: to the criminal prosecution authorities of the Confederation or to the criminal prosecution authorities of the canton in whose area the border crossing is expected to take place.

The transmission may also take place via the national central authorities or via the police authorities in charge of the operation. The national central authorities shall simultaneously receive a copy of the request in cases where the request is not forwarded through them.

#### *Article 15. Surveillance for the purpose of preventing serious criminal offences*

(1) Where admissible under domestic law, officers of the police authorities of one Contracting State shall be authorized to continue a surveillance operation in the territory of the other Contracting State for the purpose of preventing serious criminal offences if the latter State has consented to the cross-border surveillance on the basis of a previously submitted request. The consent may be subject to conditions. On crossing the border, the surveillance officers shall inform the requested Contracting State without delay that the border has been crossed. Upon request, the surveillance shall be entrusted to officers of the Contracting State in whose territory the surveillance is being carried out.

(2) A request as referred to in paragraph (1) above shall be addressed:

- In the Federal Republic of Germany: to the Provincial Criminal Investigation Agency of Baden-Württemberg or the Provincial Criminal Investigation Agency of Bavaria;
- In the Swiss Confederation: to the criminal prosecution authorities as indicated in paragraph (4) of article 14.

The national central authorities shall simultaneously receive a copy of the request.

(3) A surveillance operation may be continued beyond the border if, for reasons of particular urgency, prior consent cannot be sought in time from the other Contracting State or the competent authorities are not able in time to take over the surveillance operation or its direction. The surveillance officers shall contact the competent authority of the Contracting State promptly, in general prior to crossing the border. A request as referred to in paragraph (1) above stating the reasons justifying a border crossing without prior consent shall be submitted without delay. The national central authorities shall simultaneously receive a copy of the request. The surveillance operation shall be discontinued as soon as the Contracting State in whose territory the operation is taking place so requests following the communication referred to in the second sentence of the present paragraph or following the request referred to in the third sentence of the present paragraph or if no consent has been obtained five hours after the border was crossed.

(4) The border may also be crossed at places other than permitted border crossing points and outside fixed operating hours. Paragraph (3) of article 14 shall apply mutatis mutandis.

(5) Surveillance operations carried out in accordance with these provisions shall be restricted to border areas, as defined in paragraph (7) of article 4, unless they are continued under the direction of the requested State.

#### *Article 16. Hot pursuit*

(1) Officers of the police authorities of one Contracting State who in their country are in pursuit of a person who:

1. Is being pursued for or has been found in the act of committing or participating in an extraditable criminal offence;
2. Has escaped from provisional custody, internment in a psychiatric hospital, preventive detention, confinement in a penal institution or official custody, shall be authorized to continue the pursuit in the territory of the other Contracting State without the latter's prior consent if, given the particular urgency of the case, the competent authorities of the other Contracting State could not be notified in advance or are unable to reach the scene in time to take over the pursuit. The pursuing officers shall contact the competent authority of the Contracting State without delay, in general prior to crossing the border. The pursuit shall be discontinued as soon as the Contracting State in whose territory the pursuit is to take place so requests. At the request of the pursuing officers, the locally competent authorities shall apprehend the person concerned in order to establish that person's identity or make an arrest.

(2) If the discontinuation of the pursuit is not requested and the locally competent authorities are unable to intervene in time, the pursuing officers may detain the person until the officers of the other Contracting State, who shall be notified without delay, establish the person's identity or make an arrest.

(3) Hot pursuit as referred to in paragraphs (1) and (2) above shall be carried out without any limitation in space or time. The sixth sentence of paragraph (1) of article 14 shall apply *mutatis mutandis*.

(4) Hot pursuit shall be carried out solely under the following general conditions:

1. The pursuing officers shall comply with the provisions of the present article and with the law of the Contracting State in whose territory they are operating; they shall obey the instructions of the locally competent authorities;
2. The pursuing officers shall be readily identifiable by means of a uniform or an armband or by auxiliary devices fitted to the vehicle; the wearing of civilian clothes combined with the use of an unmarked police vehicle without the aforementioned identification shall not be permissible;
3. A person apprehended in accordance with paragraph (2) above may, with a view to being brought before the locally competent authorities, be subjected only to a security search. Handcuffs may be used during the transfer. Articles carried by the person being pursued may be temporarily placed in safe keeping until the arrival of the locally competent authority;
4. After every operation as referred to in paragraphs (1) and (2) above, the pursuing officers shall appear without delay before the locally competent authorities of the other Contracting State and submit a report. At the request of those authorities, they shall be obliged to remain at their disposal in situ until the circumstances of the case have been clarified. The foregoing shall apply even if was not possible to arrest the person being pursued;
5. Subparagraphs 2 and 4 to 8 of paragraph (3) of article 14 shall apply *mutatis mutandis*.

(5) A person who, in accordance with paragraph (2) above, has been arrested by the locally competent authorities may, irrespective of that person's nationality, be held for questioning. The relevant provisions of domestic law shall apply *mutatis mutandis*. If the person is not a national of the Contracting State in whose territory the person was apprehended, the person shall be released not later than six hours after being apprehended, not including the hours between midnight and 9 a.m., unless, prior to expiry of that time limit, the locally competent authorities receive a request for that person's provisional arrest for purposes of extradition. Domestic legislation that allows orders for detention or provisional arrest on other grounds shall be unaffected.

(6) In cases of exceptional importance or where a hot pursuit extends beyond a border area, as defined in paragraph (7) of article 4, the national central authorities shall be notified of the hot pursuit being carried out.

(7) With a view to combating cross-border crime or investigating criminal offences, the preceding paragraphs shall apply *mutatis mutandis* to cases where officers of the police

authorities of one Contracting State pursue a person who evades a border check or who, within an area of thirty kilometres from the border, evades a police check.

*Article 17. Undercover investigations for the purpose of establishing criminal offences*

(1) On the basis of a previously submitted request by one Contracting State, the other Contracting State may consent to the deployment of officers of the requesting Contracting State under an assumed identity (undercover investigators) in the territory of the requested Contracting State for the purpose of establishing criminal offences if there is sufficient clear evidence of the existence of a criminal offence which qualifies for mutual legal assistance and in respect of which the deployment of undercover investigators is admissible under domestic law. The consent granted shall in all cases be valid for the entire territory. The requesting Contracting State shall submit the request only if it would be impossible or especially difficult to establish the facts of the case without the planned investigative measures. The sixth sentence of paragraph (1) of article 14 shall apply mutatis mutandis.

(2) The investigations in the requested Contracting State shall be restricted to individual operations limited in time. The preparations for the operations shall be undertaken in close coordination between the participating authorities of the requested Contracting State and the requesting Contracting State. An officer of the requested State shall be entrusted with the direction of the operations; the State in charge of the operations shall be accountable for the actions of officers of the requesting State. The requested Contracting State may at any time request the discontinuation of the investigations.

(3) The requirements for the deployment of undercover investigators, the conditions under which it takes place and the rules for the use of the results of the investigations shall be fixed by the requested Contracting State in compliance with its domestic legislation. The requesting Contracting State shall be notified thereof by the requested Contracting State.

(4) The requested Contracting State shall provide the required technical and personnel support. All necessary measures shall be taken by the requested Contracting State to protect the officers of the requesting Contracting State during their deployment in the requested Contracting State.

(5) If, for reasons of particular urgency, prior consent cannot be sought from the other Contracting State and the statutory requirements for the deployment of undercover investigators in the other Contracting State are met, undercover investigators shall, by way of exception, be authorized to operate in the territory of the other Contracting State without prior consent if there would otherwise be a risk that their assumed identity would be revealed. The authority of the other Contracting State, as indicated in paragraph (6) below, shall be notified of the operation without delay. A request stating the reasons justifying the conduct of an operation without prior consent shall be submitted without delay. The undercover investigator's action shall in such cases be restricted to the degree essential to maintain the fiction. Undercover investigations as referred to in the present paragraph shall be limited to border areas, as defined in paragraph (7) of article 4.

(6) The request shall be addressed to the national central authority or to the competent authority granting approval, with simultaneous notification to the national central authority. In cases where undercover investigations in the Federal Republic of Germany are ex-

pected to be limited to border areas, as defined in paragraph (7) of article 4, a copy of the request shall additionally be addressed to the Provincial Criminal Investigation Agency of Baden-Württemberg or the Provincial Criminal Investigation Agency of Bavaria, as appropriate, with simultaneous notification to the national central authority.

(7) The competent authorities of the Contracting State in whose territory the deployment of undercover investigators took place shall be notified in writing without delay of the conduct and results of the operation.

(8) The Contracting States may make undercover investigators available to each other and such investigators shall operate under the orders and direction of the competent authority of the other Contracting State.

*Article 18. Undercover investigations for the purpose of preventing serious criminal offences*

(1) Where admissible under domestic law, undercover investigations may be continued in the territory of the other Contracting State for the purpose of preventing serious extraditable criminal offences if the latter State has consented to the cross-border undercover investigations on the basis of a previously submitted request to the authorities as indicated in paragraph (2) below.

(2) The request shall be addressed, in the Swiss Confederation, to the criminal prosecution authorities as referred to in paragraph (4) of article 14 and, in the Federal Republic of Germany, to the provincial criminal investigation agency in whose area the cross-border undercover investigation commences, with simultaneous notification to the Federal Criminal Investigation Agency.

(3) The third and fourth sentences of paragraph (1) and paragraphs (2) to (5), (7) and (8) of article 17 shall apply mutatis mutandis.

*Article 19. Controlled delivery*

(1) At the request of one Contracting State, the requested Contracting State may allow a controlled import into its territory, a controlled transit or a controlled export, in particular in connection with the illicit trade in narcotic drugs, weapons, explosives, counterfeit currency and stolen goods or in connection with money-laundering activities, if, in the opinion of the requesting Contracting State, the detection of the ringleaders and accomplices or the discovery of distribution routes would otherwise be impossible or especially difficult. The fifth and sixth sentences of paragraph (1) of article 14 shall apply mutatis mutandis. A controlled delivery may, following agreement between the Contracting States, be intercepted and released for onward transit with the goods left intact, removed or replaced in whole or in part. If the goods entail an unjustifiable risk for the persons involved in the transport or for the general public, the controlled delivery operation shall be restricted or refused by the requested Contracting State.

(2) The requested Contracting State shall take over control of the delivery at the border crossing or at an agreed handover point in order to avoid any interruption in the monitoring operation. It shall ensure that the consignment is kept under constant surveillance during

the subsequent course of the transport so that it is able at any time to apprehend the perpetrators or seize the goods. Officers of the requesting Contracting State may, in agreement with the requested Contracting State, continue to accompany the controlled delivery, after handover, together with the officers of the requested Contracting State who take over control. In so doing, they shall comply with the provisions of the present article and with the law of the requested Contracting State; they shall obey the instructions of the officers of the requested Contracting State.

(3) Requests for controlled delivery operations which commence or are continued in a third State shall be granted only if the third State's observance of the requirements set out in the first and second sentences of paragraph (2) above is also guaranteed.

(4) Subparagraphs 1, 2, 4, 5, 7, 8 and 9 of paragraph (3) of article 14 shall apply mutatis mutandis.

(5) The rules relating to jurisdiction as set out in paragraph (4) of article 14 shall apply. Requests for a controlled export shall be addressed:

- In the Federal Republic of Germany: to the public prosecution service in whose area the transport commences;
- In the Swiss Confederation: to the criminal prosecution authorities of the Confederation or of the canton in whose area the transport commences.

#### *Article 20. Joint operations and cross-border investigations*

(1) With a view to strengthening cooperation, the competent authorities of the Contracting States shall, if required, establish joint patrols and jointly staffed inspection, surveillance and investigation teams, in which officers of one Contracting State shall provide assistance in operations carried out in the territory of the other Contracting State without - except in the case of application of article 22 - sovereign powers, and also analysis teams and other working groups.

(2) The competent authorities of the Contracting States in border areas, as defined in paragraph (7) of article 4, shall, in accordance with fixed plans, participate within their respective territory in cross-border investigations such as intensive searches for fugitive criminals. In cases of supraregional scope, the central authorities shall be involved.

#### *Article 21. Exchange of officers with no exercise of sovereign powers*

In cases entailing similar duties and corresponding responsibilities, the police authorities in border areas, as defined in paragraph (7) of article 4, their subordinate divisions and task forces of one Contracting State may develop special cooperation arrangements with the respective police authorities of the other Contracting State. In addition to regular contacts, such cooperation shall involve primarily the assignment of officers of one Contracting State to operate in the other Contracting State for a specific period in connection with cross-border matters but without sovereign powers being exercised by them.

*Article 22. Exchange of officers with the exercise of sovereign powers*

(1) With a view to averting threats to public order or safety and combating criminal offences, officers of the police authorities of one Contracting State may, in cases where an urgent need exists, be made subordinate to the competent authorities of the other Contracting State, by way of exception, for the purpose of discharging police enforcement duties, including the exercise of sovereign powers.

(2) Such subordination shall be subject to prior agreement between the competent authorities of both Contracting States.

(3) With regard to averting threats to public order or safety, an urgent need shall exist in particular if the success of a required policing operation would be frustrated or significantly jeopardized without the engagement of officers as referred to in paragraph (1) above and, with regard to combating criminal offences, if the investigations would be impossible or especially difficult without the engagement of officers as referred to in paragraph (1) above.

(4) Officers subordinated in accordance with paragraph (1) above may exercise sovereign powers solely under the direction of the authority in charge of the operation and in general in the presence of officers of the other Contracting State. The State in charge of the operation shall be accountable for the actions of subordinated officers.

*Article 23. Cooperation at joint centres*

(1) Within the territory of either Contracting State, joint centres may be established in border areas, as defined in paragraph (7) of article 4, for purposes of exchanging information and assisting both Contracting States' police authorities having jurisdiction in border areas.

(2) Officers of the police authorities of both Contracting States shall, within their respective spheres of competence, work together at the joint centres with a view to sharing, analysing and forwarding information on matters concerning border areas - without prejudice to the conduct of operations and information exchange via the national central authorities - and to assisting in the coordination of cross-border cooperation pursuant to the present Treaty.

(3) Assistance provided may also include preparatory work and cooperation in the transfer of aliens on the basis of agreements in force between the Contracting States.

(4) The joint centres shall not be entrusted with the independent execution of operational activities. Officers at the joint centres shall be subject to the powers of their respective national authorities to issue instructions and impose discipline.

(5) At joint centres, officers of the police authorities may also perform, on behalf of the authorities seconding them, non-operational activities extending beyond the duties referred to in paragraphs (1) to (3) above.

(6) The number of joint centres and their location, the modalities of cooperation and the equitable apportionment of costs shall be regulated in a separate agreement.

(7) Officers of the police authorities may participate at joint centres of the Contracting States which they operate with a common neighbouring State in border areas if and insofar as the neighbouring State consents to such participation. The modalities of cooperation and the apportionment of costs shall be regulated between all the States involved.

*Article 24. Assistance in the case of major occurrences, disasters and serious accidents*

(1) The competent police authorities of both Contracting States shall assist each other, within the framework of domestic law, in connection with large-scale events and similar major occurrences, disasters or serious accidents, to which end they shall:

1. Notify each other as promptly as possible of relevant occurrences having cross-border implications and report findings thereon;
2. Carry out and coordinate police action required in their territory in situations having cross-border implications;
3. Provide assistance, to the extent possible, at the request of the Contracting State in whose territory the situation arises, by seconding specialists and advisers and making equipment available.

(2) In the cases described in subparagraph 3 of paragraph (1) above, the border may, for reasons of particular urgency, be crossed at places other than permitted border-crossing points and outside fixed operating hours. Subparagraph 2 of paragraph (3) of article I4 shall apply mutatis mutandis.

(3) The Agreement of 28 November 1984 between the Federal Republic of Germany and the Swiss Confederation on Mutual Assistance in the Event of Disasters or Serious Accidents shall be unaffected.

*Article 25. Deployment of aircraft and vessels*

(I) Vessels and, subject to the prior consent of the competent police authorities, aircraft may be deployed within the framework of cross-border surveillance or hot pursuit operations and in the event of other cross-border operations.

(2) In cross-border operations, police officers shall be subject to the same aviation and navigation regulations as the police officers of the Contracting State in whose territory the operation is being continued. The Contracting States shall inform each other of their legislation in force.

CHAPTER IV. DATA PROTECTION

*Article 26. Use limitation*

The use of data transmitted pursuant to the present Treaty shall be admissible solely for the purpose, as specified in the Treaty, for which the data were transmitted and on the conditions laid down in each individual case by the transmitting authority. Such use shall additionally be admissible:

- I. For purposes for which data may also be transmitted under the present Treaty;

2. For the purpose of preventing and prosecuting serious criminal offences; and
3. For the purpose of averting serious threats to public safety.

*Article 27. Supplementary provisions*

Subject to compliance with the legislation in force for each Contracting State, the provisions set out below shall also apply, the relevant provisions of federal law in the Swiss Confederation applying insofar as the individual cantons do not have sufficient data protection regulations:

1. The recipient shall inform the transmitting authority, upon request, of the use of transmitted data and the results obtained therefrom;
2. The transmitting authority shall be obliged to ensure the accuracy of data to be transmitted and whether the transmission is necessary and reasonable in relation to the intended purpose. In that respect, any prohibitions on transmission which apply under domestic law shall be complied with. If it emerges that incorrect data or data which should not be transmitted have been transmitted, the recipient shall be informed thereof without delay. The recipient shall be obliged to correct or destroy the data;
3. Information shall be communicated, upon request, to the individual involved concerning data relating to his or her person and concerning the purpose for which such data are intended and the purpose of storage. No obligation to communicate the information shall exist if an evaluation indicates that the public interest in the non-communication of the information outweighs the individual's interest in the communication of the information. In all other respects, the individual's right to receive information on data relating to his or her person shall be determined by the domestic law of the Contracting Party in whose territory the information is requested;
4. If the domestic law applying to the transmitting authority provides for specific time limits with regard to deletion of transmitted personal data, the transmitting authority shall inform the recipient thereof. Irrespective of such time limits, transmitted personal data shall be deleted as soon as the data are no longer required for the purpose for which they were transmitted or it emerges that the data relate to uninvolved third parties;
5. The transmitting authority and the receiving authority shall be obliged to record the transmission and receipt of personal data. If the transmission of personal data is made from a data file, an indication that the transmission has been carried out may also be included in the data file in which the personal data are stored. Data transmissions by means of an automated procedure shall be recorded in computerized form in accordance with domestic legislation;
6. The transmitting authority and the receiving authority shall be obliged to protect transmitted personal data effectively against unauthorized access, unauthorized modification and unauthorized publication;
7. If, as a result of transmissions within the framework of data exchange pursuant to the present Treaty, any person suffers a loss in breach of the law, the receiving authority shall be liable therefor, in conformity with its domestic law, towards that person. It may not plead that the loss was caused by the transmitting authority in order to avoid its liability to

wards the injured party. If the receiving authority pays damages by reason of a loss which was caused by the use of incorrectly transmitted data, the transmitting authority shall refund in full to the receiving authority the amount of damages paid.

*Article 28. Handling of data in the territory of the other Contracting State*

- (1) The provisions set out in the present chapter shall also apply to personal data acquired through cross-border activities in the territory of the other Contracting State. In this respect, the special conditions laid down by the requested Contracting State in connection with the cross-border operation shall be complied with.
- (2) Officers operating in the territory of the other Contracting State may be granted access by that Contracting State to official personal data collections solely under the direction of one of its officers.

CHAPTER V. LEGAL RELATIONSHIPS IN THE PERFORMANCE OF OFFICIAL ACTS IN THE  
OTHER CONTRACTING STATE

*Article 29. Entry and residence*

Within the context of the suspension of the passport and visa requirement in force between the Federal Republic of Germany and the Swiss Confederation, officers of the police authorities who, pursuant to the present Treaty, operate in the territory of the other Contracting State shall need only a valid official identity card, with photograph and signature, for entry and residence purposes.

*Article 30. Wearing of uniforms and carrying of duty weapons*

- (1) If, pursuant to the present Treaty, officers of the police authorities operate in the territory of the other Contracting State, they shall be authorized to wear uniforms and carry their duty weapons and other means of coercion with them unless the other Contracting State in individual cases informs the competent police authority of the Contracting State that is not permitted by it or is permitted solely under specific conditions.
- (2) Officers operating in accordance with article 22 who wear uniforms shall indicate, by means of appropriate markings, their subordinate relationship to the State in charge of the operation.
- (3) The use of firearms shall be permissible solely in cases of self-defence and defence of third persons.

*Article 31. Welfare and employment relationships*

- (1) The Contracting States shall be obliged to provide the same protection and support to seconded officers as to their own officers in the discharge of their employment.

(2) Officers of the other Contracting State shall, with regard to matters of employment law and, in particular, disciplinary and also liability law, remain subject to the regulations in force in their own State.

*Article 32. Liability*

(1) The Contracting States undertake not to pursue any claims for compensation against each other by reason of loss of or damage to property belonging to them or to other administrative organs if the loss or damage was caused by an officer of a police authority in the performance of duties in connection with the implementation of the present Treaty.

(2) The Contracting States undertake not to pursue any claims for compensation against each other by reason of injury to or the death of an officer of a police authority if the injury or death was caused in the performance of duties in connection with the implementation of the present Treaty. Claims for damages by the officer or the officer's surviving dependents shall not be thereby affected.

(3) If a loss is caused to a third party by an officer of a police authority of one Contracting State in the performance of duties in connection with the implementation of the present Treaty in the territory of the other Contracting State, the Contracting State in whose territory the loss occurred shall be liable for the loss in conformity with the regulations which would apply in the event of a loss caused by one of its own officers having subject-matter and territorial jurisdiction.

(4) The Contracting State whose officers caused a loss in the territory of the other Contracting State shall refund to the other Contracting State the full amount of the damages paid by the latter to the injured parties or to their heirs and assigns.

(5) The competent authorities of the Contracting States shall cooperate closely with a view to facilitating the settlement of claims for damages. They shall, in particular, exchange all information available to them on losses as referred to in the present article.

(6) Paragraphs (1) and (2) above shall not apply if the loss was brought about deliberately or through gross negligence.

*Article 33. Status of officers under criminal law*

Officers who, pursuant to the present Treaty, operate in the territory of the other Contracting State shall, with regard to criminal offences committed by them or against them, be treated as officers of the other Contracting State.

CHAPTER VI. INFRINGEMENTS OF ROAD TRAFFIC LEGISLATION

*Article 34. Definition of road traffic infringements*

For the purposes of the present chapter, a road traffic infringement shall mean conduct which is deemed a criminal offence or breach of road traffic legislation, including breaches of regulations relating to permitted driving times and rest periods for drivers and dangerous goods legislation.

*Article 35. Communication of data from motor vehicle registers; further inquiries*

(1) Data from central motor vehicle registers concerning the factual and legal status of motor vehicles (data on vehicles) and personal data concerning individuals to whom a vehicle registration number has been allocated or issued (data on keepers or owners) may, upon request, be transmitted by the Contracting States provided that such information is required:

- (a) For the purpose of prosecuting infringements of road traffic legislation or
- (b) For the purpose of prosecuting traffic offences or other offences connected with motor vehicles, trailers, licence plates, vehicle papers or driving licences.

(2) The requesting authority shall state the purpose, as referred to in paragraph (1) above, for which the data to be transmitted are required. The transmitted data may be used by the recipient solely for the purpose for which the data were transmitted to the recipient. The request may relate only to a specific vehicle or keeper. In the case of violations of regulations under German law (*Ordnungswidrigkeiten*) and contraventions under Swiss law (*Übertretungen*), inquiries may be made solely with the use of data on vehicles.

(3) The central vehicle licensing authorities may make available for the execution of requests submitted together with vehicle registration details, including by means of an automated inquiry and information procedure, the following data stored by them:

1. Data on keepers:

- (a) In the case of individuals:

Surname, forenames, religious name, assumed name, name at birth, date and place of birth, sex and address;

- (b) In the case of corporate entities and authorities:

Name or business style and address; or

- (c) In the case of associations:

Designated representative together with the details under (a) above and, if applicable, name of the association;

2. Data on vehicles:

- (a) Registration number, method of propulsion, vehicle manufacturer and vehicle identification number;

- (b) Date of expiry of any temporary lay-up;

- (c) Date of expiry of validity of short-term licences allocated;

- (d) Period of operation in the case of seasonal registration or provisional licence plates; and

- (e) Details of theft or other loss of the vehicle or licence plate.

(4) The transmitting authority may allow the transmission only if the inquiry takes place with the use of an identification code of the authority entitled to receive such data. The recipient shall ensure that transmitted data are received only by the designated receiving terminals. The transmitting authority shall guarantee by means of an independent pro-

cedure that a transmission will not be carried out if the identification code has not been indicated or has been wrongly indicated. It shall record any attempted inquiries made without an identification code or with an incorrect identification code and shall investigate failed attempts in conjunction with the inquiring authority.

(5) The transmitting authority shall keep records, which shall contain details of the data used for the inquiry, the transmitted data, the date and time of transmission, the recipient of the data and the purpose stated by the recipient, as referred to in paragraph (1) above. The recorded data may be used solely for purposes of data protection control, in particular for checking the lawfulness and accuracy of transmissions. Such data shall be suitably protected against use for other than the intended purposes and against any other misuse and shall be deleted at the latest after six months. In application mutatis mutandis of the first sentence of the present paragraph, the receiving Contracting State shall ensure that any transmission to or automated search by the locally competent authority is recorded by the central licensing authority.

(6) The transmitting Contracting State shall be obliged to ensure the accuracy of personal data. If it emerges that incorrect data or data which should not have been transmitted were transmitted, the receiving Contracting State shall be informed thereof without delay. The receiving Contracting State shall be obliged to correct or destroy the data or to indicate that the data are incorrect or were unlawfully transmitted. The right of the individual involved to receive information on data relating to his or her person that have been transmitted or stored shall be determined by the domestic law of the Contracting State in whose territory the right to information is invoked. Communication of information to the individual involved shall be refused if that is indispensable for the performance of a lawful task in connection with the purposes specified in paragraph (1) above. The transmitted data shall be stored by the receiving Contracting State for no longer than the time required for the intended purpose. Time limits for checking and deletion purposes shall be determined in conformity with domestic law.

(7) With regard to the transmission of personal data, each Contracting State shall take special precautions for data security purposes. It shall, in particular, be ensured that:

- Data media cannot be read, copied, modified or removed without authorization;
- Automated data-processing systems cannot be used by unauthorized persons using data communication equipment; and
- It is guaranteed that persons authorized to use an automated data-processing system have access only to data covered by their access authorization.

The Contracting States shall also take steps to ensure that, during the transfer of personal data or during the conveyance of data media, the data cannot be read, copied, modified or deleted without authorization.

(8) Details concerning types of inquiry and the scope of information, as referred to in 1 and 2 of paragraph (3) above, shall form the subject of a technical agreement between the central licensing authorities.

(9) If the competent prosecution authority of the requesting Contracting State requires additional information for the purposes indicated in paragraph (1) above, it may seek assistance directly from the competent authority of the requested Contracting State.

*Article 36. Contents of documents served*

Documents which are served pursuant to article 12 and on the basis of which an opinion may be issued shall contain all the information required for the addressee to state an opinion, in particular information concerning:

- (a) The nature, place and date and time of the infringement and the means of its establishment (evidence);
- (b) The registration and, if possible, type and make of the vehicle with which the infringement was committed or, in the absence thereof, any details for the purpose of identifying the vehicle;
- (c) The amount of the pecuniary sanction or fine that may be imposed or the pecuniary sanction or fine actually imposed, and also the time limit within which it has to be paid and the method of payment;
- (d) The possibility of putting forward extenuating circumstances, the time limit within which such circumstances have to be communicated and the methods of communication;
- (e) The available rights of appeal against rulings, the related modalities, the time limit for filing any such appeal and details of the authority with which the appeal has to be lodged;
- (f) The costs of proceedings, if applicable.

*Article 37. Requests for enforcement assistance; requirements*

- (1) The Contracting States shall, upon request, assist each other in enforcing rulings by the competent court or competent administrative authority of one Contracting State establishing the commission of a road traffic infringement and imposing a penalty by reason thereof, provided that the following requirements are met:
  - (a) The penalty imposed is at least 40 euros or 70 Swiss francs;
  - (b) The individual concerned was afforded sufficient opportunity to be heard;
  - (c) An appeal could be lodged against the ruling;
  - (d) The request is limited to the enforcement of a financial sanction;
  - (e) The ruling is enforceable under the law of the requesting State and is not time-barred;
  - (f) The competent authorities of the requesting Contracting State have unsuccessfully requested the individual concerned to discharge the penalty imposed;
  - (g) The domicile or abode of the individual concerned is in the territory of the requested Contracting State.
- (2) The requesting Contracting State may, following a request to enforce a ruling, resume enforcement only after the requested Contracting State has stated that the request is rejected or that it was unable to enforce the ruling.
- (3) Requests and all communications arising therefrom shall be transmitted in writing directly between the authorities of the Contracting States competent to undertake enforce-

ment. The foregoing shall apply even in the case of a court judgement. Any suitable means of communication which leave a written record, including facsimile transmission, shall be admissible. The request shall be accompanied by a copy of the ruling and a declaration by the requesting authority confirming that the requirements specified in (b) to (f) of paragraph (1) above have been met. The requesting party may attach additional communications which are of relevance to taking over enforcement, in particular information concerning specific circumstances of the infringement, such as the nature of its commission, that were taken into account in the fixing of the monetary penalty, and also the text of the legislation applied.

(4) Enforcement assistance shall not be granted:

- (a) In the case of a ruling which includes a custodial sentence as the main penalty;
- (b) In the case of road traffic infringements which also involve criminal offences relating not only to road traffic, unless the road traffic infringements are prosecuted solely or separately.

*Article 38. Reasons for refusal, obligation to notify, scope and discontinuation of enforcement*

(1) The execution of a request for enforcement may be refused if:

- (a) The infringement giving rise to the ruling cannot be punished as an infringement under the law of the requested Contracting State;
- (b) The execution of the request is in breach of the principle of ne bis in idem;
- (c) Enforcement has become time-barred under the law of the requested Contracting State.

(2) The requesting Contracting State shall be notified of any refusal to execute requests, together with the reasons therefor.

(3) Parts of the penalty that have already been enforced shall not be enforced. The requested Contracting State shall discontinue enforcement as soon as it is informed by the requesting Contracting State of circumstances as a result of which enforceability is suspended or expires.

*Article 39. Immediacy of enforcement, conversion and means of coercion*

(1) Rulings shall be enforced by the competent authorities of the requested Contracting State immediately and in its currency. For purposes of conversion, the official exchange rate prevailing at the time of the ruling shall apply. If, when the conversion is made, it emerges that the monetary penalty imposed exceeds the maximum amount of the monetary penalty applying under the law of the requested Contracting State to a road traffic infringement of the same kind, enforcement of the ruling shall be limited to that maximum amount.

(2) The law of the requested Contracting State shall apply to the enforcement of rulings. If enforcement proves wholly or partially impossible, coercive detention or imprisonment in default of payment may be ordered in the requested Contracting State.

(3) The Contracting States reserve the possibility of an exequatur decision with regard to enforcement, as follows:

- The Federal Republic of Germany: in the case of infringements which would be criminal offences (*Straftaten*) under its law;
- The Swiss Confederation: in the case of infringements which would be misdemeanours (*Vergehen*) under its law.

*Article 40. Costs*

Costs arising from measures taken pursuant to the present chapter shall not be charged to the requesting Contracting State; proceeds from enforcement and costs fixed in rulings shall accrue to the requested Contracting State.

*Article 41. Competent authorities*

The Contracting States shall exchange lists in which the following shall be designated:

- (a) Their respective central licensing authorities;
- (b) The authorities competent to deal with further inquiries (paragraph (9) of article 35);
- (c) The authorities competent to undertake enforcement (paragraph (3) of article 37);
- (d) An authority in each Contracting State to be responsible for forwarding requests in cases of uncertainty as to competence.

The exchange of lists shall take place between the competent German federal ministry and the competent Swiss federal office.

**CHAPTER VII. IMPLEMENTING AND FINAL PROVISIONS**

*Article 42. Exemption clause*

If one Contracting State is of the opinion that the fulfilment of a request or the execution of a measure of cooperation may impair its sovereign rights or adversely affect its security or other essential interests, it shall inform the other Contracting State that it must refuse cooperation wholly or partially or make its cooperation subject to specific conditions.

*Article 43. Application and development of the Treaty*

Each Contracting State may request meetings of experts of both States with a view to resolving questions concerned with the application of the present Treaty and to submitting proposals for the development of cooperation.

*Article 44. Involvement of the customs administration*

(1) Where competent officers of the customs administration of the Federal Republic of Germany perform duties of the Federal Border Police or duties in connection with breaches of prohibitions or restrictions on cross-border movement of goods, the stipulations of article 4 (cooperation upon request), article 9 (exchange of data on vehicles and keepers), article 10 (police assistance in the event of impending danger), article 11 (transmission of information without prior request), article 12 (service of judicial and other official documents), articles 14 and 15 (surveillance), article 16 (hot pursuit), articles 17 and 18 (undercover investigations), article 19 (controlled delivery), paragraph (2) of article 20 (cross-border investigations), article 23 (cooperation at joint centres) and article 25 (deployment of aircraft and vessels) and the provisions of chapters IV and V shall apply mutatis mutandis. Prohibitions and restrictions shall be concerned with the illicit trade in narcotic drugs, weapons, explosives, toxic and hazardous waste, radioactive and nuclear materials, goods and technologies of strategic importance and other armaments, pornographic products and money-laundering activities. Customs administration officers appointed as auxiliary officers of the public prosecution service shall be competent officers.

(2) Amendments to the prohibitions and restrictions on cross-border movement of goods as referred to in paragraph (1) above may be agreed by an exchange of notes, which shall be officially published in the Contracting States.

(3) Where investigation responsibilities are transferred to the Swiss customs administration in accordance with paragraph (1) above, the present Treaty may, with the inclusion of the related procedural regulations, be supplemented accordingly by an exchange of notes, which shall be officially published in the Contracting States.

*Article 45. Expenses*

Each Contracting State shall itself bear expenses arising for its authorities from the application of the present Treaty unless such expenses arise as a result of measures carried out pursuant to article 24. In that event, the provisions of the Convention of 28 November 1984 between the Federal Republic of Germany and the Swiss Confederation on mutual assistance in the event of disasters or serious accidents shall apply directly or mutatis mutandis.

*Article 46. Language of communications*

Communications between the authorities of the Contracting States pursuant to the present Treaty shall be effected in the German language. The authorities of the French- and Italian-speaking cantons of the Swiss Confederation may also respond to requests in French or in Italian.

*Article 47. Implementing agreements relating to border areas*

The competent authorities of the Contracting States, including those of the provinces of Baden-Württemberg and Bavaria and the cantons of Basle-Town, Basle-Country, Argovia, Schaffhausen, Zurich, Thurgovia and St. Gall, may, on the basis of and within the

framework of the present Agreement, conclude additional agreements whose objective shall be the administrative implementation and development of cooperation arrangements in border areas.

*Article 48. Relationship to other regulations*

(1) The stipulations concerning mutual administrative and legal assistance and other obligations of the Contracting States contained in bilateral or multilateral agreements shall be supplemented by the present Treaty.

(2) The provisions of the Treaty of 23 November 1964 between the Federal Republic of Germany and the Swiss Confederation on the inclusion of the territory of Büsingen am Hochrhein in the Swiss customs area, as amended by the Agreement modifying the treaty of 19 March 1997 (the Büsingen Treaty), shall in principle be unaffected. The restrictions resulting from articles 31 and 32 of the Büsingen Treaty shall not apply to measures carried out pursuant to the present Treaty.

*Article 49. Alterations to names of authorities and local government bodies*

(1) The Contracting States shall notify each other, by note verbale, of any alterations to the names of authorities or local government bodies referred to in the present Treaty.

(2) The Contracting States may, by exchange of notes, agree to changes to the border areas as defined in paragraph (7) of article 4.

(3) Notes verbales as referred to in paragraph (1) above and exchanges of notes as referred to in paragraph (2) above shall be officially published in the Contracting States.

*Article 50. Entry into force and denunciation*

(1) The present Treaty shall be subject to ratification. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible. The Treaty shall - with the exception of article 6, paragraph (2) of article 8 and chapter VI - enter into force on the first day of the second month following the exchange of the instruments of ratification. From that time, paragraphs (2) to (7) of article 35 shall be applied provisionally. Article 6, paragraph (2) of article 8 and chapter VI, including article 35 thereof, shall enter into force at times agreed by the Contracting States by exchange of notes.

(2) The present Treaty shall be concluded for an indefinite period. It may be denounced by either Contracting State giving notice in writing through diplomatic channels and shall cease to be in force six months after receipt of such notice.

(3) The registration of the Treaty with the Secretariat of the United Nations in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations shall be effected by the German side.

Done at Berne on 27 April 1999, in two originals, in the German language.

For the Federal Republic of Germany:

SCHILY

BALD

For the Swiss Confederation:

KOLLER

[TRANSLATION - TRADUCTION]

TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA CONFÉDÉRATION SUISSE RELATIF À LA COOPÉRATION TRANSFRONTALIÈRE EN MATIÈRE POLICIÈRE ET JUDICIAIRE (ACCORD GERMANO-SUISSE EN MATIÈRE DE POLICE)

La République fédérale d'Allemagne et la Confédération suisse,

Tenant compte des objectifs et des mesures de coopération dans les zones frontalières, convenus dans le mémorandum d'entente du 11 décembre 1997 entre le Ministère fédéral de l'Intérieur allemand et le Département fédéral de justice et police suisse,

Animées par la volonté de développer en permanence la coopération policière et judiciaire, sur la base du présent Traité, et, en particulier, d'intensifier l'échange d'informations, principalement dans le secteur de la transmission de données relatives à des recherches de police,

Désireuses de lutter efficacement contre les dangers transfrontaliers ainsi que contre la criminalité internationale au moyen d'un système de sécurité fondé sur la coopération,

Soucieuses de faciliter autant que se peut faire les relations en matière d'entraide policière et judiciaire,

Sont convenues des dispositions suivantes :

CHAPITRE I. COORDINATION DES QUESTIONS DE SÉCURITÉ FONDAMENTALES

*Article 1. Intérêts communs en matière de sécurité*

Les États contractants se renseignent mutuellement sur les aspects saillants de leur stratégie de lutte contre la criminalité ainsi que sur les projets d'envergure dans le secteur policier qui ont des incidences sur les intérêts de l'autre État contractant. Lors de l'élaboration de stratégies policières et de l'application des mesures de police, ils tiennent dûment compte de leurs intérêts communs en matière de sécurité. Lorsqu'un État contractant estime que l'autre État contractant devrait prendre certaines dispositions pour garantir la sécurité commune, il peut soumettre une proposition à cet effet.

*Article 2. Analyse commune de la sécurité*

Les États contractants s'efforcent de parvenir à un niveau d'information aussi uniforme que possible concernant l'état de la sécurité policière. À cet effet, ils procèdent, périodiquement et chaque fois que les circonstances l'exigent, à l'échange de points de la situation établis selon des critères précis et ils analysent ensemble, au moins une fois par année, les aspects saillants de la situation en matière de sécurité.

## CHAPITRE II. ASPECTS GÉNÉRAUX DE LA COOPÉRATION DES AUTORITÉS POLICIÈRES

### *Article 3. Prévention de menaces et lutte contre la criminalité*

Les États contractants renforcent leur coopération en matière de prévention de menaces pour la sécurité ou l'ordre publics ainsi qu'en matière de lutte contre la criminalité, tout en veillant à sauvegarder les intérêts de la sécurité de l'autre État contractant. Cette coopération s'inscrit dans les limites du droit interne, dans la mesure où le présent Traité n'en dispose pas autrement. Dans le secteur de la lutte contre la criminalité, la collaboration internationale des services centraux nationaux, notamment prévue au sein de l'Organisation internationale de police criminelle (OIPC-Interpol), est complétée par les dispositions suivantes.

### *Article 4. Assistance sur demande*

(1) Les autorités de police, de police des frontières, de protection de la frontière fédérale et des gardes-frontière (ci-après : autorités de police) des États contractants se prêtent mutuellement assistance, dans les limites de leurs compétences respectives, pour assurer la prévention de menaces pour la sécurité et l'ordre publics ainsi que pour lutter contre des infractions, dans la mesure où la présentation d'une requête ou le traitement de celle-ci ne relève pas des autorités judiciaires en vertu du droit national. Si l'autorité requise n'a pas la compétence de traiter la requête, elle la transmet à l'autorité compétente.

(2) Les demandes d'assistance visées au paragraphe 1 et les réponses à ces demandes sont en principe transmises et retournées entre les services centraux nationaux des États contractants lorsqu'elles concernent la lutte contre des infractions. Les autorités de police suisses compétentes peuvent adresser des demandes directement au service central national de la République fédérale d'Allemagne, qui y répond. Les autorités de police compétentes des États contractants peuvent se transmettre des demandes et y répondre directement pour autant que :

1. la correspondance transfrontalière de service se réfère à des infractions dont les éléments prépondérants de la commission et de la poursuite se situent dans les zones frontalières visées au paragraphe 7,
2. les demandes ne puissent être présentées en temps utile par l'entremise des services centraux nationaux, ou que
3. la collaboration directe s'avère judicieuse en raison des liens de connexité que présentent les actes ou les auteurs dans le cadre d'affaires dont le déroulement peut être délimité, et dans la mesure où chacun des services centraux nationaux y consent.

(3) Les demandes d'assistance aux fins de prévention de menaces pour la sécurité ou l'ordre publics et les réponses à ces demandes font l'objet d'une transmission directe entre les autorités de police compétentes des États contractants. La présente disposition n'est applicable à la prévention d'infractions que dans la mesure où les conditions énoncées au paragraphe 2, 3ème phrase, sont réunies.

(4) Les demandes visées aux paragraphes 1 à 3 peuvent concerner en particulier :

1. l'identification de détenteurs et le contrôle de conducteurs de véhicules routiers, d'embarcations et d'aéronefs,
2. les renseignements relatifs à des permis de conduire, à des permis de navigation ou à d'autres titres de légitimation analogues,
3. la vérification des lieux de séjour ou de domicile et des autorisations de séjour,
4. l'identification de titulaires de raccordements téléphoniques,
5. des contrôles d'identité,
6. des informations concernant l'origine d'objets, par exemple d'armes, de véhicules à moteur et d'embarcations (reconstitution des changements de mains),
7. la coordination et la mise en oeuvre de premières mesures de recherche,
8. des informations relatives à des mesures d'observation transfrontalières et à des livraisons surveillées,
9. des informations relatives à des poursuites transfrontalières,
10. la détermination de la disponibilité d'un témoin à faire une déposition aux fins de la préparation d'une requête judiciaire,
11. des interrogatoires de police,
12. l'examen de traces matérielles,
13. des renseignements provenant d'investigations policières et de documents ainsi que de systèmes de données, de registres ou d'autres recueils, dans la mesure autorisée par le droit interne.

(5) Les autorités de police peuvent en outre se présenter mutuellement des demandes sur mandat des autorités judiciaires compétentes, se les transmettre et y répondre conformément au paragraphe 2.

(6) Les services centraux nationaux sont informés, conformément au droit interne, des demandes envoyées et reçues directement.

(7) Constituent des zones frontalières :

Pour la République fédérale d'Allemagne :

- dans le Baden-Wurtemberg, le territoire des circonscriptions administratives de Fribourg, de Tübingen et de Stuttgart,
- en Bavière, le territoire des circonscriptions administratives de la Souabe, de la Haute-Bavière et de la Moyenne-Franconie,

Pour la Confédération suisse :

- le territoire des cantons de Bâle-Ville, de Bâle-Campagne, d'Argovie, de Schafhouse, de Zurich, de Thurgovie et de Saint-Gall.

(8) Les services centraux nationaux au sens du présent Accord sont, pour la République fédérale d'Allemagne, le "Bundeskriminalamt" et, pour la Confédération suisse, l'Office fédéral de la police et la Police fédérale.

*Article 5. Signalement de personnes dont l'arrestation est demandée aux fins d'extradition*

(1) Le "Bundeskriminalamt" et l'Office fédéral de la police se transmettent, sur mandat des autorités judiciaires et par le biais d'un système électronique protégé de communication de renseignements, des demandes de diffusion de signalements en vue d'arrestation aux fins d'extradition. Une demande de diffusion de signalement au sens du présent paragraphe équivaut à une demande d'arrestation provisoire au sens de l'Article 16 de la Convention européenne d'extradition du 13 décembre 1957. Les services centraux des États contractants, mentionnés dans la 1ère phrase, sont habilités à permettre aux autres autorités de police d'accéder, dans le cadre de la procédure automatisée, aux données ainsi obtenues dans le but indiqué dans la 1ère phrase.

(2) Seules les données nécessaires au but prévu dans le paragraphe 1 sont mises à disposition. L'État contractant qui diffuse le signalement vérifie si l'importance de l'affaire justifie la transmission.

(3) Seules les indications suivantes sont tout au plus fournies :

- a) nom et prénom, le cas échéant alias;
- b) première lettre du second prénom;
- c) lieu et date de naissance; les transmissions émanant de la Confédération suisse peuvent indiquer le lieu d'origine à la place du lieu de naissance;
- d) sexe;
- e) nationalité;
- f) signes physiques distinctifs inaltérables;
- g) mise en garde contre le fait que la personne est "armée";
- h) mise en garde contre le fait que la personne est "violente";
- i) motif de diffusion du signalement;
- j) mesures à prendre.

D'autres mentions, notamment les données qui sont énumérées à l'article 6, première phrase, de la Convention du Conseil de l'Europe du 28 janvier 1981 pour la protection des personnes à l'égard du traitement automatisé des données à caractère personnel, ne sont pas admises.

(4) L'État contractant requérant communique à l'État contractant requis, en même temps que le signalement, les informations essentielles suivantes qui concernent l'affaire :

- a) l'autorité dont émane la demande d'arrestation;
- b) l'existence d'un mandat d'arrêt ou d'un acte ayant les mêmes effets juridiques, ou d'un jugement exécutoire;
- c) la nature et la qualification juridique de l'infraction;
- d) la description des circonstances de la commission de l'infraction, y compris le moment, le lieu et le degré de participation à l'infraction de la personne signalée;
- e) dans la mesure du possible, les conséquences de l'infraction.

Sur la base de ces informations, l'État contractant requis peut, en règle générale dans un délai de 24 heures, examiner le signalement et, durant ce laps de temps, renoncer à l'exécution des mesures requises sur son territoire. Si, à l'issue de cet examen, il renonce définitivement à exécuter les mesures demandées, il en informe l'État contractant requérant en lui en indiquant les motifs.

(5) Lorsque, sur requête d'une autorité judiciaire, un État contractant demande une recherche immédiate pour des raisons particulièrement urgentes, l'État contractant requis procède sur-le-champ à l'examen et prend les dispositions utiles pour que la mesure demandée puisse être exécutée immédiatement si le signalement est validé.

(6) Si, exceptionnellement, il n'est pas possible de procéder à l'arrestation, parce qu'un examen n'est pas encore achevé ou en raison d'une décision de refus de l'État contractant requis, celui-ci est tenu de traiter le signalement comme un avis de recherche du lieu de séjour, dans la mesure où le droit interne le permet.

(7) L'État contractant requis prend les mesures demandées en vertu du signalement, conformément aux traités d'extradition en vigueur et au droit national. Sous réserve de sa faculté d'arrêter la personne concernée en vertu du droit national, l'État contractant requis n'est pas tenu d'exécuter les mesures dirigées contre ses propres ressortissants.

(8) Lorsque l'État contractant requis estime qu'un signalement est incompatible avec son droit national, avec des engagements internationaux ou avec des intérêts nationaux essentiels, il a le droit de ne pas exécuter les mesures requises par le signalement sur son territoire. Il doit en informer l'autre État contractant avec indication des motifs.

#### *Article 6. Autres recherches de personnes*

(1) Le "Bundeskriminalamt" et l'Office fédéral de la police se transmettent, à l'intention de leurs systèmes nationaux de recherches policières respectifs et selon une procédure automatisée protégée, les signalements nationaux enregistrés chez eux aux fins :

- de recherche du lieu de séjour de personnes disparues ainsi que de prise en charge de personnes disparues ou autres, au sens du paragraphe 3,
- de recherche du lieu de séjour aux fins de la poursuite pénale ou de l'exécution d'une peine, au sens du paragraphe 4,
- de surveillance discrète (signalements allemands en vue de l'observation policière et signalements suisses en vue de la surveillance discrète), au sens du paragraphe 5,

qui ont valeur de demande.

(2) Le "Bundeskriminalamt" ne transmet que les données de recherches qu'il intègre dans le Système d'Information de Schengen pour les catégories de recherches visées au paragraphe 1 ci-dessus. L'Office fédéral de la police transmet le même type de données pour ces catégories. La façon de structurer et de transmettre les jeux de données fait l'objet d'une convention de nature technique entre les services centraux nationaux.

(3) Les États contractants se communiquent, sur la base des signalements aux fins de recherche du lieu de séjour de personnes disparues et de prise en charge de personnes dis-

parues ou d'autres personnes, au sens du paragraphe 1, des informations concernant le domicile ou le lieu de séjour des personnes suivantes :

1. personnes majeures disparues,
2. personnes mineures disparues,
3. personnes qui, à la demande de l'autorité compétente ou du tribunal compétent, doivent être placées provisoirement en sécurité pour leur propre protection ou pour la prévention de menaces, ou qui, sur ordre d'un service compétent, doivent être internées de force.

Lorsque la présence d'une personne signalée au sens du sous-paragraphe 1 est constatée dans l'État requis, seules sont communiquées à l'État requérant les informations qui lui sont nécessaires pour décider du maintien de la recherche; la communication d'indications plus précises implique le consentement de la personne concernée. Toute communication à des tiers nécessite également le consentement de la personne concernée. Les autorités de police placent en sécurité les personnes visées aux sous-paragraphes 2 et 3, dans la mesure où les conditions fixées par le droit interne sont réunies.

(4) Les États contractants se communiquent, sur la base des signalements transmis aux fins de recherche du lieu de séjour conformément au paragraphe 1, des informations concernant le domicile ou le lieu de séjour de témoins ainsi que de personnes qui, dans le cadre d'une procédure pénale, sont tenues de comparaître devant une autorité judiciaire afin de répondre d'actes à raison desquels elles sont pénalement poursuivies, ou de personnes auxquelles il s'agit de notifier un jugement pénal ou une convocation en vue de l'exécution d'une peine privative de liberté.

(5) Un signalement aux fins de surveillance discrète est admissible dans l'intérêt de la poursuite pénale et de la prévention de menaces pour la sécurité publique, lorsque des indices concrets permettent de présumer que la personne concernée planifie ou est en train de commettre des infractions d'une gravité extraordinaire et d'une portée considérable ou lorsque, compte tenu de l'analyse globale de sa personnalité, en particulier des infractions qu'elle a commises précédemment, il y a lieu de craindre qu'elle commettra des infractions d'une gravité extraordinaire à l'avenir également. L'article 5, paragraphe 4, 2ème phrase, est applicable. Sur la base de la surveillance discrète, les informations suivantes peuvent être recueillies, en tout ou en partie, lors de contrôles à la frontière ou d'autres vérifications policières ou douanières à l'intérieur du pays, et transmises au service dont émane le signalement :

- a) interception de la personne signalée ou du véhicule signalé,
- b) lieu, moment ou raison de la vérification,
- c) itinéraire et lieu de destination,
- d) accompagnateurs ou passagers,
- e) véhicule utilisé,
- f) objets transportés,
- g) circonstances de l'interception de la personne ou du véhicule.

Lors du relevé de ces données, il convient de veiller à ne pas compromettre le caractère discret des mesures.

(6) L'article 5, paragraphe 1, 3ème phrase, et paragraphes 2, 3 et 8, est applicable.

(7) Les informations visées aux paragraphes 3 à 5 sont communiquées dans les limites autorisées par le droit interne et pour autant que les signalements servent les intérêts de la poursuite pénale par des autorités judiciaires ou ceux de l'exécution des peines, conformément aux conventions en vigueur sur l'entraide judiciaire en matière pénale.

#### *Article 7. Transmission de données aux fins d'interdiction d'entrée*

(1) La République fédérale d'Allemagne transmet à la Confédération suisse, pour les besoins, conformes à la législation sur les étrangers, de l'octroi de visas, des refus d'autorisation d'entrée, des interdictions d'entrée, des arrestations et des suppressions d'autorisation de séjour, y compris des vérifications policières opérées dans le cadre de la procédure automatisée, les données qu'elle intègre dans le Système d'Information de Schengen sur la base des signalements aux fins de refus d'autorisation d'entrée, en vertu de l'article 96 de la convention d'application de l'Accord de Schengen. Au sein de la Confédération suisse, les données transmises conformément à la 1ère phrase peuvent être mises, par le biais de la procédure automatisée, à la disposition des autorités de police visées à l'article 4, paragraphe 1, ainsi que des autorités compétentes en matière de réglementation des conditions de séjour et d'octroi de visas. La Confédération suisse a la faculté de tenir compte des données obtenues en vertu de la 1ère phrase dans les décisions qu'elle est appelée à prendre sur le plan national. Dans les cas d'espèce dûment motivés et sur demande, l'autorité allemande compétente transmet les informations complémentaires relatives aux motifs du signalement.

(2) La Confédération suisse n'enregistre les données qui lui sont transmises conformément au paragraphe 1 que durant le laps de temps strictement nécessaire à l'objectif poursuivi. L'effacement de ces données en vertu du droit national est immédiatement communiqué à la Confédération suisse; celle-ci doit à son tour les effacer sur-le-champ. Les données au sens du paragraphe 1 doivent en tout cas être effacées dans les dix ans qui suivent leur transmission.

#### *Article 8. Recherche d'objets*

(1) Le "Bundeskriminalamt" et l'Office fédéral de la police tiennent chacun à la disposition du service central de l'autre État, qui peut les consulter selon la procédure automatisée, les données enregistrées chez eux pour la recherche d'objets. Les demandes émanant d'autres autorités de police sont présentées aux services centraux nationaux, qui se chargent de leur acheminement. Les services centraux des États contractants sont habilités à permettre aux autres autorités de police d'accéder, selon la procédure automatisée, aux données obtenues.

(2) Le "Bundeskriminalamt" et l'Office fédéral de la police se transmettent, selon la procédure automatisée, à l'intention de leurs systèmes nationaux de recherches policières respectifs, des données relatives à des objets recherchés. L'article 6, paragraphe 2, est applicable. Lorsqu'une consultation de données révèle l'existence d'un signalement pour un objet trouvé, le service qui l'a constatée prend contact avec celui dont émane le signalement afin de convenir des mesures nécessaires. À cet effet, des données à caractère personnel

peuvent également être transmises conformément au présent Traité. Les mesures à prendre par l'État qui a trouvé l'objet doivent être conformes à son droit national.

*Article 9. Échange de données relatives à des véhicules et à leurs détenteurs*

(1) À la demande de l'un des États contractants, l'autre État contractant transmet les données enregistrées au sujet de véhicules automobiles, de remorques et de leurs détenteurs, lorsque cette mesure est utile à l'identification ou à la localisation d'une personne en sa qualité de détentrice de véhicules, à celle des véhicules d'un détenteur ou à la détermination des données d'un véhicule, et pour autant qu'elle soit indispensable

- a) à des mesures administratives en matière de circulation routière,
- b) à la surveillance de la couverture d'assurance dans le cadre de l'assurance-responsabilité civile des véhicules automobiles,
- c) à la poursuite d'infractions à des prescriptions juridiques en matière de circulation routière, ou
- d) à la poursuite d'infractions en rapport avec la circulation routière ou liées d'une façon ou d'une autre à des véhicules automobiles, à des remorques, à des plaques d'immatriculation ou à des documents de véhicules, à des permis de circulation ou à des permis de conduire.

Les données transmises ne peuvent être utilisées qu'en relation avec le but dans lequel elles ont été transmises. La transmission n'a pas lieu lorsqu'elle serait susceptible de compromettre des intérêts dignes de protection de la personne concernée. L'article 35, paragraphes 2 à 7, est applicable.

(2) Les autorités de police peuvent adresser leurs demandes à l'autorité centrale d'enregistrement de leur propre État et, en cas d'urgence, directement à une autorité de police de l'autre État contractant.

(3) Les demandes peuvent être traitées entre les autorités centrales d'enregistrement, y compris par le biais d'une procédure automatisée de consultation et de renseignement, ou, en cas d'urgence, directement entre les autorités de police.

(4) Les autorités centrales d'enregistrement des États contractants sont habilitées à permettre à leurs autorités nationales de police respectives d'accéder, selon la procédure automatisée, aux données obtenues aux fins visées au paragraphe 1.

(5) Des demandes au sens du paragraphe 1, 1ère phrase, lettres c et d, peuvent également être présentées par les autorités judiciaires.

*Article 10. Assistance policière en cas de péril en la demeure*

(1) Lorsqu'il n'est pas possible, sans compromettre le succès de la mesure, de présenter la requête à temps par l'entremise des autorités judiciaires compétentes, des demandes tendant à la mise en sûreté d'indices et de preuves, y compris l'examen médical et la fouille corporelle de personnes, à la perquisition de locaux ainsi qu'à la saisie de pièces à conviction par les autorités de police compétentes peuvent être adressées directement aux autorités de police de l'autre État contractant. L'article 4, paragraphe 2, est applicable.

(2) Les autorités judiciaires compétentes de l'État requérant et de l'État requis doivent être informées immédiatement d'une telle correspondance directe, avec indication des motifs de l'urgence.

(3) La transmission à l'État requérant des résultats de la mesure exécutée nécessite une demande d'entraide judiciaire formelle de la part des autorités judiciaires. Lorsque la transmission des résultats de la mesure exécutée revêt un caractère d'urgence au sens du paragraphe 1, 1ère phrase, l'autorité de police requise peut, avec l'accord de l'autorité judiciaire compétente, communiquer ces résultats directement à l'autorité de police de l'État contractant requérant.

#### *Article 11. Communication spontanée d'informations*

Dans des cas particuliers, les autorités de police des États contractants se communiquent spontanément les informations qui paraissent nécessaires en vue d'aider le destinataire à assurer la prévention de menaces concrètes pour la sécurité et l'ordre publics ou la répression d'infractions. Le destinataire est tenu de vérifier l'utilité des données transmises et de détruire ou de renvoyer à l'expéditeur les données qui ne sont pas nécessaires. L'article 4, paragraphes 2, 3 et 6, est applicable au déroulement de l'échange d'informations. La compétence des autorités judiciaires demeure inchangée.

#### *Article 12. Notification de pièces émanant de tribunaux ou d'autres autorités*

(1) Les services compétents de l'un des États contractants peuvent, dans le cadre de la poursuite d'infractions ou de contraventions, à raison desquelles l'entraide judiciaire est admissible dans l'autre État contractant, adresser directement par la voie postale des pièces émanant de tribunaux ou d'autres autorités à des personnes qui se trouvent sur le territoire de l'autre État contractant. Les États contractants se communiquent réciproquement la liste des pièces pouvant être transmises par cette voie.

(2) Les pièces, ou du moins leurs passages essentiels, doivent être rédigées ou traduites dans la langue officielle en usage dans le lieu de notification au destinataire ou dans la langue officielle des États contractants parlée par le destinataire ou encore dans l'une de ces langues.

(3) Les articles 8, 9 et 12, de la Convention européenne d'entraide judiciaire en matière pénale sont applicables aux cas dans lesquels la citation à comparaître a été notifiée par la voie postale.

#### *Article 13. Formation et perfectionnement*

Les autorités de police des États contractants collaborent en matière de formation et de perfectionnement, notamment :

1. En échangeant des programmes d'enseignement pour la formation et le perfectionnement et en prévoyant la prise en compte réciproque d'éléments de formation et de perfectionnement,

2. en organisant en commun des séminaires de formation et de perfectionnement ainsi que des exercices transfrontaliers,
3. en invitant des représentants de l'autre État contractant à assister, à titre d'observateurs, à des exercices et à des engagements particuliers,
4. en permettant à des représentants de l'autre État contractant de participer à des phases de perfectionnement appropriées.

### CHAPITRE III. FORMES DE COLLABORATION PARTICULIÈRES

#### *Article 14. Observation à des fins de poursuite pénale ou d'exécution d'une peine*

(1) Les fonctionnaires et les autres agents (ci-après : fonctionnaires) des autorités de police de l'un des États contractants sont autorisés à continuer sur le territoire de l'autre État contractant une observation, entreprise dans le cadre d'une procédure d'enquête relative à une infraction pouvant donner lieu à une extradition dans l'État requis, lorsque celui-ci a autorisé l'observation transfrontalière sur la base d'une demande présentée au préalable; il en va de même lorsqu'une observation vise à assurer l'exécution d'une peine. L'autorisation peut être assortie de conditions. Sur requête, l'observation doit être confiée à des fonctionnaires de l'État contractant sur le territoire duquel elle est effectuée. La demande au sens de la 1<sup>ère</sup> phrase doit être adressée à l'autorité désignée par chacun des États contractants et compétente pour délivrer ou transmettre l'autorisation requise. Chaque autorisation est valable sur l'ensemble du territoire de l'État contractant qui l'a délivrée. La frontière peut être franchie également en dehors des passages de frontière autorisés et des horaires d'ouverture au trafic.

(2) Lorsque, pour des raisons particulièrement urgentes, l'autorisation préalable de l'autre État contractant ne peut être demandée, une observation peut être continuée au-delà de la frontière aux conditions suivantes :

1. Le franchissement de la frontière doit être communiqué immédiatement, durant l'observation, à l'autorité compétente de l'État contractant sur le territoire duquel l'observation se poursuit.

L'autorité compétente est :

- pour la République fédérale d'Allemagne, le "Landeskriminalamt" du Baden-Wurtemberg ou de la Bavière;
- pour la Confédération suisse, le commandement de la police cantonale de Bâle-Ville ou de Schaffhouse.

2. Une demande au sens du paragraphe 1, avec indication des motifs justifiant le franchissement de la frontière en l'absence d'autorisation préalable, doit être présentée sans délai.

L'observation doit être interrompue dès que l'État contractant sur le territoire duquel elle a lieu l'exige, à la suite de la communication visée au Chapitre 1 ou de la demande visée au Chapitre 2, ou si l'autorisation n'est pas obtenue dans les cinq heures qui suivent le franchissement de la frontière.

(3) L'observation visée aux paragraphes 1 et 2 ne peut être exercée qu'aux conditions générales suivantes :

1. Les fonctionnaires qui assurent l'observation doivent se conformer aux dispositions du présent article et au droit de l'État contractant sur le territoire duquel ils opèrent; ils doivent obtempérer aux injonctions des autorités localement compétentes.
2. Durant l'exécution d'une observation transfrontalière, les fonctionnaires de l'un des États contractants sont assujettis, en matière de circulation routière, aux mêmes règles que les fonctionnaires de l'État contractant sur le territoire duquel l'observation est continuée. Les États contractants s'informent réciproquement du droit en vigueur sur leurs territoires respectifs.
3. Sous réserve des situations visées au paragraphe 2, les fonctionnaires doivent se munir durant l'observation d'un document attestant que l'autorisation a été accordée.
4. Les fonctionnaires qui assurent l'observation doivent être en mesure de justifier à tout moment de leur qualité officielle.
5. Les fonctionnaires qui assurent l'observation ont l'interdiction de pénétrer dans des logements ou sur des bien-fonds non accessibles au public. Ils peuvent pénétrer dans des locaux de travail, d'entreprises ou d'affaires accessibles au public durant leurs horaires d'ouverture.
6. Toute observation doit faire l'objet d'un rapport aux autorités de l'État contractant sur le territoire duquel elle s'est déroulée; à cet effet, la comparution personnelle des fonctionnaires qui ont assuré l'observation peut être exigée.
7. Les autorités de l'État contractant dont dépendent les fonctionnaires qui ont assuré l'observation apportent, sur demande, leur concours à l'enquête consécutive à cette dernière, y compris aux procédures judiciaires engagées par l'État contractant sur le territoire duquel l'observation a eu lieu.
8. Les moyens techniques nécessaires à l'observation transfrontalière peuvent être employés, dans la mesure où leur utilisation est autorisée par le droit de l'État contractant sur le territoire duquel l'observation est continuée.
9. Lorsque la personne observée est surprise en flagrant délit de commission ou de participation à la commission d'une infraction pouvant donner lieu à une extradition dans l'État contractant requis, ou si elle est poursuivie en raison de tels faits, les fonctionnaires qui assurent l'observation sous la direction de l'État contractant requis peuvent appréhender cette personne. Avant d'être déferée aux autorités locales, la personne appréhendée peut faire l'objet d'une fouille corporelle de sécurité uniquement. Elle peut être menottée durant son transport. Les objets trouvés en possession de la personne poursuivie peuvent être provisoirement saisis jusqu'à l'arrivée de l'autorité locale compétente.

(4) La demande visée aux paragraphes 1 et 2 doit être adressée :

- pour la République fédérale d'Allemagne, au ministère public dans la juridiction duquel interviendra vraisemblablement le franchissement de la frontière;

- pour la Confédération suisse, aux autorités fédérales de poursuite pénale ou aux autorités de poursuite pénale du canton sur le territoire duquel intervientra vraisemblablement le franchissement de la frontière.

La transmission peut également s'effectuer par l'entremise des services centraux nationaux ou des autorités de police responsables de la mission. Lorsque la demande n'est pas transmise par l'entremise des services centraux nationaux, ceux-ci en reçoivent simultanément une copie.

*Article 15. Observation aux fins d'empêcher des infractions d'une portée considérable*

(1) Dans la mesure où leur droit interne le permet, les fonctionnaires de police de l'un des États contractants sont habilités, aux fins d'empêcher des infractions d'une portée considérable, à continuer une observation sur le territoire de l'autre État contractant lorsque celui-ci a autorisé l'observation transfrontalière sur la base d'une demande présentée au préalable. L'autorisation peut être assortie de conditions. Lorsqu'ils franchissent la frontière, les fonctionnaires qui assurent l'observation doivent en informer immédiatement l'État requis. Sur requête, l'observation doit être confiée aux fonctionnaires de l'État contractant sur le territoire duquel elle se déroule.

(2) La demande visée au paragraphe 1 doit être adressée :

- pour la République fédérale d'Allemagne, au "Landeskriminalamt" du Baden-Wurtemberg ou de la Bavière;
- pour la Confédération suisse, aux autorités de poursuite pénale visées à l'article 14, paragraphe 4.

Les services centraux nationaux reçoivent simultanément une copie de la demande.

(3) L'observation peut également être continuée au-delà de la frontière lorsque des raisons particulièrement urgentes ne permettent pas de présenter à temps une demande d'autorisation à l'autre État contractant ou que les autorités compétentes ne sont pas en mesure de reprendre à temps l'observation ou la direction de celle-ci. Les fonctionnaires qui assurent l'observation prennent immédiatement contact, en principe avant de franchir la frontière, avec les autorités compétentes de l'autre État contractant. La demande au sens du paragraphe 1, indiquant également les motifs du franchissement de la frontière en l'absence d'autorisation préalable, doit être présentée après coup, dans les plus brefs délais. Une copie de la demande est envoyée simultanément aux services centraux nationaux. L'observation doit être interrompue dès que l'État contractant sur le territoire duquel elle se déroule l'exige sur la base de la communication visée à la 2ème phrase ou de la demande au sens de la 3ème phrase, ou si l'autorisation n'est pas obtenue dans les cinq heures qui suivent le franchissement de la frontière.

(4) La frontière peut également être franchie en dehors des passages de frontière autorisés et des horaires d'ouverture au trafic. L'article 14, paragraphe 3, est applicable.

(5) Dans la mesure où elles ne sont pas continuées sous la direction de l'État requis, les observations au sens de la présente disposition sont circonscrites à la zone frontalière définie à l'article 4, paragraphe 7.

*Article 16. Poursuite*

(1) Les fonctionnaires des autorités de police d'un État contractant qui, dans leur pays, poursuivent une personne :

1. surprise en flagrant délit de commission ou de participation à la commission d'une infraction pouvant donner lieu à une extradition, ou poursuivie en raison de tels faits,
  2. s'étant évadée alors qu'elle se trouvait en détention provisoire, internée dans un établissement psychiatrique, sous tutelle pénale, en garde à vue ou qu'elle purgeait une peine, sont habilités à continuer la poursuite sur le territoire de l'autre État contractant sans autorisation préalable de celui-ci, lorsque les autorités compétentes de l'autre État contractant n'ont pu être averties avant en raison de l'urgence particulière du cas ou qu'elles n'arrivent pas à temps sur les lieux pour reprendre la poursuite. Les fonctionnaires qui assurent la poursuite prennent immédiatement contact, en principe avant de franchir la frontière, avec les autorités compétentes de l'autre État contractant. La poursuite doit être interrompue dès que l'État contractant, sur le territoire duquel elle doit se dérouler, l'exige. À la demande des fonctionnaires qui assurent la poursuite, les autorités localement compétentes appréhendent la personne concernée afin d'établir son identité ou de procéder à son arrestation.
- (2) Lorsque l'interruption de la poursuite n'est pas exigée et que les autorités locales ne peuvent y être associées à temps, les fonctionnaires qui assurent la poursuite sont habilités à retenir la personne concernée jusqu'à ce que les fonctionnaires de l'autre État contractant, qui doivent être immédiatement avertis, établissent son identité ou procèdent à son arrestation.

(3) La poursuite au sens des paragraphes 1 et 2 n'est assujettie à aucune limitation dans l'espace ou dans le temps. L'article 14, paragraphe 1, 6ème phrase, est applicable.

(4) La poursuite ne peut être exercée qu'aux conditions générales suivantes :

1. Les fonctionnaires qui assurent la poursuite doivent se conformer aux dispositions du présent article et au droit de l'État contractant sur le territoire duquel ils opèrent; ils doivent obtempérer aux injonctions des autorités localement compétentes.
2. Les fonctionnaires qui assurent la poursuite doivent être aisément identifiables en tant que tels, soit par le port d'un uniforme, soit par un brassard ou par des dispositifs accessoires placés sur leur véhicule; l'usage de tenues civiles combiné avec l'utilisation de véhicules banalisés sans l'identification précitée n'est pas admis.
3. La personne appréhendée conformément au paragraphe 2 peut être soumise à une fouille de sécurité avant d'être déférée aux autorités locales. Elle peut être menottée durant son transport. Les objets trouvés en possession de la personne poursuivie peuvent être provisoirement saisis jusqu'à l'arrivée des autorités localement compétentes.

4. Après chaque opération mentionnée aux paragraphes 1 et 2, les fonctionnaires qui assurent la poursuite s'annoncent immédiatement aux autorités localement compétentes de l'autre État contractant et rendent compte de leur mission. À la demande de ces autorités, ils sont tenus de rester à disposition jusqu'à ce que les circonstances de leur action aient été suffisamment éclaircies. Cette condition s'applique également lorsque la poursuite n'a pas conduit à l'arrestation de la personne poursuivie.

5. L'article 14, paragraphe 3, Chapitre 2 et Chapitres 4 à 8, est applicable.

(5) La personne qui, à la suite de l'intervention visée au paragraphe 2, a été arrêtée par les autorités localement compétentes, peut, quelle que soit sa nationalité, être retenue aux fins d'interrogatoire. Les règles pertinentes du droit national sont applicables. Si cette personne n'a pas la nationalité de l'État contractant sur le territoire duquel elle a été arrêtée, elle sera mise en liberté au plus tard six heures après l'arrestation, les heures entre minuit et neuf heures non comptées, à moins que les autorités localement compétentes aient reçu, avant l'écoulement de ce délai, une demande d'arrestation provisoire aux fins d'extradition. Les réglementations nationales qui permettent d'ordonner la détention ou l'arrestation provisoire pour d'autres motifs demeurent réservées.

(6) Dans les cas d'une importance capitale ou lorsque la poursuite a dépassé les limites de la zone frontalière au sens de l'article 4, paragraphe 7, les services centraux nationaux doivent être renseignés sur le déroulement de la poursuite.

(7) Les paragraphes qui précèdent sont applicables aux cas dans lesquels les fonctionnaires des autorités de police de l'un des États contractants poursuivent, dans le cadre de la lutte contre la criminalité transfrontalière ou de la recherche de délinquants, une personne qui s'est soustraite à un contrôle à la frontière ou à un contrôle de police effectué le long de la frontière, dans les limites d'une bande de territoire large de trente kilomètres.

#### *Article 17. Investigations secrètes en vue d'élucider des infractions*

(1) Sur la base d'une demande présentée au préalable par l'un des États contractants, l'autre État contractant peut autoriser des fonctionnaires de l'État requérant à utiliser une identité d'emprunt (investigateurs secrets) pour procéder, sur son territoire, à des investigations tendant à élucider des infractions, lorsque des éléments suffisamment concrets permettent de présumer qu'il s'agit d'infractions pouvant donner lieu à l'entraide judiciaire et à l'égard desquelles le droit interne de l'État concerné autorise l'engagement d'investigateurs secrets. L'autorisation accordée est valable sur l'ensemble du territoire de l'État concerné. L'État contractant requérant ne présente une telle demande que dans les cas où, à défaut des mesures d'enquête envisagées, l'élucidation des faits s'avérerait impossible ou notamment plus difficile. L'article 14, paragraphe 1, 6ème phrase, est applicable.

(2) Dans l'État contractant requis, les investigations se limitent à des missions ponctuelles et de durée limitée. Les missions sont préparées en étroite coordination entre les autorités concernées de l'État contractant requis et de l'État contractant requérant. La direction des missions incombe à un fonctionnaire de l'État requis; les actes des fonctionnaires de l'État requérant engagent la responsabilité de l'État chargé de diriger la mission. L'État contractant requis peut en tout temps exiger l'arrêt des investigations.

(3) Les conditions de l'engagement d'investigateurs secrets et les exigences auxquelles doit satisfaire le déroulement de la mission, ainsi que les critères d'utilisation des résultats des investigations sont définis par l'État contractant requis, dans le respect des prescriptions de son droit interne. L'État contractant requérant est renseigné à ce sujet par l'État contractant requis.

(4) L'État contractant requis fournit le personnel et les moyens techniques nécessaires. Il prend toutes les mesures utiles pour assurer la protection des fonctionnaires de l'État contractant requérant durant la mission de ceux-ci sur son territoire.

(5) Lorsque, pour des raisons particulièrement urgentes, l'autorisation préalable de l'autre État contractant ne peut être demandée et que les conditions juridiques de l'engagement d'investigateurs secrets dans l'autre État contractant sont réunies, des investigateurs secrets sont exceptionnellement habilités à opérer sans autorisation préalable sur le territoire de l'autre État contractant, dans la mesure où leur identité d'emprunt risquerait sinon d'être découverte. Un tel engagement doit être immédiatement signalé à l'autorité de l'autre État contractant désignée au paragraphe 6. Une demande, indiquant également les raisons justifiant le déroulement de la mission sans autorisation préalable, doit être présentée dans les plus brefs délais. Dans de tels cas, l'activité de l'investigateur secret doit se limiter à ce qui est strictement nécessaire à la sauvegarde de son identité d'emprunt. Les enquêtes sous couverture au sens du présent paragraphe sont circonscrites à la zone frontalière définie à l'article 4, paragraphe 7.

(6) La demande doit être adressée au service central national ou à l'autorité compétente pour délivrer l'autorisation, le service central national devant alors en être simultanément avisé. Dans les cas où les investigations secrètes prévues en République fédérale d'Allemagne se limiteront vraisemblablement à la zone frontalière au sens de l'article 4, paragraphe 7, une copie de la demande doit également être adressée au "Landeskriminalamt" compétent du Baden-Wurtemberg ou de la Bavière, le service central national devant en être simultanément informé.

(7) Les autorités compétentes de l'État contractant sur le territoire duquel s'est déroulée l'opération doivent être immédiatement renseignées par écrit sur l'exécution et sur les résultats de la mission des investigateurs secrets.

(8) Les États contractants peuvent se fournir mutuellement des investigateurs secrets, lesquels agissent alors sur mandat et sous la direction de l'autorité compétente de l'autre État contractant.

*Article 18. Investigations secrètes en vue d'empêcher des infractions d'une portée considérable*

(1) Dans la mesure où le droit interne de l'État concerné le permet, des investigations secrètes menées aux fins d'empêcher des infractions d'une portée considérable susceptibles de donner lieu à une extradition peuvent être continuées sur le territoire de l'autre État contractant, lorsque celui-ci a autorisé l'investigation secrète transfrontalière sur la base d'une demande préalablement adressée aux autorités mentionnées au paragraphe 2.

(2) La demande doit être adressée, pour la Confédération suisse, aux autorités de poursuite pénale visées à l'article 14, paragraphe 4, et, pour la République fédérale d'Allemagne,

au "Landeskriminalamt" sur le territoire duquel débute l'investigation secrète, le "Bundeskriminalamt" devant en être informé simultanément.

(3) L'article 17, paragraphe 1, 3ème et 4ème phrases, et paragraphes 2 à 5, 7 et 8, sont applicables.

#### *Article 19. Livraison surveillée*

(1) À la demande de l'État contractant requérant, l'État contractant requis peut autoriser, sur son territoire, des importations, des transits ou des exportations surveillés, notamment concernant le trafic illicite de stupéfiants, d'armes, d'explosifs, de fausse monnaie, de marchandises volées ou recelées, ainsi que le blanchiment d'argent, lorsque l'État requérant estime qu'à défaut d'une telle mesure l'enquête serait impossible ou notablement plus difficile relativement à l'identification des instigateurs et d'autres acteurs de tels trafics ou la découverte des réseaux de distribution. L'article 14, paragraphe 1, 5ème et 6ème phrases, est applicable. Selon entente entre les États contractants, la livraison surveillée peut être interceptée, puis remise en circulation telle quelle ou après soustraction ou remplacement partiel ou intégral de son contenu. Si la marchandise présente un risque excessif pour les personnes associées à son transport ou pour la collectivité en général, l'État contractant requis en limite ou en refuse la livraison surveillée.

(2) L'État contractant requis reprend la surveillance de la livraison lors du franchissement de la frontière ou à un endroit convenu, afin d'éviter toute interruption de la surveillance. Durant la suite du transport, il en assure constamment la surveillance de façon à ce qu'il ait en tout temps la possibilité de s'emparer des auteurs ou des marchandises. Des fonctionnaires de l'État contractant requérant peuvent, d'entente avec l'État contractant requis, poursuivre l'accompagnement de la livraison surveillée de concert avec les fonctionnaires de l'État contractant requis qui en ont repris la surveillance. Dans ce contexte, ils sont assujettis aux dispositions du présent article et au droit de l'État contractant requis; ils sont tenus de se conformer aux injonctions des fonctionnaires de l'État contractant requis.

(3) Les demandes relatives à des livraisons surveillées, qui doivent débuter ou se poursuivre dans un État tiers, ne sont admises que si le respect des conditions énoncées au paragraphe 2, 1ère et 2ème phrases, est également garanti par l'État tiers.

(4) L'article 14, paragraphe 3, sous-paragraphes 1, 2, 4, 5, 7, 8 et 9, est applicable.

(5) Les règles de compétence énoncées à l'article 14, paragraphe 4, sont applicables. Les demandes relatives à des exportations surveillées doivent être adressées:

- pour la République fédérale d'Allemagne, au ministère public dans la juridiction duquel débute le transport;
- pour la Confédération suisse, aux autorités de poursuite pénale de la Confédération ou du canton sur le territoire duquel débute le transport.

#### *Article 20. Formes de missions communes; opérations de recherches transfrontalières*

(1) Afin de renforcer leur collaboration, les autorités compétentes des États contractants forment, selon les besoins, des patrouilles mixtes ainsi que des groupes mixtes de contrôle, d'observation et d'investigation, au sein desquels les fonctionnaires de l'un des États

contractants assument, lors de missions sur le territoire de l'autre État contractant - sous réserve du cas d'application visé à l'article 22 - des fonctions d'appui sans disposer d'un pouvoir de souveraineté, de même que des cellules d'analyse et autres groupes de travail.

(2) Les autorités compétentes des États contractants dans les régions frontalières au sens de l'article 4, paragraphe 7, participent, conformément à des plans établis, aux opérations de recherches transfrontalières menées sur leur territoire respectif, telles des battues organisées pour débusquer des délinquants fugitifs. Les services centraux doivent être associés aux opérations de portée suprarégionale.

*Article 21. Échange de fonctionnaires sans exercice du droit de souveraineté*

En cas d'attributions et de compétences comparables, les autorités de police dans les zones frontalières au sens de l'article 4, paragraphe 7, les services qui leur sont subordonnés et les forces d'intervention de l'un des États contractants peuvent établir, avec les autorités de police qui leur correspondent dans l'autre État contractant, une coopération particulière. Celle-ci consiste surtout, outre à entretenir des contacts réguliers, à faire en sorte que des fonctionnaires de l'un des États contractants opèrent dans l'autre État contractant durant une période déterminée et pour des affaires de nature transfrontalière, sans que, dans ce contexte, ils n'exécutent eux-mêmes des actes de souveraineté.

*Article 22. Échange de fonctionnaires avec exercice du droit de souveraineté*

(1) En cas de nécessité urgente, lorsqu'il s'agit de prévenir des menaces pour la sécurité et l'ordre publics ou de lutter contre les infractions, des fonctionnaires des autorités de police de l'un des États contractants peuvent être exceptionnellement subordonnés aux services compétents de l'autre État contractant pour assurer l'exécution de tâches de police, y compris des actes de souveraineté.

(2) Une telle subordination implique une entente entre les services compétents des deux États contractants.

(3) S'agissant de la prévention de menaces pour la sécurité et l'ordre publics, une nécessité urgente existe notamment lorsque, à défaut d'un engagement de fonctionnaires au sens du paragraphe 1, le succès d'une mesure policière indispensable serait réduit à néant ou gravement compromis; s'agissant de la lutte contre les infractions, la nécessité urgente existe lorsque, à défaut de l'engagement de fonctionnaires au sens du paragraphe 1, les investigations seraient impossibles ou notablement plus compliquées.

(4) Les fonctionnaires subordonnés conformément au paragraphe 1 ne peuvent accomplir des actes de souveraineté que sous la conduite du service chargé de diriger la mission et, en règle générale, en présence de fonctionnaires de l'autre État contractant. Les actes des fonctionnaires subordonnés engagent la responsabilité de l'État chargé de diriger la mission.

*Article 23. Collaboration dans les centres communs*

(1) Des centres communs d'échange d'informations et d'appui des autorités de police compétentes des deux États contractants peuvent être érigés sur le territoire de l'un ou de l'autre État contractant, dans les zones frontalières au sens de l'article 4, paragraphe 7.

(2) Dans les centres communs, des fonctionnaires des autorités de police des deux États contractants travaillent côte à côte, dans le cadre de leurs compétences respectives, et procèdent à l'échange, à l'analyse et à la transmission d'informations dans des affaires concernant les zones frontalières, sans préjudice des relations de service et de l'échange d'informations par l'entremise des services centraux nationaux; ils soutiennent en outre la coordination de la coopération transfrontalière au sens du présent Accord.

(3) La fonction d'appui peut également inclure la préparation et le soutien actif de la remise d'étrangers sur la base des conventions en vigueur entre les États contractants.

(4) L'exécution autonome de missions sur le terrain ne relève pas des centres communs. Les fonctionnaires occupés dans les centres communs sont assujettis au pouvoir disciplinaire et d'instructions de leurs autorités nationales respectives.

(5) Dans les centres communs, les fonctionnaires des autorités de police peuvent également exercer, au profit et pour le compte des autorités qui les ont détachés, des activités dépourvues de caractère opérationnel et sortant du cadre des tâches visées aux paragraphes 1 à 3.

(6) Le nombre et l'emplacement des centres communs, de même que les modalités de la coopération et de la répartition équitable des coûts font l'objet d'une réglementation dans une convention séparée.

(7) Les fonctionnaires des autorités de police peuvent s'associer à des centres communs des États contractants qui en assurent l'exploitation avec un État limitrophe commun dans les zones frontalières, si et dans la mesure où l'État limitrophe consent à une telle association. Les modalités de la collaboration et la répartition des coûts sont réglées entre tous les États concernés.

*Article 24. Octroi de l'assistance lors d'événements majeurs, de catastrophes ou d'accidents graves*

(1) Les autorités de police compétentes des deux États contractants se prêtent mutuellement assistance, dans les limites de leur droit national, lors de manifestations de masse ou d'événements majeurs analogues, en cas de catastrophes ainsi que d'accidents graves,

1. en s'informant réciproquement et le plus rapidement possible de tels événements susceptibles d'avoir des répercussions transfrontalières, ainsi que des constatations qui s'y rapportent;
2. en prenant et en coordonnant, sur leur territoire, les mesures policières qui s'imposent lors de situations ayant des répercussions transfrontalières;
3. en fournissant autant que possible de l'aide sous forme de détachement de spécialistes et de conseillers ainsi que de livraison de biens d'équipement, à la demande de l'État contractant sur le territoire duquel se produit l'événement.

(2) Dans les cas visés au paragraphe 1, Chapitre 3, la frontière peut également être franchie en dehors des passages de frontière autorisés et des horaires d'ouverture au trafic, en cas de circonstances particulièrement urgentes. L'article 14, paragraphe 3, Chapitre 2, est applicable par analogie.

(3) L'Accord du 28 novembre 1984 entre la Confédération suisse et la République fédérale d'Allemagne sur l'assistance mutuelle en cas de catastrophe ou d'accident grave demeure réservé.

#### *Article 25. Recours à des moyens de transport aériens et fluviaux*

(1) Dans le cadre d'observations ou de poursuites transfrontalières, de même que lors d'autres missions transfrontalières, des moyens de transport fluviaux et, selon entente entre les autorités de police compétentes, des moyens de transport aériens peuvent également être engagés.

(2) Lors de missions transfrontalières, les fonctionnaires de police sont assujettis aux mêmes prescriptions en matière de transports aériens et fluviaux que les fonctionnaires de police de l'État contractant sur le territoire duquel la mission est continuée. Les États contractants se renseignent mutuellement sur le droit en vigueur sur leur territoire.

### **CHAPITRE IV. PROTECTION DES DONNÉES**

#### *Article 26. Affectation à un usage déterminé*

Les données transmises ne peuvent être utilisées qu'aux seules fins pour lesquelles le présent Traité prévoit la transmission de telles données et qu'aux conditions fixées pour les cas d'espèce par l'office qui les transmet (ci-après "office expéditeur"). L'utilisation des données est en outre admise :

1. lorsque les motifs de transmission sont conformes au présent Traité,
2. aux fins de prévenir et de poursuivre des infractions d'une portée considérable, et
3. pour parer à des dangers sérieux, susceptibles de nuire à la sécurité publique.

#### *Article 27. Dispositions additionnelles*

Les dispositions ci-après sont applicables à titre additionnel, sous réserve des législations en vigueur dans chacun des États contractants et, en ce qui concerne la Confédération suisse, sous réserve des dispositions fédérales qui priment à défaut de réglementation cantonale suffisante en matière de protection des données :

1. Sur demande, l'office qui a requis les données (ci-après "l'office destinataire") informe l'office expéditeur de leur utilisation et des résultats qu'elles ont permis d'atteindre.
2. L'office expéditeur est tenu de s'assurer de l'exactitude des données, de leur nécessité et de leur adéquation avec le but poursuivi par la communication. À cet égard, il se conforme aux interdictions de transmission prévues par le droit national. S'il s'avère que des données inexactes ont été transmises ou qu'elles l'ont été indûment, l'office expéditeur en

informe aussitôt le destinataire. Ce dernier est alors tenu de rectifier ou de détruire les données en cause.

3. À sa demande, la personne intéressée sera renseignée sur les informations qui la concernent, sur l'utilisation qui en est prévue ainsi que sur les motifs de leur conservation. L'obligation de renseigner est caduque lorsqu'il appert que l'intérêt public à refuser les renseignements demandés prime l'intérêt de la personne concernée à obtenir ces renseignements. En outre, le droit de la personne concernée à être renseignée est régi par le droit national de la Partie contractante sur le territoire de laquelle la demande a été déposée.

4. Si le droit national de l'office expéditeur prévoit des délais particuliers quant à la radiation des données à caractère personnel qu'il transmet, il en informe l'office destinataire. Indépendamment de ces délais, les données à caractère personnel seront radiées dès que le but dans lequel elles avaient été communiquées est atteint ou dès lorsqu'il appert qu'elles concernent des tiers non impliqués.

5. Les offices expéditeur et destinataire de données à caractère personnel sont tenus de consigner dans les dossiers la transmission et la réception de ces dernières. Si la transmission a lieu à partir d'un fichier informatique, elle peut également être mentionnée dans ledit fichier. La transmission de données personnelles par système automatisé doit faire l'objet d'une journalisation informatique conformément aux prescriptions du droit national.

6. Les offices expéditeur et destinataire sont tenus de protéger efficacement les données à caractère personnel transmises contre tout accès, modification ou communication indus.

7. L'office destinataire répond, selon son droit national, de tout dommage causé à une personne suite à un échange de données conforme au présent Traité. À l'égard de la personne lésée, il ne peut invoquer à sa décharge que le dommage a été causé par l'office expéditeur. En cas de réparation d'un dommage imputable à la transmission de données inexactes, l'office expéditeur rembourse à l'office destinataire l'intégralité du montant alloué à titre de réparation.

*Article 28. Traitement des données sur le territoire de l'autre État contractant*

(1) Les dispositions du présent Chapitre s'appliquent également aux données à caractère personnel collectées sur le territoire de l'autre État contractant lors d'une opération transfrontalière. Les conditions particulières posées par l'État contractant requis en relation avec l'opération transfrontalière devront en ce cas être respectées.

(2) Lorsqu'un fonctionnaire d'un État contractant procède à une opération sur le territoire de l'autre État contractant, il ne pourra accéder aux fichiers officiels de données à caractère personnel que sous la conduite d'un fonctionnaire de ce dernier État.

CHAPITRE V. DROIT APPLICABLE LORS D'OPÉRATIONS OFFICIELLES DE L'UN DES ÉTATS CONTRACTANTS SUR LE TERRITOIRE DE L'AUTRE

*Article 29. Entrée et séjour*

Conformément à la suppression de l'obligation du passeport et du visa en vigueur entre la République fédérale d'Allemagne et la Confédération suisse, les fonctionnaires de police qui opèrent sur le territoire de l'autre État contractant, conformément au présent Traité, seront simplement porteurs, lors de leur entrée et durant leur séjour, d'une attestation de service munie de leur photographie et de leur signature.

*Article 30. Port de l'uniforme et port d'une arme de service*

(1) Les fonctionnaires de police d'un État contractant opérant sur le territoire de l'autre État contractant conformément au présent Traité sont habilités à porter l'uniforme, à emporter leur arme de service ou d'autres moyens de contrainte, à moins que l'autre État contractant ait fait part, dans le cas d'espèce, à l'autorité de police du premier État qu'il s'y opposait ou qu'il ne l'autorisait qu'à certaines conditions.

(2) Les fonctionnaires qui opèrent en conformité avec l'article 22 et qui portent l'uniforme doivent arborer un signe distinctif marquant leur subordination aux services de l'État qui conduit l'opération.

(3) Ces fonctionnaires ne peuvent faire usage d'une arme à feu qu'en cas de légitime défense ou pour prêter assistance en cas de danger.

*Article 31. Assistance et rapports de service*

(1) Les États contractants accordent aux fonctionnaires qui sont en opération sur leur territoire, pour le compte de l'autre État contractant, la même protection et la même assistance qu'à leurs propres agents.

(2) Les fonctionnaires de l'autre État contractant restent subordonnés aux prescriptions de service qui y sont en vigueur, notamment au droit disciplinaire et au régime de la responsabilité.

*Article 32. Responsabilité*

(1) Les États contractants renoncent réciproquement à tout droit à réparation pour les pertes ou les détériorations de leur patrimoine, ou de celui d'autres organes administratifs, qui leur auraient été infligées par un fonctionnaire de police dans l'exercice de ses fonctions au titre de l'exécution du présent Traité.

(2) Les États contractants renoncent réciproquement à tout droit à réparation en cas de blessure ou de décès d'un fonctionnaire de police, survenu durant l'exercice de ses fonctions au titre de l'exécution du présent Traité. Les préentions que pourraient faire valoir le fonctionnaire ou ses survivants sont cependant réservées.

(3) En cas de dommage causé à un tiers par un fonctionnaire de police de l'un des États contractants dans l'exercice de ses fonctions au titre de l'exécution du présent Traité sur le territoire de l'autre État contractant, l'État sur le territoire duquel le dommage a été causé répond de celui-ci selon les prescriptions qui seraient applicables si le dommage avait été causé par l'un de ses propres fonctionnaires, compétent à raison du lieu et de la matière.

(4) L'État contractant dont le fonctionnaire a causé un dommage sur le territoire de l'autre État contractant rembourse à ce dernier la totalité du montant que celui-ci a versé à titre de réparation à la personne lésée ou à ses successeurs légaux.

(5) Les autorités compétentes des deux États contractants collaborent étroitement afin de faciliter le règlement des prétentions à réparation. Elles échangent, notamment, toutes les informations dont elles disposent sur les cas de dommages au sens du présent article.

(6) Les paragraphes 1 et 2 ne sont pas applicables lorsque le dommage a été causé intentionnellement ou par négligence grave.

*Article 33. Statut des fonctionnaires sur le plan pénal*

Les fonctionnaires en mission sur le territoire de l'autre État contractant, conformément au présent Traité, sont assimilés aux agents de l'autre État contractant en ce qui concerne les infractions dont ils sont victimes ou qu'ils commettent.

**CHAPITRE VI. INFRACTIONS AUX PRESCRIPTIONS SUR LA CIRCULATION ROUTIÈRE**

*Article 34. Définition des infractions aux prescriptions sur la circulation routière*

Par infraction aux prescriptions sur la circulation routière, au sens du présent Chapitre, on entend un comportement pouvant être qualifié d'infraction ou de contravention aux prescriptions administratives sur la circulation routière, y compris les contraventions aux prescriptions relatives à la durée de la conduite et du repos des chauffeurs professionnels ainsi qu'aux transports de marchandises dangereuses par la route.

*Article 35. Communications tirées du registre des véhicules; enquêtes subséquentes*

(1) Les données qui proviennent des registres centraux des véhicules et qui se rapportent en fait et en droit à des véhicules (données sur les véhicules) de même que les données ayant trait à des personnes auxquelles une plaque d'immatriculation a été attribuée ou délivrée (données sur les détenteurs ou les propriétaires) peuvent, sur demande de l'un des États contractants, être communiquées à l'autre, en tant qu'elles sont nécessaires à :

- a) la poursuite de contraventions à des prescriptions légales en matière de circulation routière, ou à
- b) la poursuite d'infractions commises en matière de circulation routière ou, encore, en relation avec des véhicules automobiles, des remorques, des plaques d'immatriculation, des papiers de véhicules, des permis de circulation ou des permis de conduire.

(2) L'autorité requérante est tenue d'indiquer à quelles fins au sens du paragraphe 1 les données sollicitées seront utilisées. L'office destinataire s'engage à n'utiliser les données qu'aux fins pour lesquelles elles lui ont été transmises. La demande de transmission des données doit porter sur un véhicule ou un détenteur précis. En cas d'infraction administrative, au sens du droit allemand, ou de contravention, au sens du droit suisse, la demande de transmission ne fera état que des données afférentes aux véhicules.

(3) Aux fins de répondre, même dans le cadre d'une procédure automatisée, aux demandes faisant état de l'immatriculation de véhicules, les autorités centrales d'enregistrement tiennent à disposition les données ci-après qu'elles ont enregistrées dans leurs fichiers :

1. données sur les détenteurs :
  - a) personnes physiques :  
nom de famille, prénoms, nom porté au sein d'une congrégation religieuse, nom d'emprunt, nom porté à la naissance, date et lieu de naissance, sexe et adresse;
  - b) personnes morales et autorités :  
nom ou appellation et adresse; ou
  - c) s'il s'agit d'associations :  
nom du représentant désigné ainsi que données mentionnées sous lettre a) ci-dessus et, le cas échéant, nom de l'association;
2. données sur les véhicules :
  - a) numéro de la plaque d'immatriculation, mode de traction/propulsion, constructeur du véhicule et numéro de châssis,
  - b) date d'expiration d'un retrait provisoire de la circulation,
  - c) date d'expiration de la validité d'une immatriculation attribuée provisoirement,
  - d) période d'exploitation d'immatriculations saisonnières ou de plaques de contrôle de l'immatriculation provisoire, ainsi que
  - e) renseignements sur les vols ou autres pertes éventuelles de véhicules ou de plaques d'immatriculation.

(4) L'autorité expéditrice ne doit autoriser la transmission des données que si la demande émane d'une autorité habilitée, dûment identifiable comme telle. Le destinataire s'assure que les données transmises sont réceptionnées uniquement par les terminaux désignés à cet effet. L'autorité expéditrice est tenue de garantir, par le biais d'une procédure autonome, que la transmission est annulée lorsque la marque d'identification est erronée ou a été omise. Elle est tenue de consigner dans un procès-verbal les demandes sans marque d'identification ou portant une marque d'identification erronée ainsi que d'enquêter, en collaboration avec l'autorité requérante, sur les tentatives d'obtention des données qui ont échoué.

(5) L'autorité expéditrice établit des enregistrements recensant l'objet de la demande, les données transmises, la date et l'heure de transmission, le destinataire des données et le

but indiqué par celui-ci au sens du paragraphe 1. Les données consignées ne peuvent être utilisées qu'aux fins du contrôle de la protection des données, notamment du contrôle de la légalité des transmissions et de l'exactitude des données transmises. Elles seront protégées de manière appropriée contre toute utilisation non conforme aux fins susmentionnées et contre tout autre emploi abusif. En application de la 1<sup>ère</sup> phrase, l'État contractant destinataire pourvoit également à ce que les transmissions aux autorités locales compétentes ou les consultations automatisées effectuées par celles-ci soient également consignées dans un procès-verbal par les autorités centrales d'enregistrement.

(6) L'État contractant qui transmet des données à caractère personnel est tenu de veiller à l'exactitude de celles-ci. S'il s'avère que des données inexactes ont été transmises ou que des données qui n'auraient pas du être transmises l'ont été, l'État destinataire doit en être avisé dans les plus brefs délais. Ce dernier est tenu de procéder à la rectification ou à la destruction des données, ou encore de mentionner qu'elles sont inexactes ou ont été indûment transmises. Le droit de la personne concernée à être renseignée sur les données transmises ou enregistrées sur elle est régi par le droit national de l'État contractant sur le territoire duquel cette personne a demandé les renseignements. La communication des renseignements à la personne concernée est exclue lorsque cela est indispensable à l'exécution d'une obligation légale en rapport avec les fins énumérées au paragraphe 1. L'État destinataire ne conserve pas les données plus longtemps que ne l'exige le but pour lequel elles ont été communiquées. Les délais de contrôle et de suppression sont régis par le droit national.

(7) Pour la transmission de données à caractère personnel, chacun des États contractants est tenu de prendre des dispositions spéciales visant à mettre en sûreté lesdites données. Il pourvoit notamment à ce que :

- les supports de données ne puissent être lus, copiés, modifiés ou enlevés sans autorisation,
- les systèmes de traitement automatisé de données ne puissent être utilisés à l'aide de dispositifs de transmission par des personnes non autorisées,
- les personnes autorisées à utiliser un système de traitement automatisé de données ne puissent accéder qu'aux données pour lesquelles elles disposent d'un droit d'accès.

En outre, les États contractants prennent les mesures propres à empêcher que, lors de la transmission de données à caractère personnel ainsi que lors du transport de supports de données, les données ne puissent être lues, copiées, modifiées ou effacées sans droit.

(8) Les modalités relatives à la présentation de la demande et à l'étendue des renseignements au sens du paragraphe 3, Chapitres 1 et 2, sont régies par un arrangement technique conclu entre les autorités centrales d'enregistrement.

(9) Lorsque les autorités de poursuite compétentes de l'État requérant ont besoin d'informations complémentaires aux fins mentionnées au paragraphe 1, elles peuvent s'adresser directement au service compétent de l'État requis.

*Article 36. Contenu des pièces notifiées*

Les pièces notifiées conformément à l'article 12, sur la base desquelles il est loisible au destinataire de prendre position, doivent contenir toutes les informations utiles à cette prise de position, en particulier :

- a) la nature, le lieu, la date et l'heure de l'infraction, ainsi que le mode de constatation des faits (moyens de preuve);
- b) le numéro d'immatriculation et - si possible - le type et la marque du véhicule avec lequel l'infraction a été commise ou, à défaut de ces informations, tout autre élément susceptible de permettre l'identification du véhicule;
- c) le montant de l'amende ou de la peine en espèces à infliger, ou l'amende ou la peine elle-même avec mention du délai et des modalités de paiement;
- d) la possibilité d'alléguer des circonstances atténuantes ainsi que le délai et les modalités pour ce faire;
- e) les voies de recours contre les décisions, les modalités pour former recours, le délai de recours et les précisions utiles sur l'autorité de recours;
- f) le cas échéant, le montant des frais de procédure.

*Article 37. Demandes d'exécution forcée, conditions*

(1) Sur demande, les États contractants se prêtent assistance en matière d'exécution des décisions par lesquelles le tribunal compétent ou l'autorité administrative compétente de l'un des États contractants constate et, partant, sanctionne une contravention aux prescriptions sur la circulation routière. Les conditions suivantes doivent être remplies :

- a) la sanction infligée se monte à 40 euros ou à 70 francs suisses au minimum;
- b) le droit d'être entendu a été accordé à suffisance à la personne concernée;
- c) la décision a pu faire l'objet d'un recours;
- d) la demande est limitée au recouvrement d'une somme d'argent;
- e) la décision est exécutoire conformément au droit en vigueur dans l'État requérant et n'est pas frappée de prescription;
- f) les autorités compétentes de l'État requérant ont sommé, en vain, la personne concernée de s'acquitter du montant de la sanction infligée;
- g) la personne concernée est domiciliée ou séjourne sur le territoire de l'État contractant requis.

(2) À la suite d'une demande d'assistance en matière d'exécution, l'État requérant ne peut reprendre lui-même la procédure d'exécution que lorsque l'État requis lui a signifié que sa demande a été rejetée ou qu'il ne lui est pas possible de procéder à l'exécution.

(3) Les autorités des États contractants compétentes en matière d'exécution se transmettent directement par écrit toutes les demandes et communications qui en découlent. Cette manière de procéder vaut aussi lorsque la décision a été rendue par un tribunal. Tous les modes de communication des informations, y compris le télécopieur, sont admis pour autant qu'ils permettent de garder une trace écrite. La demande est accompagnée d'une co-

pie de la décision et d'une déclaration par laquelle l'autorité requérante atteste que les conditions stipulées au paragraphe 1, lettres b à f, sont remplies. La Partie requérante peut également joindre à sa demande d'autres informations utiles à l'exécution et concernant notamment les circonstances particulières de l'infraction, tels que le mode de commission qui a été pris en compte pour fixer le montant de l'amende, ainsi que le texte des prescriptions légales appliquées.

(4) L'assistance en matière d'exécution n'est pas accordée lorsque :

- a) la décision rendue prévoit une peine privative de liberté à titre principal,
- b) il y a concours des contraventions aux prescriptions sur la circulation routière avec d'autres infractions ne relevant pas exclusivement du même domaine, à moins que les contraventions aux prescriptions sur la circulation routière fassent l'objet d'une poursuite distincte ou exclusive.

*Article 38. Motifs de refus, obligation d'informer, degré et fin de l'exécution forcée*

(1) Le traitement de la demande d'exécution peut être refusé lorsque :

- a) l'infraction retenue dans la décision ne peut être poursuivie comme telle en vertu du droit en vigueur dans l'État contractant requis,
- b) le traitement de la demande se heurte au principe du *ne bis in idem*,
- c) l'exécution est prescrite selon le droit en vigueur dans l'État contractant requis.

(2) Lorsque le traitement d'une demande est refusé, l'État contractant requérant doit en être informé, les motifs du refus lui étant communiqués.

(3) Seuls les reliquats d'une sanction doivent être exécutés. L'État contractant requis achève l'exécution dès que l'État contractant requérant l'aura informé des circonstances en vertu desquelles l'exécution est devenue impossible ou est éteinte.

*Article 39. Immédiateté de l'exécution forcée, conversion, moyens de contrainte*

(1) Les décisions sont exécutées directement par les autorités compétentes de l'État contractant requis et le montant de l'amende est converti dans sa monnaie. Le cours de change officiel valable le jour où la décision a été rendue est déterminant. Si, une fois converti, le montant de la sanction en espèces infligée dépasse celui de la sanction maximale qui, en vertu du droit en vigueur dans l'État contractant requis, serait prononcée pour la même contravention aux prescriptions sur la circulation routière, l'exécution de la décision se limite à la sanction maximale.

(2) L'exécution d'une décision est régie par le droit en vigueur dans l'État contractant requis. Si l'exécution s'avère partiellement ou totalement impossible, l'État contractant requis peut ordonner une peine privative de liberté ou une contrainte par corps en lieu et place de la sanction en espèces.

(3) En matière d'exécution des décisions, les États contractants se donnent l'*exequatur* comme suit :

- la République fédérale d'Allemagne, pour les infractions assimilables à des "Straftaten" selon son droit;

- la Confédération suisse, pour les infractions assimilables à des délits selon son droit.

*Article 40. Frais*

Les frais découlant des mesures prises au sens du présent Chapitre ne sont pas facturés à l'État contractant requérant; le produit de l'exécution ainsi que le montant des frais fixés dans la décision reviennent à l'État contractant requis.

*Article 41. Autorités compétentes*

Les États contractants procèdent à un échange de listes qui mentionnent :

- a) les autorités centrales d'enregistrement de chacun des États,
- b) les autorités compétentes en matière d'enquête subséquente (article 35, paragraphe 9),
- c) les autorités compétentes pour l'exécution (article 37, paragraphe 3),
- d) le service qui, dans chaque pays, sera chargé d'acheminer une demande à la bonne adresse lorsque la compétence de la traiter n'est pas clairement établie.

L'échange de listes a lieu entre le Ministère fédéral allemand compétent et l'Office compétent de la Confédération suisse.

**CHAPITRE VII. MODALITÉS D'APPLICATION ET DISPOSITIONS FINALES**

*Article 42. Dérogation*

Lorsque l'un des États contractants estime que l'exécution d'une demande ou l'application d'une mesure de coopération est de nature à porter atteinte à sa souveraineté nationale ou à mettre en danger sa sécurité ou d'autres intérêts essentiels, il communique à l'autre État contractant son impossibilité totale ou partielle de coopérer ou l'informe qu'il subordonne sa coopération à des conditions particulières.

*Article 43. Application et développement de l'accord*

Chaque État contractant peut demander que des experts des deux États se réunissent aux fins de résoudre les problèmes liés à l'application du présent Traité et de soumettre des propositions visant à développer la coopération.

*Article 44. Coopération avec l'administration douanière*

(1) Les dispositions suivantes sont applicables par analogie aux interventions des fonctionnaires compétents de l'administration des douanes de la République fédérale d'Allemagne au titre de l'accomplissement d'une mission relevant du "Bundesgrenzschutz" ou au titre de la lutte contre les infractions aux interdictions et restrictions du trafic transfrontalier de marchandises : article 4 (assistance sur demande), article 9 (échange de données

relatives à des véhicules et à leurs détenteurs), article 10 (assistance policière en cas de péril en la demeure), article 11 (communication spontanée d'informations), article 12 (notification de pièces émanant de tribunaux ou d'autres autorités), articles 14 et 15 (observation), article 16 (poursuite), articles 17 et 18 (investigations secrètes), article 19 (livraison surveillée), article 20, paragraphe 2 (opérations de recherches transfrontalières), article 23 (collaboration dans les centres communs), article 25 (recours à des moyens de transport aériens et fluviaux) ainsi que les dispositions des Chapitres IV et V. Les interdictions et les restrictions concernent les domaines du trafic illégal de stupéfiants, d'armes, d'explosifs, de déchets toxiques et nuisibles, de substances radioactives et nucléaires, de marchandises et de technologies de portée stratégique et autres biens d'équipement, de matériel pornographique, ainsi que le blanchiment d'argent. La compétence ressortit aux fonctionnaires de l'Administration des douanes opérant en l'occurrence en qualité d'agents auxiliaires du Ministère public.

(2) Les modifications de la liste des interdictions et des restrictions en matière de trafic transfrontalier des marchandises au sens du paragraphe 1 peuvent être convenues par échanges de notes qui feront l'objet d'une publication officielle dans chacun des États contractants.

(3) Lorsque l'Administration fédérale des douanes se voit confier des enquêtes, au sens du paragraphe 1, le présent Traité, y compris les voies hiérarchiques qu'il prévoit, peut être complété de manière appropriée par un échange de notes qui fera l'objet d'une publication officielle dans chacun des États contractants.

#### *Article 45. Coûts*

Chacun des États contractants supporte les coûts occasionnés par ses autorités dans l'application du présent Traité, pour autant que ces coûts ne résultent pas des mesures régies par l'article 24. En ce cas, seront alors appliquées, directement ou par analogie, les prescriptions contenues dans l'Accord du 28 novembre 1984 entre la République fédérale d'Allemagne et la Confédération suisse sur l'assistance mutuelle en cas de catastrophe ou d'accident grave.

#### *Article 46. Langue de communication*

Les autorités compétentes des États contractants au sens du présent Traité communiquent en langue allemande. Les autorités cantonales de la Confédération suisse d'expression française ou italienne sont toutefois habilitées à répondre aux demandes en français ou en italien.

#### *Article 47. Conventions d'application relatives aux zones frontalières*

Les offices compétents des États contractants, y compris ceux des Länder du Baden-Wurtemberg et de la Bavière et des cantons de Bâle-Ville, de Bâle-Campagne, d'Argovie, de Schaffhouse, de Zurich, de Thurgovie et de Saint-Gall sont habilités à passer, sur la base et dans les limites du présent Traité, des arrangements complémentaires aux fins de régler

l'application sur le plan administratif et de renforcer la coopération dans les zones frontalières.

*Article 48. Relations avec d'autres réglementations*

(1) Le présent Traité complète les prescriptions sur l'entraide administrative et l'entraide judiciaire ainsi que les obligations résultant d'autres accords bilatéraux ou multilatéraux liant les États contractants.

(2) Les dispositions du Traité du 23 novembre 1964 entre la Confédération suisse et la République fédérale d'Allemagne sur l'inclusion de la commune de Büsing am Hochrhein dans le territoire douanier suisse, dans la teneur de l'avenant du 19 mars 1997 (Traité de Büsing) demeurent en principe inchangées. Les restrictions découlant des articles 31 et 32 du Traité de Büsing ne s'appliquent pas aux mesures régies par le présent Traité.

*Article 49. Modification des dénominations d'autorités et de collectivités régionales*

(1) Les États contractants se communiquent, par note verbale, tout changement de dénomination des autorités et des collectivités régionales mentionnées dans le présent Traité.

(2) Les États contractants peuvent convenir, par échanges de notes, de modifications des zones frontalières au sens de l'article 4, paragraphe 7.

(3) Les notes verbales, au sens du paragraphe 1 et l'échange de notes, au sens du paragraphe 2, feront l'objet d'une publication officielle dans les deux États contractants.

*Article 50. Entrée en vigueur, dénonciation*

(1) Le présent Traité doit être ratifié; les instruments de ratification seront échangés dès que possible. À l'exception de l'article 6 et de l'article 8, paragraphe 2, ainsi que du Chapitre VI, le présent Traité entre en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant l'échange des instruments de ratification. À cette date, l'article 35, paragraphe 2 à 7, sera appliqué provisoirement. L'entrée en vigueur de l'article 6 et de l'article 8, paragraphe 2, ainsi que du Chapitre VI, article 35 inclus, sera convenue par un échange de notes entre les États contractants.

(2) Le présent Traité est conclu pour une durée indéterminée. Il peut être dénoncé par écrit et par la voie diplomatique; sa validité expire six mois après réception de la dénonciation.

(3) La Partie allemande se chargera de faire enregistrer le présent Traité auprès du Secrétariat général des Nations Unies, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies.

Fait à Berne, le 27 avril 1999, en deux originaux rédigés en langue allemande.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

SCHILY

BALD

Pour la Confédération suisse :

KOLLER

